Nr. 106. 15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1503.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Sonnabend, den 7. Mai 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Die Thronrede.

Nachdem am letzten Tage der Reichstags-Verhandlungen die Regierung erklärt hatte, daß sie gegen die schwere Theuerung des Brotes nichts thun wolle, und nachdem die Majorität des Reichstags: Konservative, Nationalliberale und Zentrum, ihr Einverständniß mit dieser Regierungserklärung kundgethan hatten, wurde heute, am Freitag, der Reichstag durch eine kaiserliche Thronrede geschlossen, deren Verfasser es unternommen haben, angesichts schwerer Nothstände des Volkes die gegenwärtige Lage in den glänzendsten Farben zu schildern.

Die Thronrede hat nachfolgenden Wortlaut:

„Geehrte Herren!

Die erste Legislaturperiode des Reichstages, welche den vollen fünfjährigen Zeitraum umfaßt hat, liegt hinter Ihnen. Dieselbe ist fruchtbar gewesen an gesetzgeberischen Erfolgen, die zur Macht und Wohlfahrt des Vaterlandes dauernd beitragen werden.

Ihrer beharrlichen, unausgesetzt auf das hohe Ziel gerichteten Arbeit ist es gelungen, das große Werk des gemeinsamen bürgerlichen Rechtes vor dem Ende der Legislaturperiode zum Abschlusse zu bringen. Damit ist durch vereinte Thätigkeit der verbündeten Regierungen und des Reichstags dem deutschen Volke ein kostbarer Besitz gewonnen, der ihm im Laufe einer tausendjährigen Geschichte noch niemals vergönnt war. Das neue gemeinsame Recht wird ein neues starkes Band um die deutschen Stämme schlingen.

Eine einheitliche Rechtsordnung ist auch für das militärgerichtliche Verfahren geschaffen, nachdem Sie einer den Anforderungen sowohl des heutigen Rechtsbewußtseins wie der Manneszucht entsprechenden Vorlage Ihre Zustimmung ertheilt haben.

Um die ernste Aufgabe, Bürge des europäischen Friedens zu sein, wirksam zu erfüllen, bedurfte Deutschland der Verstärkung seines Landheeres, die durch Ausnutzung seiner steigenden Wehrkraft gewonnen werden konnte. Durch Bewilligung der dazu nöthigen Mittel hat der Reichstag sich ein bleibendes Verdienst um die friedliche Sicherheit des Reichs erworben.

Mit hoher Befriedigung erfüllt es mich, daß ich unter Ihrer patriotischen Mitwirkung erreichen konnte, unsere Flotte auf eine feste und dauernde gesetzliche Grundlage zu stellen. Indem der Reichstag die Bedeutung des Flottengesetzes für unsere wirthschaftliche Entwickelung und für die Stärkung unserer maritimen Wehrkraft anerkannte, hat er die Hand zu einem Werke geboten, welches die dankbare Würdigung kommender Geschlechter finden wird.

Die Finanzlage des Reichs hat in der verflossenen Legislaturperiode, dem Aufschwunge der wirthschaftlichen Verhältnisse entsprechend, eine besonders günstige Entwickelung genommen. Das Verhältniß der Einzelstaaten zum Reiche hat zwar die von den verbündeten Regierungen angestrebte organische Regelung bisher nicht gefunden, wohl aber ist es mit einer auf die Reichsstempelabgaben beschränkt gebliebenen Steuererhöhung gelungen, die Matrikularbeiträge für die letzten Jahre thatsächlich in den Grenzen der den Einzelstaaten zu gute kommenden Steuerüberweisungen zu halten. Daneben sind noch zur Tilgung der Reichsschuld belangreiche Beträge aus Ueberschüssen bereitgestellt.

Auf dem Gebiete des Post- und Telegraphenwesens ist durch Ihre Zustimmung zu den neuen Washingtoner Weltpostverträgen eine Reihe wesentlicher Erleichterungen für den internationalen und den inneren Verkehr gesichert, ferner durch die Bewilligung erheblicher Mehrmittel eine namhafte Verbesserung der Telegraphen- und Fernsprechanlagen, mit besonderer Berücksichtigung der kleineren Orte und des flachen Landes, ermöglicht worden.

Die wirthschaftliche und soziale Gesetzgebung verdankt Ihrer eifrigen Mitarbeit eine Reihe wichtiger Ergebnisse. Insbesondere ist, wie ich hoffe, durch das Gesetz über die Organisation des Handwerks der Boden geschaffen, auf dem dieser ehrenwerthe Stand durch kräftigeren Zusammenschluß seiner Glieder und durch geordnete Vertretung seiner Gesammtinteressen neue Kraft gewinnen wird, den wachsenden Schwierigkeiten des großgewerblichen Wettbewerbs Stand zu halten.

Durch die Bewilligung erhöhter Beihilfen für die Postdampfer-Verbindung mit Ostasien trugen Sie dazu bei, unsere Verkehrsbeziehungen mit Ländern, die für den Absatz unserer Erzeugnisse eine steigende Bedeutung erlangt haben, enger zu knüpfen und damit unsere handelspolitische Stellung zu befestigen.

Der friedliebende Charakter meiner auswärtigen Politik, welcher jede Beeinträchtigung fremder Rechte fern liegt, die aber für den Schutz bedrohter deutscher Interessen stets mit Nachdruck eintreten wird, findet seinen Ausdruck in dem guten Verhältnisse, das zu meiner Genugthuung zwischen dem Deutschen Reiche und allen Mächten besteht.

Gegenüber dem zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten von Amerika ausgebrochenen Kriegszustande betrachte ich es als die Aufgabe meiner Regierung, einerseits nach beiden Seiten hin den Pflichten unserer neutralen Stellung voll zu entsprechen, andererseits darauf hinzuwirken, daß die deutsche Schifffahrt und der deutsche Handel vor Behelligung und Schädigung nach Möglichkeit bewahrt werden.

Die Aktion, zu welcher ich mich genöthigt sah, einen Theil meiner Kriegsflotte nach Kiautschou zu entsenden, um für das vergossene Blut deutscher Missionare gerechte Sühne zu heischen, hat mich in den Stand gesetzt, den lang gehegten und wohlberechtigten Wunsch nach einem kommerziell entwicklungsfähigen und militärisch gesicherten Stützpunkt in Ostasien im Wege freundschaftlicher Verständigung mit China und ohne Trübung unserer Beziehungen zu anderen Staaten zur Erfüllung zu bringen.

Im Anschluß an den griechisch-türkischen Friedensvertrag ist es den Bemühungen meiner Regierung gelungen, in Griechenland eine Regelung des Finanzwesens herbeizuführen, welche die Rechte der deutschen wie aller sonstigen Gläubiger in dem unter den gegebenen Verhältnissen erreichbaren Maße sichergestellt hat.

In Gemeinschaft mit meinen hohen Verbündeten wird es auch ferner mein ernstliches Bestreben sein, die wirthschaftliche Entwicklung des Reichs zu fördern, insbesondere den Druck, unter welchem die Landwirthschaft die Erfolge ihrer Arbeit beeinträchtigt sieht, mehr und mehr zu mildern, dem Gewerbefleiße, dem Handel und der Schifffahrt den Boden friedlichen Schaffens zu sichern und zu erweitern. Damit glaube ich zugleich in wirksamster Weise für die Erwerbsgelegenheit der arbeitenden Klassen und für ihre zunehmende Wohlfahrt zu sorgen.

Ich weiß mich eins mit dem deutschen Volke, welches entschlossen ist, die verbündeten Regierungen in der Erreichung dieses Ziels zu unterstützen und die Grundlagen unseres staatlichen, kirchlichen und bürgerlichen Lebens zu erhalten. In dieser festen Zuversicht hoffe ich zu Gott, daß es mir beschieden sein wird, die innere Kraft unseres Vaterlandes zu stärken und das Ansehen seines Namens unter den Völkern der Erde zu erhalten.

Indem ich Sie, geehrte Herren, entlasse, ist es mir ein aufrichtiges Herzensbedürfniß, Ihnen für die verständnißvolle Bereitwilligkeit, mit der Sie der Lösung bedeutsamer Aufgaben Ihre Mitwirkung geliehen haben, zugleich im Namen der verbündeten Regierungen meinen kaiserlichen Dank zu sagen."

Mit besonderem Wohlgefallen werden die Herren von der Zentrumspartei diese Thronrede vernommen haben. Sie vornehmlich dürfen das reichliche Lob, das die Rede des Kaisers der Thätigkeit des Reichstags ausspricht, auf sich beziehen.

Mit gemischten Gefühlen werden dagegen die eigentlichen „Sammlungspolitiker" der Thronrede gegenüberstehen. Denn für sie, für die Konservativen und Nationalliberalen, bedeutet dieselbe nichts anderes als: Es geht auch ohne Euch!

Wie haben sich die Dinge doch geändert. Als der Reichstag die Ehrung des Fürsten Bismarck verwarf, da erging das bekannte Entrüstungstelegramm, das insbesondere auch auf das Zentrum gemünzt war. Heut ist dasselbe Zentrum Liebkind geworden. Herr Dr. Lieber stolzirt zwischen den Staatssekretären Tirpitz und Thielmann, welchen er Flottengesetze bewilligt und mit denen er die Korntheuerung beschönigt. Und der Reichstags-Präsident aus den Zentrumsreihen, Freiherr v. Buol, ist mit dem rothen Adlerorden 2. Klasse mit dem Stern dekorirt worden.

Aber so viel Schönes die Thronrede dem Reichstag nachrühmt, das deutsche Volk denkt darüber ganz anders.

Die Schaffung des einheitlichen bürgerlichen Rechtes wird gerühmt. Aber wie sieht diese Einheit aus? Eine Fülle der wichtigsten Materien bleibt den reaktionären Landtagen überlassen. Und was soll die Einheit, wenn es eine Einheit der Rückständigkeit und der Unterdrückung des Volkes ist? Wie hat der Reichstag am Grundrecht jedes freien Volkes gehandelt, am Vereins- und Versammlungsrecht? Wie ist das Recht der Frau und der Arbeitsvertrag behandelt worden! Wo ist da die Einheitlichkeit und gar die Freiheit?

Grühmt wird ebenso das neugeschaffene einheitliche Militär-Gerichtsverfahren. Die Verhandlungen hierüber sind noch in frischem Gedächtniß. Man weiß, daß auch hier die Einheit erkauft worden ist durch Preisgabe jeder Spur freiheitlichen Geistes, daß von einer wirklichen Oeffentlichkeit, Ständigkeit und Vertheidigungsmöglichkeit, den Grundlagen modernen Rechts, in dieser neuen Militär-Strafprozeß-Ordnung keine Rede ist.

Natürlich wird auch der Bewilligungseifer der Reichstagsmajorität in Militär- und Marinefragen besonders gepriesen. Und wirklich, die Regierung hat allen Grund, mit den Mehrheitsparteien zufrieden zu sein. Sie haben gethan, was zu thun nur denkbar war. Sie gaben in Hülle und Fülle, denn sie nahmen aus den Taschen des Volkes, vom Blute und Gute der Massen. Sie gaben noch die Grundrechte der Volksvertretung dazu, sie bahnten dem persönlichen Regiment den Weg — was kann selbst die reaktionärste Regierung mehr verlangen?

Die günstige Finanzlage wird gerühmt, aber der heimgehende Reichstag hat die Reichsausgaben für unproduktive Zwecke kolossal in die Höhe schnellen lassen und die Aussicht auf neue indirekte Steuern eröffnet.

Die Verbesserung des Post- und Telegraphenwesens wird betont, aber die bescheidenen Wünsche der bedürftigen Unterbeamten wurden nicht berücksichtigt.

Der Zug nach Kiautschou wird in großen Worten verherrlicht. Aber bisher hat der deutsche Steuerzahler von diesem neuesten Segen noch nichts gespürt als eine Steuerzahlung von fünf Millionen, die auch nur den Vorgeschmack weiterer Zahlungen geben.

Der friedliche Charakter der auswärtigen Politik und das gute Verhältniß zu allen Mächten wird betont. Dabei geht das Wettrüsten der Nationen in rasendem Tempo fort und das friedliche Deutschland ist allewil voran.

Mager, höchst mager ist die Thronrede ausgefallen in der Bilanz über die wirthschaftliche und soziale Gesetzgebung. Kein Wunder freilich, denn je mehr der nun geschlossene Reichstag in militärischen und kolonialen Fragen geleistet hat, um so kärglicher und kläglicher war seine Bethätigung auf dem Gebiete der sozialen Reformbestrebungen.

Da kann die Thronrede von nichts weiterem berichten, als von der verunglückten und aussichtslosen Handwerkergesetzgebung. Bedeutsamer ist der Ausblick auf das, was in der Zukunft geschehen soll. Der „Landwirthschaft" wird ein Zuckerplätzchen verabreicht; der Druck, der die Erfolge ihrer Arbeit jetzt beeinträchtige, soll mehr und mehr gemildert werden. Ob die um Plötz mit diesen allgemeinen Andeutungen zufrieden sein werden?

Von der Arbeiterschutzpolitik kein Wort in der ganzen Thronrede. Das ist das charakteristischste an ihr. Welch' Gegensatz zwischen den Erlassen desselben Staatsoberhauptes vom Februar des Jahres 1890 und dieser Thronrede. Damals Versprechungen und Zusagen. Jetzt völliges Schweigen, als ob diese größeste und bedürftigste Klasse des Volkes garnicht existire.

Damit ist denn das Versiegen der sogenannten Sozialreform auch von der obersten Stelle des Reiches ausdrücklich bestätigt worden. Nur so kann man die Thronrede, beziehentlich das, wovon zu sprechen sie unterläßt, auffassen.

Ausklingt die Thronrede in der Ankündigung, daß „die Grundlagen unseres staatlichen, kirchlichen und bürgerlichen Lebens" erhalten werden sollen. Zwar ist es nicht offen herausgesagt, aber unverkennbar richtet sich diese Ankündigung gegen die Sozialdemokratie. Graf Posadowsky faßte denselben Gedanken kürzlich in die Worte, daß die besitzenden Klassen mit der Regierung zusammen gegen die Sozialdemokratie kämpfen sollen.

Alles in allem: die Thronrede schildert die deutschen Verhältnisse als überaus rosig. Aber die breiten Schichten des arbeitenden Volkes sind darüber ganz entgegengesetzter Ansicht.

Die Wahlschlacht des 16. Juni wird zeigen, wie das deutsche Volk über die Thätigkeit des letzten Reichstages denkt!

Das Volksurtheil wird anders lauten als das Urtheil der Minister, welche die Thronrede verfaßt haben.

Wahlkampf.

Das gleiche Wahlrecht in Gefahr!

Der Zentrums-Abgeordnete Müller-Fulda erklärte in einer Rede, die er im Wahlausschuß seiner Partei für den Regierungsbezirk Kassel hielt und über welche die „Fuldaer Zeitung" berichtet:

„Wenn es den Anhängern dieser Politik, dieser Neuauflage des Kartells, gelingen sollte, für sich die Mehrheit in dem neuen Reichstage zu erlangen, so sei es um das gleiche, allgemeine Wahlrecht geschehen. **Das Gesetz über die Abänderung des Wahlrechtes zum Reichstage liege schon seit dem vorigen Sommer fertig ausgearbeitet da,** und es unterliege gar keinem Zweifel, daß es dem Reichstage vorgelegt werde, sobald ein bewilligungslustiger Kartell-Reichstag vorhanden sei. Ebenso werde von einem solchen Reichstage unser Vereins- und Versammlungsrecht abgeändert und eingeschränkt werden. Vorgeschoben würden als Ziel der Sammlungspolitik allerdings rein wirthschaftliche Interessen, der Schutz der nationalen Arbeit ꝛc.; das aber seien nur Phrasen, um den Wählern Sand in die Augen zu streuen."

Wir wissen längst, was wir von einer Kartell- oder „Sammlungs"-Mehrheit im Reichstag zu erwarten haben würden. Wir zweifelten auch nicht, daß bei einer solchen Mehrheit sich eine Regierung finden könnte, die zu den tollsten Experimenten mit dem Reichstags-Wahlrecht bereit wäre.

Neu und denn doch überraschend aber wäre es, wenn das, was der Abg. Müller sagte, richtig ist, wenn wirklich bereits die jetzige Regierung einen Gesetzentwurf hat machen lassen, der das Wahlrecht verschlechtern soll.

Bei der ganz außerordentlichen Bedeutung dieser Angelegenheit ist es nothwendig, daß die Regierung ungesäumt zu den Ausführungen des Abg. Müller das Wort ergreift. —

Eine gute Waffe

für den Wahlkampf giebt der Vorstand der sozialdemokratischen Partei unseren Genossen in die Hand durch die Herausgabe eines „Handbuches für sozialdemokratische Wähler". Auch bei früheren Wahlen gab unsere Partei derartige Wahlbüchlein heraus, aber entsprechend dem Wachsthum der Partei und den vermehrten Ansprüchen ist das Handbuch diesmal weit umfangreicher und inhaltreicher geworden. Und uns scheint, es hat erhebliche Vorzüge vor den ABC-Büchern, wie sie andere Parteien herausgegeben haben. Während diese den Stoff in alphabetischer Anordnung darstellen, hat das sozialdemokratische Handbuch einen organischen Aufbau angestrebt. Die Fülle der Fragen der Reichspolitik ist nach sachlichen Zusammenhängen behandelt worden, so daß das Handbuch in bequemster Weise in die Politik der sozialdemokratischen Partei einführt. Zunächst sind geschildert die verschiedenen Parteien und ihre wirthschaftlichen Grundlagen; bei der Darstellung der Sozialdemokratie werden zugleich eine Reihe der üblichen Vorwürfe gegen unsere Partei besprochen und zurückgewiesen. Dann werden die gesetzgeberischen Versuche und Pläne der Reaktion gegen die Grundrechte des Volkes dargestellt: Gefährdung des Wahlrechtes, Umsturzvorlage, Vereinsrecht, Koalitionsrecht. Weiter folgen ausführliche Darstellungen über den Arbeiterschutz, die Arbeiterversicherungs-Gesetze, über die Lage der Unterbeamten und deren Petitionsrecht, über Militarismus, Marinismus und Kolonialpolitik. Ein längerer Abschnitt ist dem Steuerwesen des Reiches gewidmet; es folgt die Handelspolitik, die Mittelstandspolitik und eine Darstellung der großkapitalistischen Entwickelung. Den Beschluß machen die Justizgesetzgebung, das Bürgerliche Gesetzbuch ꝛc. Ein Anhang giebt reichliche Belehrung über Wahlproteste, Wählerlisten, Wahlbeeinflussung u. s. w.

Unsern Parteigenossen wird das Handbuch sehr willkommen sein. Es giebt ihnen alles Material an die Hand, was im Wahlkampfe nöthig ist.

Die Sammler und die Bündler.

Die „Deutsche Tageszeitung" bedauert, daß Herr v. Plötz bei der Kornzoll-Debatte im Reichstag nicht mehr zum Wort kommen konnte. Sie bedauert dies besonders, weil so Herr v. Plötz auf die Bemerkungen nicht antworten konnte, welche über das Verhältniß des „Bundes" zum wirthschaftlichen Aufrufe der Sammlungs-

politiker gemacht worden sind. Deshalb veröffentlicht die „Deutsche Tageszeitung" eine Erklärung, die dem Sinne nach Herr v. Plötz im Reichstage abzugeben gedachte. Diese Erklärung ist nicht uninteressant. In ihrem ersten Theil wird die Sympathie des Bundes der Landwirthe zum „wirthschaftlichen Aufruf" lebhaft bedauert. Dann aber heißt es:

„Schöne Worte und Versprechungen, sie mögen kommen von welcher Seite sie wollen, wird der Bund nicht als eine Erfüllung seiner Forderungen ansehen, so lange man denselben keine Thaten folgen läßt. Angesichts der Erfahrungen, welche der Bund mit einer Reihe von Kandidaten bei den letzten Wahlen gemacht hat, muß er seine Mitglieder darauf aufmerksam machen, daß sie sich nicht damit begnügen können, daß diejenigen Kandidaten, welche ihre Unterstützung bei den Wahlen suchen, ihre Zustimmung zu dem Sammlungsaufruf erklären, sondern, daß sie von ihnen klare, unzweideutige Erklärungen darüber werden verlangen müssen, was sie unter „nationaler Wirthschaftspolitik" verstehen und welche Maßregeln zu ihrer Durchführung sie zu unterstützen gewillt sind."

Das ist deutlich genug. Die Bündler bestehen auf ihrem agrarischen Schein. Es genügt ihnen nicht, daß die Kandidaten auf dem Boden der „Sammelpolitik" stehen; dieselben müssen sich zum unverfälschten Agrarierprogramm bekennen.

Die Miquel'sche Sammelei wird durch diese bündlerische Heißspornstreiche nicht gerade gefördert werden. —

Kriegervereins-Rummel.

Nach dem „Niederschl. Kour." plant man an mehreren Orten Schlesiens am 15. Juni, dem Tag vor der Wahl, das zehnjährige Regierungsjubiläum des Kaisers zu feiern, obwohl zehnjährige Jubiläen in Preußen nicht üblich sind. Man hofft durch die Feier eines zehnjährigen Jubiläums die Kriegervereine mobil machen zu können, um auf dieselben unmittelbar vor der Wahl zu gunsten der Konservativen einwirken zu können.

Die schlesischen Wähler werden sich durch diesen Mißbrauch der kaiserlichen Person nicht beeinflussen lassen.

Wieder das schlesische Zentrum und die Sammelpolitik.

Der Vorstand und die Vertrauensmänner der Zentrumspartei des Wahlkreises Striegau-Schweidnitz haben beschlossen, bei der bevorstehenden Reichstagswahl von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten abzusehen und von vornherein für den Kandidaten der konservativen Partei, Freiherrn von Richthofen-Kohlhöhe, zu stimmen. Letzterer hat den agrarischen Sammelaufruf unterschrieben.

Reichstags-Kandidaturen.

Aufgestellt wurden in Lubiau-Wehlau von den Freisinnigen Gutsbesitzer Fleiß; in Strasburg-Graudenz von den Polen Redakteur Kulewski; in Elbing-Marienburg von der freisinnigen Volkspartei Justizrath Mundel; in Halle von den Nationalliberalen Geheimrath Dugend vom Reichs-Versicherungsamt; in Lennep-Mettmann vom Zentrum Stöpel; in Solingen von den Liberalen Louis Sabin; in Reuß ä. L. von den bürgerlichen Parteien Landgerichts-Präsident Hofmann; in Schwarzburg-Rudolstadt von den Nationalliberalen E. Müller; in Schwarzburg-Sondershausen von der freisinnigen Vereinigung Brömel gegen den Kandidaten der freisinnigen Volkspartei Rechtsanwalt Jäncke; in Leipzig-Stadt von den National-Sozialen Max Lorenz; in Lohr vom Zentrum Gastwirth Werthmann; in Eichstädt vom christlichen Bauernverein Speck aus München; im 11. württembergischen Wahlkreis von den Demokraten Prof. Hoffmann; in Offenburg-Kehl von den Nationalliberalen Oberst a. D. Rheinau.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Mai.

Der Reichstag ist heute geschlossen worden, aber blos die fünfte Session der neunten Legislaturperiode, nicht diese selbst. Somit ist die Möglichkeit, den Reichstag bis zum 15. Juni d. J. nochmals einzuberufen, verfassungsmäßig gegeben, andererseits ist die Regierung dadurch von dem Zwange befreit, den neuen Reichstag innerhalb neunzig Tagen, von heute ab gerechnet, wieder einzuberufen.

Die Hungersnothpreise erregen fortdauernd die öffentliche Meinung ganz Europa's.

Die deutsche Reichsregierung, die keine Parteiregierung und keine Schutzzöllnerregierung sein will, weigert sich, die Kornzölle zeitweilig aufzuheben oder herabzusetzen, und begründet ihre Weigerung damit, daß die Theuerung blos eine vorübergehende sei, und daß eine Suspension der Getreidezölle nichts nützen würde.

Anderer Auffassung war die französische Partei- und Schutzzöllnerregierung. Der Bericht des Ackerbauministers, der zugleich Ministerpräsident ist — Meline — liegt uns nebst dem Bericht der Verhandlung des Ministerraths über den Antrag auf Suspension der Kornzölle in dem halbamtlichen „Temps" vor. Aus diesen beiden Berichten ersehen wir, daß 1. die schutzzöllnerische französische Gesellschaft der Landwirthe, 2. der dreimal in der Wolle gefärbte Schutzzöllner und französische Ackerbauminister, 3. endlich der französische Ministerrath unter Vorsitz des dreimal in der Wolle gefärbten Meline — der Ministerrath einstimmig — es ausdrücklich mit genauer Begründung für irrig erklärt hat, daß die Theuerung blos eine augenblickliche und die Suspension ohne Einfluß auf dieselbe sei, und zu dem Beschlusse gelangt, daß die Suspension der Getreidezölle zur Verbilligung des Getreides führen werde und darum im Interesse des Volkes nothwendig sei.

Die schutzzöllnerische Regierung der französischen Republik hat also die Argumente, auf welche die deutsche Reichsregierung ihre Weigerung stützt, sämmtlich, und zwar sehr sorgfältig erwogen, und sie falsch befunden. Wir wissen nicht, ob die deutsche Reichsregierung den betreffenden Bericht schon kannte, ehe sie ihren Beschluß faßte — wahrscheinlich ist's aber; war doch die den Bericht enthaltende Nummer des „Temps" schon gestern Morgen in Berlin. So viel steht auf jeden Fall fest, daß die schutzzöllnerische Regierung Frankreichs, die an geistiger Kapazität sich mit der angeblich nicht schutzzöllnerischen deutschen gewiß messen kann, zu entgegengesetzten Ansichten über die Natur der Theuerung und den Einfluß der Kornzölle gelangt ist als die deutsche. Und Thatsache ist ferner, daß sie „im Interesse des Volkes" die Suspension der Kornzölle für nothwendig gehalten hat, während die deutsche die Kornzölle ruhig fortbestehen läßt.

Es ist wahr, die deutsche Regierung sagt: Die Kornzölle beeinflussen nicht den Preis. Das besteht doch nicht vor ernsthafter Kritik. Aber wenn die Kornzölle das Korn und das Brot nicht vertheuern, weshalb hat man dann Kornzölle? Ist denn nicht ihr einziger Zweck die Brotvertheuerung? Liegt darin nicht ihr einziger Sinn — ihre Existenzberechtigung?

Genug. Das deutsche Volk wird seine Vergleiche anstellen, seine Schlüsse ziehen und am 16. Juni sein Votum abgeben.

Die „Kreuz-Zeitung" ist sehr entrüstet, daß wir mit großer Entschiedenheit die Aufhebung der Getreidezölle forderten und fordern. Nach wenigen Wochen wird die „Kreuz-Zeitung" die Wirkung des Emporschnellens der Brotpreise auf die Wählermassen besser beurtheilen können und dann auf dem letzten Loche pfeifen.

Im österreichischen Abgeordnetenhause hat der Abg. Dr. Verkauf namens der Sozialdemokraten über die Aufhebung der Getreidezölle einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, derselbe lautet:

Schon in der 13. Session wurde von uns ein Antrag eingebracht, die Zölle auf Brotfrüchte sofort zu suspendiren. Durch die bekannten Vorgänge im November vorigen Jahres ist die Verhandlung dieses Antrages unmöglich geworden. Unterdessen aber haben sich die Verhältnisse auf den Märkten so furchtbar verschärft, daß ein weiteres Zuwarten weder vom Abgeordnetenhause, noch von der Regierung verantwortet werden kann. Wir stellen daher den Antrag: „Die Regierung wird aufgefordert, sofort wegen Suspendirung der Zölle auf Getreide mit der ungarischen Regierung in Verhandlung zu treten und mit allem Nachdrucke auf dieser Suspendirung der Zölle zu beharren."

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses verlangte Gen. Verkauf, daß sein Dringlichkeitsantrag, betreffend die Aufhebung der Getreidezölle, sofort verhandelt werde. Schönerer erklärt sich dagegen; der Präsident erklärt, den Antrag Verkauf mit Rücksicht auf die Einwendung Schönerer's nach der Geschäftsordnung nicht zur sofortigen Verhandlung zulassen zu können.

Handelsminister Dr. Baernreither beantwortet hierauf die Interpellationen betreffend die Getreidezölle und erklärt, der Ausfall der letztjährigen Ernte habe eine für den Konsum fühlbare Veränderung hervorgerufen durch die wesentliche Preissteigerung des Getreides, welche in den letzten Wochen nicht unbedeutend zugenommen habe. Die Regierung, die sich ihrer Verantwortung in dieser das allgemeine Volkswohl berührenden Frage vollkommen bewußt sei, habe diese Thatsache einer genauen Beobachtung unterzogen, sowohl bezüglich des internationalen Verkehrs als auch bezüglich der Fluktuationen auf den österreichischen Märkten. Die Aufhebung der Getreidezölle seitens Italiens und Frankreichs, ferner die gestern gegen die Aufhebung der Getreidezölle abgegebene Erklärung der Deutschen Reichsregierung hätten die vollste Aufmerksamkeit der Regierung in Anspruch genommen, weil diese Maßregeln bedeutsame Symptome der allgemeinen Lage des Getreidemarktes darstellten, in deren Auffassung die genannten Staaten allerdings nicht übereinzustimmen schienen. Die Regierung halte sich gegenwärtig, daß sie in dieser Frage mit wohl abzuwägenden Interessen zu thun habe, und daß sie verpflichtet sei, sowohl die Interessen der Konsumenten als auch die Interessen der landwirthschaftlichen Produzenten sorgfältig zu erwägen. (Lebhafter Beifall.) Die Regierung wolle nach reiflicher Prüfung eine eventuell eintretende Wirkung der Suspendirung der Getreidezölle nicht überschätzen, da gegenüber dem Wegfalle des bestehenden Zollsatzes sich andere preissteigernde Einflüsse auf dem Weltmarkte geltend machen könnten. (Zustimmung.) In diesen Erwägungen sei die Regierung zu dem Entschluß gekommen, wegen einer Erörterung dieser Frage mit der ungarischen Regierung in Verhandlung zu treten; diese Verhandlungen seien bereits im Zuge. (Beifall.) Auf Antrag Rolischer wird sogann in eine Besprechung der Interpellation eingetreten.

Die ungarische Regierung läßt offiziös erklären, daß sie nicht gewillt sei, einen Vorschlag auf Aufhebung der Getreidezölle zu akzeptiren.

Ein derartiges Verhalten der ungarischen Regierung wird die ohnehin schon gereizte Stimmung der Oesterreicher gegen Ungarn gewaltig verstärken.

Italien hat sich durch die Aufhebung der Getreidezölle noch nicht beruhigt. Aus Pavia wird telegraphirt:

„Trotz der Aufhebung der kommunalen Mehlsteuer und obgleich die von der Stadtbehörde angeordneten Arbeiten bereits begonnen hatten, sammelten sich gestern Nachmittag einige hundert Frauen und Kinder auf dem Platz vor dem Rathhause an, zertrümmerten die Fensterscheiben und beschädigten die Anpflanzungen. Ein Karabinier wurde durch einen Steinwurf verletzt. Die Unruhen wiederholten sich am Abend; die Manifestanten versperrten die Straßen mit Kupferdrähten und verhinderten so ein Vorgehen der Kavallerie. Mehrere Soldaten wurden von Steinwürfen getroffen. Die Ansammlung wurde schließlich mit Gewalt auseinandergetrieben; hierbei wurden sieben Soldaten und drei Zivilisten verwundet; unter diesen erhielt der Student Mussi, ein Sohn des Vizepräsidenten der Kammer, eine schwere Stirnwunde."

Und aus Florenz wird telegraphirt:

In Sesto Fiorentino fand gestern Abend aus Anlaß der Brottheuerung eine Kundgebung statt. Die Manifestanten empfingen die Truppen, welche den von der Menge besetzten Platz räumen wollten, mit Steinwürfen. Als die Menge nicht aufhörte, einen wahren Steinhagel gegen die Soldaten zu schleudern und den Versuch machte, die öffentliche Macht zu umzingeln, machte diese von der Waffe Gebrauch. Ein Ruhestörer wurde getödtet, vier verwundet. Später trafen Verstärkungen ein.

Die „Frankf. Ztg." läßt sich aus Rom telegraphiren:

In Turin streiken die Bäckergesellen. Eine Kommission der Demonstranten begab sich zum Bürgermeister und forderte die Herabsetzung des Brotpreises auf 30 Centimes. Die Behörden treffen große Vorbereitungen, um einer Störung der am nächsten Sonntag in Turin stattfindenden Festsitzung des italienischen Parlaments vorzubeugen. Die Magistrate von Alessandria, Pavia, Cremona, Ferrara, Parma 2c. bewilligten Kredite, um die Brotpreise herabsetzen zu können.

Aus Spanien werden auch Unruhen gemeldet, bei denen die Hungersnothpreise mit verursachend wirken, die aber immer ausgeprägteren republikanischen Charakter tragen.

* * *

Deutsches Reich.

Bauersleute vom Tegernsee spielen in einem Berliner Theater oberbayerische Volksstücke. Der Kaiser hat diese Truppe letzthin in das Palais des Staatsministers v. Bülow bestellt und hat viel Wohlgefallen gefunden an ihren Vorträgen und Tänzen.

Der Kaiser hat sich aber auch in besonderer Weise revanchirt. Er hat die guten Leute zur feierlichen Beschließung des Reichstages in den weißen Saal geladen und da haben dieselben denn die Vorlesung der Thronrede mit anhören dürfen. Neugierig blickten die Kinder der oberbayerischen Berge aus ihrer Loge auf das eigenartige Schauspiel.

Sie werden gewiß nach ihrer Heimfahrt in die bayerischen Berge erzählen, was man ihnen in Berlin alles für schöne Dinge gezeigt hat. —

Herr Möller hat Herrn v. Plötz ermächtigt, mitzutheilen, daß dieser ihm niemals über Herrn Diederich Hahn die mitgetheilte noch eine ähnliche Aeußerung gemacht habe. —

Prinz Alexander zu Hohenlohe ist zum Bezirkspräsidenten von Ober-Elsaß mit dem Regierungssitz in Kolmar ernannt worden. Derselbe ist der jüngste Sohn des Reichskanzlers und Reichstags-Abgeordneter für Hagenau-Weißenburg.

Wer den Papst zum Vetter, hat's leicht Kardinal zu werden.

Postkuriosum. Genosse Haase erhielt kürzlich nach Königsberg eine feierliche Einladung zu einem parlamentarischen Diner bei Miquel zugestellt. Er war einen Augenblick verwundert und dachte: will Miquel etwa im Kreise der Genossen kommunistische Jugenderinnerungen feiern? Es war aber ein Irrthum: Die Einladung sollte an den nationalliberalen Flottenschwärmer, Professor Hasse in Leipzig, gehen.

Dresden, 5. Mai. (Eig. Ber.) Landtag. Die zweite Kammer lehnte heute, entsprechend den Anträgen ihrer Gesetzgebungs-Deputation, die Regierungsvorlage über die Errichtung von Verwaltungsgerichtshöfen ab, obwohl diese Verwaltungsgerichte nach den schon vor Einbringung der Vorlage gegebenen Direktiven der Konservativen sich nicht mit Politik befassen, sondern ausschließlich auf eigenthumsrechtliche Streitsachen beschränken sollten. Die erste Kammer hatte sich von vornherein ablehnend verhalten, von der Vorlage Vertheuerung des Verfahrens für den Staat und die Rechtsuchenden, Lähmung der Verwaltung bei Rechtsprechung durch von derselben losgelöste Beamte, Hineingerathen in eine starre Spruchpraxis und ähnliche Gefahren befürchtet und die Vorlage eines neuen veränderten Gesetzentwurfes an den nächsten Landtag verlangt, sodaß sich die zweite Kammer bei dieser Sachlage darauf beschränkte, ebenfalls die Vorlage abzulehnen und nur zur Vorbereitung einer neuen Vorlage in Gemeinschaft mit der Regierung eine besondere Zwischenkommission zu wählen. Abg. Goldstein (Soz.) geißelte ganz besonders den Umstand, daß den Verwaltungs-Gerichtshöfen bezw. dem Ober-Verwaltungsgericht nicht auch die streitigen politischen Rechtsfragen unterstellt werden sollen, auch hier seien Rechtsgarantien nothwendig. In der Verfassung sei zwar das Beschwerde- bez. Klagerecht gegen die Handlungen der Behörden gegeben, aber der Beschwerdeweg sei so mühselig, daß ihn der Benachtheiligte gewöhnlich garnicht erst einschlage. Es gebe in Sachsen zahlreiche Verfügungen und Bekanntmachungen von Behörden, wo es sehr zweifelhaft sei, ob sie sich mit dem Gesetz deckten. Hierher gehöre vor allen Dingen das Verbot, am 1. Mai, sog. Massenspaziergänge zu unternehmen; ferner auch beim Vereins- und Versammlungsrecht seien die Entscheide des Ministeriums oft recht unhaltbar. Die Beschreitung des Rechtsweges sei zwar möglich, koste aber Geld. Im Falle Rosenow sei das Gesetz ganz irrthümlich angewendet. Es fehle eben in Sachsen an einer Instanz, die der Sozialdemokratie auch nur einigermaßen gerecht werde. Wenn sie alle Beschwerden an den Landtag bringen wollte, müßte eine eigene Deputation dafür eingesetzt werden, so viele seien es. Für falsche Gesetzesauslegungen seitens der Behörden gebe es jetzt keine Korrektur. Die Gerichte prüften die Rechtmäßigkeit der behördlichen Verordnungen und Verfügungen nicht nach, sondern untersuchten nur, ob sie ordnungsgemäß bekannt gemacht seien. Die Verantwortlichkeit der Minister den Ständen gegenüber sei sehr gering, und doch bestände oft genug Anlaß, Minister in Anklagezustand zu versetzen. Der Staatsgerichtshof versage hier. Die Staatsbürger seien wehrlos gegen solche Verfügungen. In weitesten Kreisen des Landes bestehe die Ueberzeugung, daß die Minister parteiisch seien. Metzsch selber habe das „zweierlei Maß" proklamirt. Der § 26 der Verfassung, der jedem Staatsbürger gleiches Recht gewährleiste, gelte für die Sozialdemokratie nicht in vollem Umfange. Die Stände gewährten hiergegen keinen Schutz; sie seien keine Instanz, die über den Ministern stehe. Das Organ der Regierung, die „Leipziger Zeitung", habe den Grundsatz gelehrt, daß man einen Unterschied zu machen habe zwischen Recht und politischer Maßregel. Nach diesem Unterschied handle das Ministerium. Wer die Kinderfesterlasse und Spaziergangsverbote verfügte, könne sich nicht mehr auf den Rechtsstaat beziehen, denn das seien politische Maßregeln, aber kein Recht. Wenn die Regierung die Sozialdemokratie nicht paritätisch mit den anderen Parteien behandle, dann gehe eben Gewalt vor Recht. (Ordnungsruf.) Seine Partei könne sich mit der blosen Regelung der bürgerlichen Verhältnisse nicht zufrieden geben, sie verlange auch Rechtsschutz für die politischen Freiheiten. — Obwohl die Ministerbank sehr gut besetzt war, versuchte es doch keiner, die Regierung diesen Anklagen gegenüber zu rechtfertigen; es wäre wohl ein zu schwieriges Kunststück gewesen. Auch die Vertreter der Ordnungsparteien hielten wohlweislich den Mund, und so war die Debatte zu Ende.

Eine Petition der baugewerblichen Arbeiter um vermehrten Arbeiterschutz im Baugewerbe wurde seitens der Petitionsdeputation, soweit sie sich auf Unfallverhütungs-Vorschriften bezog, wegen Unzuständigkeit des Landtags für unzulässig erklärt, soweit sie sich auf den Schutz von Gesundheit und Sittlichkeit der Bauarbeiter bezog, wurde Ueberweisung an die Regierung zur Kenntnißnahme empfohlen, dagegen soweit sie eine Einwirkung der Regierung bei dem Bundesrath wegen Erlaß von Arbeiterschutz-Vorschriften und die Fernhaltung von Frauen und jugendlichen Arbeitern bez. Errichtung eines besonderen Baugewerbe-Inspektorats bezweckte, auf sich beruhen gelassen. Abg. Fräßdorf (Soz.) hält das in dieser Sache Geschehene für noch nicht genügend; besonders sucht er die Kmamer hinsichtlich des letzten Theils der Petition zu einem günstigeren Votum umzustimmen, allerdings vergeblich. —

Striktes Verbot der Kunstwein-Produktion durch die Reichsregierung fordert die pfälzische Gewerbe- und Handelskammer. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Am 2. Mai wurde in Nordhausen der Agent Wagner wegen Majestätsbeleidigung zu 5 Monaten Gefängniß verurtheilt. —

Oesterreich.

Wien, 6. Mai. In der katholischen Volkspartei besteht ein arges Zerwürfniß zwischen der Tiroler Gruppe unter Dipauli und den Steirern und Ober-Oesterreichern unter Karlon und Ebenhoch, welche die Taktik Dipauli's mißbilligen. Es wird in parlamentarischen Kreisen für möglich gehalten, daß es alsbald zu einem Bruche zwischen den beiden Gruppen kommt. Die jungczechischen „Narodni Listy" erklären, in maßgebenden Kreisen sei eine Wendung der Strömung zu gewärtigen. —

Ungarn.

Budapest, 6. Mai. Die Regierung richtete an sämmtliche Handelskammern die vertrauliche Aufforderung, bis Mitte Juni ihr Gutachten über ein selbständiges ungarisches Zollgebiet abzugeben. —

Fiume, 4. Mai. Bei der heutigen Bürgermeisterwahl wurde Mahländer wiedergewählt. Der Gouverneur erklärte die Stadtvertretung für aufgelöst, da sie sich als renitent erwiesen habe.

Das ist eine ganz einfache Methode der liberalen Ungarn. Sind die Selbstverwaltungskörper der Regierung zu willen, können sie bestehen, ist dies nicht der Fall, so werden sie einfach aufgelöst. —

Frankreich.

Um dem Kandidatenwirrwarr in Frankreich zu steuern, haben die sozialistischen Kandidaten für Paris und Umgegend sich über ein gemeinsames Vorgehen dahin geeinigt, daß in keinem ihrer Wahlkreise mehr als ein sozialistischer Kandidat aufgestellt wird. Zu wünschen ist nun, daß die Wähler sich an diese Vereinbarung auch halten und daß in ganz Frankreich ähnlich verfahren wird. An sich sind nach allen, auch gegnerischen Berichten, die Wahlchancen der Sozialisten außerordentlich günstig. —

England.

London, 5. Mai. Unterhaus. Der erste Lord des Schatzes Balfour erklärt, die englische Regierung habe die Einladung der belgischen Regierung zu einer Konferenz über den Spirituosenhandel in Westafrika angenommen. Ueber die Zusammensetzung der Konferenz und den Zeitpunkt ihres Zusammentritts sei noch nichts entschieden. —

Italien.

Rom, 5. Mai. Die Einnahmen an Steuern in der Zeit vom 1. Juli 1897 bis zum 30. April 1898 übersteigen um etwa 10 Millionen diejenigen in dem gleichen Zeitraum der vorhergehenden Finanzperiode.

Diese Einnahmen-Ueberschüsse sind durch immens hohe indirekte Steuern und rücksichtslose Anwendung der Steuerschraube erzielt. —

Türkei.

Konstantinopel, 6. Mai. Die erste Rate der Kriegsentschädigung wird nach Beginn der Räumung Thessaliens, am 15. Mai, die zweite am 25. Mai, die dritte am 16. Juni, die vierte am 10. Juli bezahlt werden. Heute dürfte der Pforte eine bezügliche Note der Botschafter überreicht werden. —

Parlamentarisches.

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, den Gesetzentwurf, betr. die Handelsbeziehungen zum britischen Reiche und den Gesetzentwurf, enthaltend Abänderungen des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden vom 13. Februar 1875 und des Gesetzes vom 21. Juni 1887, zur Allerhöchsten Vollziehung vorzulegen. Der Gesetzentwurf, betr. die elektrischen Maßeinheiten wurden in der Fassung der Reichstags-Beschlüsse angenommen. Dem Reichskanzler wurden überwiesen die Reichstags-Beschlüsse zu Petitionen, betr. die Einführung des Konzessionszwanges für Gesindemakler; betr. die Abänderung des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes; betr. die Verordnung über den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien; betr. die Revision der medizinischen Prüfungen; betr. die Einrichtung von Einigungsämtern und Schiedsgerichten; betr. die Einrichtung kaufmännischer Schiedsgerichte; betr. den obligatorischen Ladenschluß um 8 Uhr abends; betr. die Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes; endlich betreffend den Vogelschutz. Von dem Bericht über die Thätigkeit der Reichs-Limes-Kommission wurde Kenntniß genommen. Den zuständigen Ausschüssen wurden überwiesen der Entwurf von Vorschriften über die in Fundsachen ꝛc. auf grund des Bürgerlichen Gesetzbuches von Reichsbehörden und Reichsanstalten zu erlassenden Bekanntmachungen; die Uebereinkunft mit den Niederlanden wegen Ausdehnung des über die gegenseitige Zulassung von Medizinalpersonen zur Praxis in den Grenzgebieten abgeschlossenen Abkommens vom 11. Dezember 1873 auf die Thierärzte; die Vereinbarung mit Peru über die Stellung der beiderseitigen Konsuln vom 28. Juni v. Js. Schließlich wurde über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt. —

Schildlaus-Interpellation. Im Abgeordnetenhause hat Abg. Knebel (natl.) mit Unterstützung zahlreicher Abgeordneter aus vielen Parteien folgende Interpellation eingebracht:

„Die Unterzeichneten richten an die königliche Staatsregierung nachstehende Fragen: 1. Ist es richtig, daß in einem nach Köln bestimmten Faß amerikanischer Aepfelabfälle bei der Untersuchung an der Reichsgrenze die Schildlaus lebend festgestellt worden ist. 2. Beabsichtigt die königliche Staatsregierung wegen verstärkten Schutzes gegen die Einschleppung der San-José-Schildlaus Schritte zu thun und eventuell welche?"

In der Petitionskommission des Abgeordnetenhauses wurde am Montag die mehrfach erwähnte Petition berathen, in welcher die Bergwerks-Gesellschaft Georg von Giesche's Erben in Breslau das Abgeordnetenhaus gebeten hat, ihr die Prozeßführung gegen den Regalherrn Grafen von Tiele-Winckler dadurch zu ermöglichen, daß es, entgegen den Ausführungen des Ministers Brefeld, die Aufhebung der exekutivischen Beitreibung des Gefälles für die in Rede stehenden Bergwerke befürworte. Die Kommission sprach sich mißbilligend darüber aus, daß die Bergwerksgesellschaft einen Beschluß des Abgeordnetenhauses zu erreichen suche, der auf einen noch schwebenden Prozeß einwirken solle. Indessen wurde doch mit Rücksicht darauf, daß die Ausübung der privaten Bergpolizei den heutigen Verhältnissen und Anschauungen nicht entspreche, eine Resolution dahin beschlossen:

„die königliche Staatsregierung aufzufordern, möglichst schleunig dahin zu wirken, daß die bergpolizeiliche Aufsicht auch in Privatbezirken nur von Beamten, die vom Staate angestellt sind, ausgeübt werde."

Graf Tiele-Winckler hat, wie unsere Leser seit langem auch aus einem gegen unser Blatt geführten Prozesse wissen, in seinem Regalbezirke nicht nur bergpolizeiliche, sondern auch exekutivische Gewalt. Es ist die höchste Zeit, daß mit solchen Privathoheitsrechten endlich einmal aufgeräumt wird.

Partei-Nachrichten.

Mit dem „Handbuch für sozialdemokratische Wähler', hat heute die Versendung begonnen. Soweit von den Wahlkomitees, welche auf Wunsch für Kandidaten und Redner Exemplare gratis zugestellt erhalten, die Bestellungen noch nicht aufgegeben sind, mögen dieselben umgehend an

J. Auer, Katzbachstr. 9, Berlin SW.,

gerichtet werden. Um Weitläufigkeiten zu vermeiden, wird nochmals darauf hingewiesen, daß auch die für Agitationszwecke seitens der Vertrauensleute ꝛc. weiter gewünschten Exemplare zu herabgesetztem Preise unter der Adresse J. Auer, Katzbachstr. 9, bestellt werden mögen.

Die Buchhandlung Vorwärts liefert nur die zum buchhändlerischen Verkauf bestimmten Exemplare.

Die Parteipresse wird um Abdruck ersucht.

Die Maifeier im Auslande. In **Holland** litt die Feier noch stark unter der durch die anarchistischen Quertreibereien verursachten Gleichgiltigkeit der Massen. Die Versammlungen und Festzüge, die vor Jahren nach Tausenden zählten, wiesen jetzt so viele Hunderte auf. In verschiedenen Städten hielten Anarchisten und Sozialdemokraten getrennte Feiern ab, wobei jedoch die Veranstaltungen unserer Partei im Vergleich mit frühren Jahren eine bemerkenswerthe Steigerung der Betheiligung erkennen ließen.

Aus Stavanger in **Norwegen** wird uns berichtet: Ein ca. 1000 Mann starker Zug bewegte sich mit 7 Fahnen und Musik durch die Straßen. Die ganze Stadt war auf den Beinen. Die Polizei sorgte für freie Passage. An den Umzug schloß sich eine Volksversammlung unter freiem Himmel, wobei eine nach mehreren Tausenden zählende Volksmasse den beredten Worten des Genossen Nössen aus Stavanger lauschte, der über die Bedeutung des Tages sprach. Am Abend war Volksfest mit starker Betheiligung.

Ueber die Maifeier in **Russisch-Polen**, und zwar in dem Kohlenrevier Dombrowa-Sosnowicze, wird uns mitgetheilt:

Seit dem 25. April suchten bei uns Schaaren von Spitzeln und verkleideten Gendarmen nach Maiflugblättern. Democh wurden am 30. April früh in allen Betrieben des Reviers Exemplare eines gedruckten Zettels verbreitet, welcher lautete: „Am 1. Mai um 3 Uhr nachmittags wird eine große Volksversammlung im Sieleckі-Park stattfinden. Genossen! Erscheint zahlreich! Der Eintritt frei. — Das Arbeiterkomitee". Man kann sich den Eindruck leicht vorstellen, den solcher Zettel bei uns gemacht hat, bei uns, wo jede Volksversammlung als Rebellion verpönt wird und zur Abhaltung einer solchen Versammlung noch nie offen aufgefordert worden war.

Am 1. Mai früh wurden dieselben Zettel in allen Fabrikdörfern des Reviers angeklebt. Auf den Gipfeln der höchsten Bäume und an den Telegraphendrähten sah man rothe Fahnen flattern; einige derselben enthielten in Riesenbuchstaben Aufschriften, wie: „Es lebe der 1. Mai!" „Es lebe das Polen der Arbeiter!" „Wir fordern den achtstündigen Arbeitstag!" ꝛc.

Der Sieleckі-Park wurde schon am 30. nachmittags zugeschlossen und mit Wächtern besetzt, zu welchen am 1. Mai noch Polizei, Gendarmerie und Militär aus Czenstochowa kamen.

Um 1 Uhr nachmittags, am 1. Mai, fingen die Arbeitermassen an, dem Park von allen Seiten zuzuströmen. Sie ließen die Gendarmerie im Park ruhig sitzen und marschirten in Form eines Zuges, je 4 Mann in einer Reihe, und das polnische Arbeiterlied, „Die rothe Fahne" singend, durch die belebtesten Straßen. Die Gendarmen fürchteten, daß sich die Arbeiter den Eintritt in den Park gewaltsam verschaffen würden; sie blieben daher hinter den Parkgittern sitzen und sahen den vorübergehenden Arbeitern zu. So blieb der Zug ungestört. Es war eine herrliche Demonstration!

„Das Ende des 1. Mai", so leitartikelt der „Temps", das Hauptorgan der französischen Bourgeoisie, und verschiedene deutsche Bourgeoisblätter wiederholen die Heilsbotschaft. Sie ist aber eine Lügenbotschaft. Die Feier des 1. Mai wurde in Frankreich zwar von dem Getöse des Wahlkampfes übertönt, aber, von den besonderen Maifeiern ganz abgesehen, es ist in den hunderten von sozialistischen Wählerversammlungen des 1. Mai würdig und begeisterungsvoll gedacht worden, so daß jede dieser Versammlungen eine Maifeier war. Und fürwahr, diese Maifeier ist die denkbar schönste. Auch in Deutschland wurde der Charakter der Maifeier durch den Wahlkampf bestimmt, jedoch sicher nicht zu ihrem Nachtheil. Alles in allem war die Maifeier des Jahres 1898 von den bisherigen Maifeiern weitaus die imposanteste.

Todtenliste der Partei. In Schwedt a. O. ist der Maurer Julius Plath einem unheilbaren Leiden erlegen. Er fehlte nie, wenn es galt, im Dienste der Partei thätig zu sein.

In Hamburg verschied der Scheuermann Louis Kahl, einer der Tapferen, die in der schweren Zeit des Sozialistengesetzes keine Gefahr gescheut haben, um die Interessen des Proletariats zu fördern.

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Wegen der Ausstellung von Transparenten im Schaufenster, die Inschriften, wie „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" ꝛc. enthalten, war der Parteigenosse Harbaum in Magdeburg als Inhaber der Buchhandlung der „Volksstimme" angeklagt, sich gegen das alte preußische Preßgesetz vom Jahre 1851 vergangen zu haben, wonach zum Anschlagen oder Ausstellen von Plakaten polizeiliche Erlaubniß erforderlich wäre. Das Schöffengericht erkannte aber auf kostenlose Freisprechung. Es schloß sich der Ansicht des Vertheidigers Landsberg an, der ausgeführt hatte, daß Harbaum die Transparente lediglich aus gewerblichem Interesse, nämlich um sie zu verkaufen, ausstellte, nicht aber, um dem Publikum politische Neuigkeiten mitzutheilen, die die Inschriften der Transparente ja gar nicht enthalten.

Der Hauseinsturz in der Jagowstraße.

Durch eine furchtbare Katastrophe wurden in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag die Bewohner des Stadttheils Moabit in Aufregung und Angst versetzt. Um 12 Uhr nachts wurden die Anwohner der Jagowstraße in Alt-Moabit durch einen gewaltigen Knall aus dem Schlafe geschreckt. Die Detonation war eine so starke, daß man glaubte, die Gasanstalt sei in die Luft gegangen und habe den Stadttheil Moabit in Mitleidenschaft gezogen. Fast die sämmtlichen Häuser der Jagowstraße wurden in ihren Fundamenten erschüttert und ein unheimliches Klirren und Poltern machte sich bemerkbar, das etwa 20 Sekunden anhielt. Die Gaslaternen auf der Straße erloschen, während eine Staubwolke über den Straßenzug hinwegzog und ein Passiren desselben fast unmöglich machte. Nachdem die Bewohner sich von dem ersten Schreck erholt hatten und ins Freie geeilt waren, bot sich ihnen ein furchtbarer Anblick dar. Das neuerbaute, fünfstöckige Haus Jagowstr. 30/31, dessen Eigenthümer der Architekt J. Czaika in der Schulstraße 7 ist, war zum theil eingestürzt. Der rechte Flügel ist bis zur ersten Etage völlig zusammengefallen. Die Straßenfront ist zum theil freigelegt und die Erkerzimmer liegen vollständig offen nach der Levetzowstraße zu.

Das Haus Jagowstr. 30/31 wurde verwaltet durch den Gastwirth Schenkel, einen früheren Koch, der am 1. April eine sogenannte bürgerliche Schankwirthschaft in einem Laden des Grundstücks eingerichtet hatte. In dem Vorderhause wohnen außerdem noch drei Parteien, in der zweiten Etage des linken Flügels die Wittwe Hahn mit ihrem 19jährigen Sohn, einem Elektrotechniker. Frau Hahn hatte eine aus einem zweifenstrigen und einem einfenstrigen, sowie einem nach dem Hofe zu belegenen Zimmer bestehende Wohnung inne. In dem letztgenannten Raume befand sich das Laboratorium des jungen Elektrotechnikers. In der dritten Etage ebenfalls im linken Flügel, in dem die Katastrophe stattfand, wohnt der Kaufmann Kreutzer mit seiner Frau und einem zweijährigen Kinde, in der vierten Etage im rechten Flügel der Polizeiwachtmeister Klein mit seiner Familie und einem Chambregarnisten, dem Maler Neubert. Schenkel, der sein Lokal Hansa-Restaurant getauft hatte, feierte am gestrigen Tage die Einweihung desselben. Es hatten sich aus diesem Grunde zahlreiche Verwandte und Bekannte, einige 40 Personen, eingefunden, ebenso betheiligten sich daran die Wittwe Hahn mit ihrem Sohn, der Kaufmann Kreutzer und der Maler Neubert. Gegen 12 Uhr erklärte der junge Elektrotechniker, daß er nach oben gehen wolle und im Schlafzimmer Licht anmachen werde; die Mutter möge ihm bald nachfolgen. Es waren kaum zwei Minuten vergangen, als das Unglück geschah. Ein donnerähnlicher Knall erfolgte; der Erdboden erzitterte in einem weiten Umkreise. In dem Restaurant wurden Tische und Stühle umgeschleudert, die Gäste zu Boden geworfen und von einem Hagel von Glassplittern überschüttet. Gleichzeitig erlosch das Gas, und nun folgte eine Szene voller Schrecken. Das Jammergeschrei verletzter und in Krämpfe gefallener Personen erfüllte die Umgebung, und es dauerte einige Zeit, ehe sich die geängstigten Bewohner von dem ersten Schrecken einigermaßen zu erholen vermochten. Von den in dem Lokal befindlich Gewesenen blieb kaum einer unverletzt. Die schwersten Verwundungen erlitt der Maler Neubert, welchem durch Glassplitter die rechte Gesichtsseite und der rechte Arm zerschnitten wurde. Die sofort alarmirte Feuerwehr hatte zunächst mittels der mechanischen Leiter Frau Kreutzer und das Kind zu befreien, von deren Schlafzimmer die linke Wand mit den anstoßenden Räumlichkeiten in die Tiefe gestürzt war. Der Wachtmeister Klein und dessen Familie mußten durch Einschlagen der Verbindungswand zwischen Vorderhaus und Seitenflügel befreit werden, da die beiden Treppen des Vorderhauses eingestürzt waren.

Das Haus gleicht einer Ruine. Die sämmtlichen Fenster sind zertrümmert, die Fensterkreuze herausgerissen und zersplittert, und drei Fensterfronten, die ein größeres zweifenstriges und ein kleineres einfenstriges Zimmer enthielten, sind vollständig eingestürzt. Die Trümmer häuften sich zum theil auf die Decke des im Erdgeschoß befindlichen noch unvermietheten Ladens, sie fielen zum theil auf das Nebengrundstück des Fuhrherrn Veit und bedeckten in weitem Umfange den Straßendamm und den jenseitigen Bürgersteig. Auf das Jammergeschrei der nach ihrem Sohne rufenden Wittwe Hahn drangen die Feuerwehrleute in deren Wohnung und hier fand man auf dem Korridor den jungen Elektrotechniker todt mit zerschmetterten Gliedern vor. In der Wohnung der Hahn muß die Explosion erfolgt sein und den Tod des unglücklichen jungen Mannes auf der Stelle herbeigeführt haben. Durch die Katastrophe ist die ganze Jagowstraße in Mitleidenschaft gezogen. Kein einziges Haus ist verschont geblieben. In dem dem Unglückshause gegenüber belegenen Grundstück Jagowstr. 16 war der Gastwirth Drendel im Begriff, seinen Laden zu schließen, um sich zu dem ihm befreundeten Schenkel zu begeben. In diesem Augenblick erfolgte die Katastrophe; die Ladenjalousie und das Schaufenster wurden zertrümmert und D. etwa sechs Meter weit nach der gegenüberliegenden Wand geschleudert. In dem nebenan liegenden Schlafzimmer des Gastwirths wurden Fenster, Vasen, Lampen und andere Gegenstände zersplittert und selbst Mauerwerk in das Zimmer hineingeworfen. Aehnlich wie hier vollzogen sich auch die Ereignisse in den anderen Wohnungen des genannten Hauses. Ja selbst die Fenster der Hintergebäude wurden beschädigt. In dem Nachbarhause Nr. 17 wurde in der Wohnung des Eigenthümers Dräger ein Kronleuchter von der Decke herabgerissen, der dicht neben dem Bette des dreijährigen Söhnchens des D. zur Erde fiel. In demselben Hause wurde eine Frau durch Glassplitter verletzt. Ueber 40 Schaufensterscheiben, mehrere hundert Fensterscheiben wurden demolirt; auch die Hinterhäuser der Straße Alt-Moabit wurden in Mitleidenschaft gezogen. Aus dem Trümmerhaufen ragen Eisentheile, Balken, Möbelstücke hervor; in den Wohnungen des nicht in Mitleidenschaft gezogenen Theiles des Hauses wurden Oefen und Decken eingerissen und beschädigt, verschlossen und verriegelt gewesene Thüren aus den Angeln gehoben und zertrümmert, ja Eisenträger des Balkons sowie das eiserne Geländer im Hause über 20 Meter weit durch den Luftdruck fortgeschleudert. Das Dachwerk des Hauses Jagowstr. 30/31 hängt etwa 6 Meter weit über einer gähnenden Tiefe.

Die Ursache der Explosion konnte bisher nicht ermittelt werden. Mehrere Personen wollen kurz nach der Explosion einen pulver- oder schwefelähnlichen Geruch wahrgenommen haben. Dieser war so intensiv, daß er in die Wohnungen des Hauses Jagowstr. 29 hineindrang und den Aufenthalt in der Räumlichkeit eine kurze Zeit lang unmöglich machte. Die Feuerwehr ist an dem gesperrten Hause noch ununterbrochen mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Die mit Glassplittern übersäte Jagowstraße ist völlig gesperrt, da die Passage infolge noch immer herunterstürzender Glassplitter und Mauerwerks nicht ungefährlich ist.

Im ganzen dürften wohl an 50 Personen Verletzungen erlitten haben. Nur wenige der Verletzten, deren Verwundungen übrigens durchweg nur ungefährlich sind, haben sich gemeldet. Die meisten ließen sich ohne weiteres von Aerzten oder Heilgehilfen Verbände anlegen.

Die Polizei giebt von dem Unglück folgende Darstellung: Gestern Nacht gegen 11¾ Uhr stürzte das vier Stockwerke hohe Haus Jagowstraße 30 in einer Breite von etwa sechs Metern durch eine Gasexplosion ein. Der betreffende Theil des erst am 1. April d. J. in Gebrauch genommenen Hauses wurde nur von zwei Familien mit wohnt. Die Bewohner sind bis auf den 18 Jahre alten Elektrotechniker Armin Hahn und die acht Jahre alte Tochter des Polizeiwachtmeisters Klein unverletzt geblieben. Hahn wurde mit Verletzungen an den Beinen und dem Kopfe todt aufgefunden. Die Tochter des Polizeiwachtmeisters, welcher in einer unversehrt gebliebenen Wohnung wohnt, ist nur durch Splitter einer Fensterscheibe an der Stirn leicht verletzt. Wodurch das Unglück hervorgerufen ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

Ueber die Rettungsarbeiten vom Freitag wird berichtet: Die Feuerwehr versuchte am Vormittag den Dachstuhl herunterzuholen. Bei den Bemühungen der Mannschaften löste sich der Netzbock und stürzte in die Tiefe, während das Dach schweben blieb. Im Laufe des Nachmittags wurden die Arbeiten zur Beseitigung des drohend herabhängenden Simses fortgesetzt, jedoch ohne Erfolg. Man wird wahrscheinlich erst die Holzriegel entfernen müssen, bevor die Niederlegung des Dachstuhles erfolgen kann. Ueber die Ursache der Explosion war noch immer nichts zu ermitteln und es ist sehr fraglich, ob sie noch ihre Aufklärung finden wird, da durch die Gewalt des Luftdruckes der Inhalt der Hahn'schen Wohnung völlig vernichtet ist. Aus den Brandspuren, die die Stichflammen zurückgelassen haben, wird von sachverständiger Seite geschlossen, daß in dem zur Explosion gelangten Stoffe auch Benzingase enthalten waren. Jedenfalls erscheint es als ausgeschlossen, daß der Unglücksfall durch gewöhnliche Leuchtgase verursacht sein kann. Von der ungeheuren Gewalt des Luftdruckes zeugt die Thatsache, daß ein die Straße Alt-Moabit passirender Mann, ca. 400 Meter entfernt von der Unfallstelle, zu Boden geschleudert wurde. Die Detonation wurde von Bewohnern des Savignyplatzes, ja selbst am Oranienburger Thor noch gehört. Ueber die Höhe des Schadens war sicheres noch nicht festzustellen; immerhin dürfte derselbe 100 000 M. übersteigen. In der Jagowstraße sind 42 Schaufenster demolirt, die einen Gesammtwerth von ca. 10 000 M. haben. Der Schaden an zertrümmerten Fensterscheiben dürfte auf ca. 1500 M. zu beziffern sein. Viel bedeutender noch ist der Mobiliarschaden in den verschiedenen Wohnungen, da vielfach Fenstergardinen zerrissen wurden und werthvolle Vasen, Lampen, Kronleuchter zertrümmert sind. In einer Weinhandlung in der Jagowstraße 21 wurden eine größere Anzahl Flaschen zersplittert und der Inhalt ergoß sich auf die Erde. Auch der Schaden an dem Hause Jagowstraße 30 ist ganz enorm. Wahrscheinlich wird auch der stehengebliebene rechte Flügel niedergerissen werden müssen.

In Rücksicht auf die außerordentliche Gefahr, welche etwaige herabstürzende Trümmermassen verursachen, ist die Jagowstraße für den Fuhrverkehr gänzlich, im übrigen aber für den Durchgangsverkehr gesperrt.

Ein hiesiges Sensationsblatt deutet an, daß der Elektrotechniker Hahn die Explosion absichtlich durch eine Höllenmaschine herbeigeführt habe. Es läßt sich vorläufig nicht feststellen, was an dieser Vermuthung wahres ist.

Schweren Schaden kann unter Umständen der Hausbesitzer haben, da die Feuersozietät für die Verwüstungen durch eine Explosion von Sprengstoffen wohl nicht aufkommen würde. Das Haus ist mit einem Kostenaufwande von 180 000 M. erbaut worden. Auch die Miether sind zum theil hart getroffen, weil sie nicht versichert waren.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An alle Bauarbeiter Berlins und Umgegend! Laut Versammlungsbeschluß der letzten öffentlichen Versammlung fällt das Sammeln zum Streikfonds von der nächsten Woche ab weg. An stelle dessen ist beschlossen, Karten auszugeben und durch Markenkleben der in Arbeit stehenden Akkordarbeiter à 1 M., für Lohnarbeiter 50 Pf. pro Woche zu entrichten. Besonders machen wir darauf aufmerksam, daß Karten und Marken von der nächsten Woche ab im Zentralbureau, Inselstr. 10, 2 Tr. bei Stabernack zu entnehmen sind und ersuchen wir die Kollegen, regen Gebrauch hiervon zu machen. J. A. der Lohnkommission: Wilhelm Noack.

Deutsches Reich.

Lohnbewegungen der Bauhandwerker. Zum Streik der Zimmerer in Brandenburg wird mitgetheilt, daß sich die Zahl der Streikenden auf 145 erhöht hat, welche sich auf sämmtliche 24 Arbeitgeber vertheilen. Abgereist sind bis jetzt 50 Ausständige. Der Geist unter den Streikenden ist gut und ist zu erwarten, daß die Arbeitgeber sich bald Unterhandlungen geneigt zeigen werden.

An der Aussperrung der Bauarbeiter in Magdeburg sind bisher 815 Maurer betheiligt. Eine Maurerversammlung, die am Montag Abend stattfand, beschloß, daß auch die etwa 100 Maurer, welche noch zur Fertigstellung der dringlichsten Arbeiten beschäftigt werden, die Arbeit niederzulegen haben. Weiter fand folgende Resolution Annahme: „Da seitens des Verbandes der Bauarbeitgeber außer der Aufforderung an die streikenden Zimmerer bezüglich Wiederaufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen irgend welche offiziellen Kundgebungen nicht vorliegen, wird der Vertrauensmann der Maurer Magdeburgs beauftragt, bei dem Arbeitgeber-Verband anzufragen: a) welche Gründe für die Aussperrung der Maurer maßgebend waren? b) an welche Bedingungen die Wiedereröffnung der Arbeitsplätze für Maurer geknüpft sind? —

Die Baugewerks-Innung in Dresden fordert ihre Mitglieder auf, keinen Zimmergesellen einzustellen, der zuletzt in Magdeburg gearbeitet hat. Es wird darauf hingewiesen, daß in genannter Stadt ein Generalstreik der Zimmerer ausgebrochen ist.

In Zwickau wollen die Zimmerer am Sonnabend die Arbeit einstellen. Die Innung hat die Forderung einer 10stündigen Arbeitszeit und 40 Pf. Stundenlohn abgelehnt. Voraussichtlich werden sich die Maurer dem Streik anschließen.

Die Zimmerer in Frankfurt a./M. beabsichtigen die zehnstündige Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 40 Pf. einzuführen. Bereits ist es zu einem größeren Ausstand gekommen, der noch weitere Kreise in Mitleidenschaft ziehen wird, wenn sich nicht die Meister in ihrer Versammlung zu einem Entgegenkommen verstehen. Die Arbeiter werden, ehe es zu weiteren Arbeitseinstellungen kommt, das Gewerbegericht als Einigungsamt anrufen.

Der Zimmererstreik in Stuttgart dauert unverändert fort. Abgereist sind bereits 155 Zimmerleute. Bewilligt sind die Forderungen in 14 Geschäften, in denen weitergearbeitet wird.

In Cannstatt haben sich die Zimmerer mit den Unternehmern auf eine fünfprozentige Lohnerhöhung geeinigt.

Die Stuttgarter Bauherren sind eifrig dabei, ihren Plan, einen Verband sämmtlicher Bauhandwerksmeister Württembergs bezw. Süddeutschlands zu gründen, auszuführen. In einem Rundschreiben fordern sie die Bauunternehmer auf, vor Beendigung des Streiks weder Maurer- noch Zimmergesellen von Stuttgart einzustellen.

In Teterow haben es die Unternehmer verstanden, 12 Italiener als Ersatz für die ausständigen Maurer anzuwerben. Der Einzug dieser Streikbrecher erfolgte unter starkem Schutz der Polizei und wurden sie in einer der Zuckerfabrikkasernen einlogirt.

Der Maurerstreik in Preetz hält jetzt die sechste Woche an und hatten die Unternehmer beschlossen, den Lohn auf 38 Pf. pro Stunde zu erhöhen. Die Arbeiter halten aber an einem Stundenlohn von 40 Pf. fest und denken diese Forderung um so sicherer durchzusetzen, als viele von den Ausständigen abgereist sind.

In Cassel haben die Zimmermeister eine Einigung vor dem Gewerbegericht abgelehnt. Der Streik hat auch die Maurer in Mitleidenschaft gezogen, von denen bereits mehrere abgereist sind.

In Eschwege ist der Streik der Weißbinder und Maler zu gunsten der Arbeiter beendet.

In der Königshütte fand in der vorigen Woche ein zweitägiger Streik in der Puddelei statt. Die Arbeiter weigerten sich, eine ihnen aufgetragene Arbeit zu verrichten. Der Ausgang des Streiks ist bei der hier herrschenden Geheimnißthuerei noch unbekannt.

Die Bäcker und Konditoren von Hamburg, Altona und Wandsbek haben an die Meister eine Reihe von Forderungen gerichtet. Vornehmlich forderten sie Beseitigung des Kost- und Logiswesens beim Arbeitgeber, einen Minimallohn von 21 M. für die Bäcker und 24 M. für die Konditoren pro Woche, Bezahlung der Ueberstunden und der Sonntagsarbeit mit einem Lohnaufschlag von 25 pCt. und schließlich Gewährung einer einstündigen Mittagspause innerhalb des gesetzlichen Maximal-Arbeitstages von 12 Stunden. Die Arbeitgeber haben diese Forderungen jetzt abgelehnt und die vereinigten Innungen haben den ablehnenden Bescheid dem Verband der Bäcker und Konditoren zugeschickt. Es heißt in dem Bescheide, daß die vereinigten Innungen eine Abschaffung der Kost- und Logisgebung durch den Meister nicht empfehlen könnten, jedenfalls sei aber diese Frage nicht durch einen „Gewaltakt" zu lösen. Ferner seien die Innungen der Meinung, daß eine bestimmte, nach Stunden bemessene Arbeitszeit im Bäckereigewerbe nicht eingeführt werden könnte. Auch bezüglich der Arbeitsvermittelung wollen die Meister den Gesellen keinerlei Konzessionen machen. In der Erwartung, daß diese strikte Ablehnung aller Forderungen einen Streik hervorrufen könnte, lassen die Meister jetzt nach einem Innungsbeschluß „ihre" Gesellen sich schriftlich verpflichten, daß sie einem Streik nicht beitreten wollen. Auch verpflichten die Innungen ihre Mitglieder bei einer Konventionalstrafe von 500 resp. 1000 Mark, daß sie im Falle eines Streiks oder Boykotts keinerlei Backwaare an Wirthe und Händler liefern wollen, an die sie vorher nichts geliefert haben.

Die Hamburger Bürgerschaft wählte in ihrer letzten Sitzung einen Ausschuß, der sich mit einem Antrage auf Aufhebung der wesentlichsten Bestimmungen der Verordnung des Senats, betreffend Einrichtung von Bäckereien, beschäftigen wird. Der Antrag erfreut sich allem Anscheine nach großer Sympathien in der Bürgerschaft, ein Zeichen, auf welchem Niveau die Hamburger Bürgerschaft steht.

Der Weber-Ausstand bei der Firma F. F. Mayer in Eupen ist beendet. Man einigte sich dahin, daß der entlassene Weber nach vier Wochen wieder eingestellt werden soll, der alte Lohntarif in kraft bleibt und keine weiteren Maßregelungen mehr vorgenommen werden. Der Ausstand in den Lohnwebereien dauert fort. Dem Vernehmen nach erheben die Ausständigen die Forderung, daß ihre Löhne den Löhnen in der Fabrik gleichgestellt werden.

Ueber den Ausstand der Metallarbeiter in Salzungen wird uns noch berichtet, daß die Firma Jung u. Dittmar von ihren Arbeitern die Unterschrift für einen Revers forderte, der die Arbeiter verpflichtete, aus dem Metallarbeiter-Verband auszutreten. In der Metallwaarenfabrik, wo die Arbeiter ohne Kündigung eingestellt sind, erfolgte bei Weigerung der Unterschrift sofort die Arbeitsniederlegung. In der Eisengießerei und Maschinenfabrik sind die Arbeiter gekündigt, nur die Nichtorganisirten arbeiten weiter. Betheiligt am Ausstand sind Nieter, Schleifer, Polirer, Schlosser, Dreher, Former und Putzer. Es wird dringend gebeten, den Zuzug fern zu halten.

Gegen das Koalitionsrecht haben die Unternehmer in der Steinindustrie zu einem Schlag ausgeholt. Vor sechs Wochen war zwischen den Arbeitern und Unternehmern eine Tarifabmachung zu stande gekommen, welche die Organisation der Steinarbeiter anerkannte und die zehnstündige Arbeitszeit mit kleiner Lohnerhöhung gewährte. Jetzt verlangen aber mehrere Unternehmer, daß ihre Arbeiter aus der Organisation austreten und wiederum elf Stunden arbeiten. Die Arbeiter weigern sich, diesem Ansinnen nachzukommen, und so ist bereits einigen gekündigt. Die Vereinbarung, die von den Arbeitern peinlich gehalten wurde, ist somit von den Unternehmern in frivoler Weise gestört.

Der Tischlerstreik in Gotha schien seinem Abschluß nahe, da nach vielfachen Verhandlungen die Lohnkommission der Ausständigen endlich mit den Unternehmern eine Vereinbarung getroffen hatte, die für beide als annehmbar bezeichnet wurde. Sowohl in der Festsetzung der Arbeitszeit als auch des Lohnes waren die Differenzen beseitigt. Ganz unmotivirt wollte aber die Innung die Aufhebung des Vertrages eintreten lassen, wenn folgende Fälle eintreten:

1. Wenn von seiten der Arbeiter innerhalb drei Jahren neue Forderungen gestellt werden, oder neue Arbeitseinstellungen stattfinden. 2. Wenn von seiten der Arbeiter Maßregeln getroffen werden, die geeignet sind, hiesige oder zureisende Tischlergesellen von der Arbeit oder Arbeitinangriffnahme in den Werkstätten der betreffenden Arbeitgeber abzuhalten. 3. Wenn die Arbeiter Handlungen begehen, die den Zweck haben, diejenigen ihrer Kollegen, welche sich an dem den Vereinbarungen vorausgehenden Ausstande gar nicht oder nur theilweise betheiligt haben, wegen dieses ihres Verhaltens beleidigen oder sonst belästigen.

Unter diesen Umständen haben die Arbeiter es abgelehnt, den Streik zu beenden.

Die Maler in Arnstadt befinden sich, um die Forderung eines Stundenlohns von 33 Pf. durchzusetzen, im Ausstand.

Der Streik der Lederarbeiter in Halberstadt ist durch Entgegenkommen der Fabrikanten verhütet worden. Bewilligt wurde in den Fabriken, in welchen bisher die elfstündige Arbeitszeit herrschte, der zehnstündige. Ferner wurde der Lohn in sämmtlichen Fabriken, wo Wochenlohn ist, von 15 M. auf 16,50 M. erhöht. Ein von den Fabrikanten aufgestellter Tarif über Leistung und Bezahlung wurde in der öffentlichen Lederarbeiter-Versammlung angenommen.

Ausland.

Soldaten als Streikbrecher. In Przemysl (Galizien) ist ein allgemeiner Schneiderstreik zum Ausbruch gekommen. Der Korpskommandant hat den Meistern Militärschneider zur Verfügung gestellt. Wenn diese auch nicht im stande sind, alle vorliegenden Arbeiten auszuführen, so schädigen sie doch die kämpfenden Arbeiter. Dieser Tage begiebt sich eine Deputation der Streikenden zum Korpskommandanten, um gegen den Mißbrauch der Proletarier im Waffenrock zu protestiren und die Abberufung der Soldaten aus den Werkstätten zu fordern. Sollte dem Ansuchen nicht Folge gegeben werden, ist eine Interpellation im Reichsrath beabsichtigt.

Der große Konflikt zwischen Arbeitgeberverein und den Arbeiterorganisationen in Dänemark ist beigelegt. Die Vertreter der einzelnen Verbände der vereinigten Fachvereine haben dem Vergleichsvorschlage zugestimmt. Ebenso haben auch der Kutscherverband und die streikenden Former den Vergleich angenommen.

Der neunte Jahreskongreß der französischen Eisenbahner-Gewerkschaft wurde in Paris vom 28. April bis und mit 1. Mai abgehalten. Er war besucht von 98 Delegirten, die 88 Sektionen vertraten. — Der Vorstandsbericht konstatirt bis Ende 1897 eine Mitgliederzahl von 57 419 Mann. Im Laufe des Vorjahres sind 910 neue Mitglieder beigetreten. Es ist jedoch zu bemerken, daß in den früheren Kongressen die Mitgliederzahl auf über 70 000 (im vorjährigen Kongreß auf 74 733) angegeben wurde. Waren also diese Zahlen genau, so hätte 1897 ein Abgang von rund 17 000 Mitgliedern stattgefunden. Weiter meldet der Vorstandsbericht eine Zunahme von zirka 3000 Mitgliedern in den ersten drei Monaten 1898, und zwar infolge der Annahme des Schutzgesetzes für die Eisenbahner (Zehnstunden-Tag) in der Kammer unter dem Drucke der Gewerkschaft. Die Einnahmen betrugen 86 516 Franks (gegen 75 233 Fr. 1896), die Ausgaben 74 426 Fr.

Der wichtigste Punkt der Verhandlungen betrifft den Generalstreik der Eisenbahner. Diese Frage wird auf jedem Kongresse erörtert. Die Gewerkschaft erblickt im Generalstreik das einzige wirksame Mittel zur Durchsetzung ihrer Forderungen, welche seit 1891 von den Bahngesellschaften protzig zurückgewiesen werden. Die Gesellschaften wollen bisher die Gewerkschaft nicht einmal anerkennen. Wie alljährlich, entsandte auch der neueste Kongreß eine Abordnung zu den Bahn-Direktoren. Aber nur der Direktor der Paris-Lyon-Mittelmeer-Bahn geruhte, in eigener Person die Abordnung zu empfangen und ihr auch gute Worte zu geben. Der Kongreß hat nun den Generalstreik in namentlicher Abstimmung mit 52 gegen 13 Stimmen bei 28 Enthaltungen und 7 Abwesenden votirt — in dem Sinne, daß der Vorstand ermächtigt wird, kommenden Falles die Initiative zur thatsächlichen Erklärung des Generalstreiks zu ergreifen. Damit rückt die Möglichkeit des entscheidenden Kampfes in die Nähe, da Zugeständnisse seitens der Bahnprotzen wohl ausgeschlossen sind und der leitende Führer der Gewerkschaft, der Allemanist Guérard, ein fanatischer Anhänger des Generalstreiks ist. Und auch die meisten Delegirten, welche gegen den Generalstreik votirten oder sich enthielten, erklärten ihr Verhalten lediglich durch die Abwesenheit von bezüglichen Weisungen seitens ihrer Sektionen. Sachlich aber zweifelten sie nicht daran, daß der Generalstreik auch die Zustimmung ihrer Sektionen finden würde.

Gelegentlich der Kammerwahlen wurde beschlossen, sämmtlichen Kandidaten ohne Unterschied der Partei schriftlich auf die Forderungen der Gewerkschaft zu verpflichten, wofür die zustimmenden Kandidaten ermächtigt werden sollen, unter Berufung auf die Gewerkschaft einen Wahlaufruf an die Eisenbahner zu richten. Ueber den Werth dieser Taktik täuschte sich jedoch der Kongreß um so weniger, als bürgerliche Abgeordnete vielfach dem Vorstande erklärt hatten, das erwähnte Schutzgesetz nur mit Rücksicht auf dessen sichere Ablehnung im Senat votirt zu haben!

Ein Vorschlag auf Erwerbung von Bahnaktien durch die Gewerkschaft zwecks Beeinflussung der Aktionärs-Versammlungen wurde abgelehnt.

Der Vorstand wurde beauftragt, von neuem Agitationsreisen auf allen Bahnlinien zu organisiren.

Eine lebhafte Debatte veranlaßte der Vorschlag der algerischen Sektion, die Juden aus der Gewerkschaft auszuschließen — eine Blüthe des in Algerien wüthenden Antisemitismus. Der Kongreß lehnte selbstverständlich den Vorschlag ab. Die bezügliche nahezu einstimmig angenommene Resolution lautet: „Sämmtliche Kollegen erachten, daß es unter den Arbeitern keine Rassenfrage geben kann, daß sie alle in gleicher Weise ausgebeutet werden von den Juden der Nordbahn (Rothschild), den Katholiken der Westbahn und den internationalen Protestanten der Ostbahn." . . .

Der angenommene Budget-Voranschlag für 1898 weist an Einnahmen 127 000 Fr., an Ausgaben 98 800 Fr. auf.

Im Anschluß an den Kongreß fand eine große Eisenbahner-Versammlung am 1. Mai statt unter Betheiligung von mehreren sozialistischen Abgeordneten. Die von etwa 1000 Mann besuchte Versammlung billigte sämmtliche Kongreßbeschlüsse und namentlich die eventuelle Erklärung des Generalstreiks.

Der Krieg.

Ueber die Situation auf den Philippinen fehlt in den Vereinigten Staaten jede Nachricht. Sofern nicht binnen vierundzwanzig Stunden vom Admiral Dewey Nachricht eintrifft, will Mac Kinley ein besonders schnelles Dampfboot von Hongkong abschicken. Inzwischen werden Vorbereitungen für die Absendung von 6000 Mann von San Francisco getroffen.

Der „Frankfurter Ztg." wird aus New-York gemeldet: Hiesige Zeitungen veröffentlichen Telegramme aus Singapore, welche besagen, daß Admiral Dewey Manila besetzt habe, und der Rebellenführer Alexandrio auf einem amerikanischen Schiffe von Hongkong abgegangen sei.

Nach Meldungen, welche der „Agence Havas" aus Madrid vorliegen, verlautet dort folgendes: Da die Regierungen von Kuba und Portorico telegraphisch gemeldet hätten, sie glaubten nicht, daß die Amerikaner dort landen würden, sollten 2 Panzerschiffe, 2 Kreuzer und 3 Transportschiffe sofort von Cadiz abgehen, um die Amerikaner von den Philippinen zu verjagen und die Häfen Kaliforniens zu bombardiren.

Die Annexion Hawais, das schon als Kohlenstation für die Flotte im Stillen Ozean in den gegenwärtigen Kriegswirren von großer Bedeutung ist, dürfte einer Meldung der „Frankfurter Zeitung" zufolge, bevorstehen. Mac Kinley soll beschlossen haben, seinen ganzen Einfluß für die Annahme einer dahingehenden gemeinsamen Resolution einzusetzen, und gestern wurde dies schon in einer schnell einberufenen Sitzung des Hauskomitees für auswärtige Angelegenheiten berathen. Es gab nur wenig Opposition.

Auf dem westindischen Kriegsschauplatze scheint sich der Kampf in erster Linie um Portorico drehen zu sollen, das die Amerikaner zum Stützpunkte ihrer Operationen gegen Kuba machen wollen. Senatoren, welche gestern mit Mac Kinley gesprochen haben, behaupten zu wissen, es bestehe eine starke Wahrscheinlichkeit, daß Portorico innerhalb 48 Stunden von den Vereinigten Staaten werde genommen werden. Die Befehle zum Angriffe seien bereits gegeben worden. Eine Bestätigung haben diese Aeußerungen nicht gefunden.

Die amerikanische Flotte ist gestern von Key West nach Portorico abgegangen, um die Kohlenstation San Juan auf Portorico anzugreifen. Im Hafen der Kohlenstation befindet sich das soeben eingelaufene spanische Kriegsschiff „Alfons XII".

Der Senat nahm den Gesetzentwurf an, durch welchen der Präsident der Vereinigten Staaten ermächtigt wird, den kubanischen Aufständischen Waffen und Munition und den nothleidenden Einwohnern Kuba's Arzneimittel und Lebensmittel zu liefern.

Nach einer der „World" aus Washington zugegangenen Depesche sind die Truppen des Aufständischenführers Maximo Gomez nicht so zahlreich, als ursprünglich angenommen worden war. Die von Tampa ausgehende Expedition werde daher aus beträchtlicheren Streitkräften bestehen müssen, als von Seite der Regierung geplant war. Selbst die 20 000 Mann, welche jetzt in Tampa liegen, dürften als unzureichend zu gelten haben.

Wie das „Evening Journal" berichtet, sind gestern zwei Detachements mit Waffen und Munition unter dem Schutze des Kreuzers „Wilmington" an der kubanischen Küste gelandet. Der Kreuzer habe durch das Feuer seiner Geschütze spanische Kavallerie zersprengt, wobei 16 Spanier getödtet und 60 verwundet worden seien. — Gerüchtweise verlautet, das Torpedoboot „Eriesson" sei während eines Orkans untergegangen.

Das Kriegsschiff „Delphin", das längs der Westküste von Kuba kreuzte, ist nach Key West zurückgekehrt und meldet, daß dort die Spanier ungemein thätig seien, daß sie mittels Erdarbeiten Befestigungen improvisiren und augenscheinlich längs der ganzen Küste alle Vorbereitungen treffen, um die Invasion zurückzuweisen.

Wie eine Depesche des „New-York Journal" aus Key West meldet, wurde der Dampfer der „Compagnie Générale Transatlantique" „Lafayette", auf der Fahrt von Havre nach Havana begriffen, von den Amerikanern genommen, als er mit Kriegskontrebande an Bord in den Hafen von Havana einzulaufen versuchte. Nach einer Depesche der „Evening Post" aus Cayo Hueso erwarten drei spanische Kreuzer in der Nähe von Barbados das amerikanische Kriegsschiff „Oregon", welches von Rio de Janeiro in See gegangen ist. —

Die demokratischen Mitglieder des Finanzkomitees des Senats haben sich über ein Amendement zu dem Gesetzentwurf geeinigt, nach welchem mit Rücksicht auf den Krieg die Staatseinnahmen erhöht werden sollen. Nach dem Amendement soll eine Steuer von 1 pCt. auf die Einkünfte der Eisenbahn-, der Schlafwagen-, der Telegraphen- und Telephongesellschaften gelegt werden. Wahrscheinlich wird seitens der demokratischen Mitglieder auch die Emission von 150 Millionen Dollars in Greenbacks (Banknoten) empfohlen werden.

In der spanischen Deputirtenkammer wurde das Kabinet Sagasta in der schärfsten Weise auch von den Konservativen angegriffen.

In mehreren Provinzen Spaniens sind Unruhen ausgebrochen. Bewaffnete Banden tauchen auf, Telegraphenleitungen werden zerstört, öffentliche Gebäude in Brand gesteckt und demolirt. Man rechnet mit der Militärdiktatur.

„Morning Post" meldet aus Wien, Kaiser Franz Josef habe sich auf eine Anfrage der Königin-Regentin von Spanien bereit erklärt, bei der amerikanischen Regierung zu gunsten Spaniens zu interveniren.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Noch einen Trinkspruch hat der Kaiser heute Abend beim Festmahl vor den Reichstags-Abgeordneten gehalten. Er sagte:

„Es ist mir ein tief empfundenes Bedürfniß, ehe Sie scheiden, Ihnen nächst dem Danke des Kaisers, den ich Ihnen heute abgestattet habe, auch den Dank des Sohnes und vor allen Dingen meiner kaiserlichen verwittweten Mutter auszusprechen für den schönen Entschluß, für die Gabe, die Sie uns entgegengebracht haben, für das Denkmal meines hochseligen Herrn Vaters. Sie haben uns dadurch in die Lage gesetzt, mir die Aufgabe zu erleichtern, Sohnespflichten zu erfüllen und meiner Mutter die Freude zu bereiten, ihr Kunstverständniß in der Ausführung dieses schönen Werkes zu bethätigen.

Ich habe die Ueberzeugung, daß, wenn Sie nun heimgehen, ein jeglicher zu seinem Herde und zu Ihrer verschiedenen Hantirung, die Herren alle dessen gewiß sein werden, daß meine Räthe und ich redlich bemüht sind, auf den Bahnen weiterzuwandeln, die uns der große Kaiser vorgeschrieben hat, dessen hehres Antlitz nunmehr seit kurzem zu diesem Saale hineinblickt.

Ich kann Ihnen auf Ihre Heimreise nur den einen Wunsch und die eine Bitte mitgeben, aus eigener Erfahrung gegründet, daß sowie dieser große Kaiser seine ganze Stärke und seine ganze Kraft empfand aus seinem Verhältniß, seiner Verantwortlichkeit zu seinem Gott, desgleichen ein jeder unter Ihnen, er mag sein, wer er sei, hoch oder niedrig, von welcher Konfession auch immer, sich klar sein muß, daß bei dem, was Ihnen bevorsteht, bei der Arbeit, die Sie in diesem Jahr zu thun gedenken, ein jeder von Ihnen seine Aufgabe so auffasse, daß, wenn er dereinst zum himmlischen Appell berufen wird, er mit gutem Gewissen vor seinen Gott und seinen alten Kaiser treten kann. Und wenn er gefragt wird, ob er aus ganzem Herzen für des Reiches Wohl mitgearbeitet habe, er auf seine Brust schlagen und offen sagen darf: Ja!

Aus derselben Quelle, aus der mein Herr Großvater zu seinem Thun und Schaffen, mein Herr Vater zu seinen Siegen und Leiden die Kraft schöpfte, schöpfe auch ich sie, und ich gedenke, meinen Weg weiter zu wandeln und das Ziel, daß ich mir gesetzt habe, weiter zu erreichen, in der Ueberzeugung, die ich auch ihnen allen nur an's Herz legen kann, die für uns, für einen jeden Menschen die maßgebende sein muß. Eine feste Burg ist unser Gott! in hoc signo vinces.

Und nun wollen wir alle dem, was unser Herz bewegt, Ausdruck geben, indem wir rufen: Unser geliebtes deutsches Vaterland, unser herrliches deutsches Volk, das Gott erhalten und schützen möge, hoch! hoch! hoch!"

Irgend welche politische Bedeutung haben diese Wünsche für die Reichstags-Abgeordneten nicht.

Solche Reden, improvisirt wie sie sind, enthalten leicht Stellen, die recht eigenartig klingen und zu allerlei Besprechungen Anlaß geben. Wenn da zum Beispiel der militärische Ausdruck vom Appell in die christliche Auffassung vom Jenseits hineingetragen wird, so ist das schon sehr neu. Noch eigenartiger ist die Mahnung an die Abgeordneten, sie möchten sich so verhalten, daß sie im Himmel mit gutem Gewissen vor ihren alten Kaiser treten können. Diese Auffassung des Kaisers könnte zu der Schlußfolgerung führen, daß irdische Rangstufen im christlichen Himmel nicht ausgelöscht sind und daß dort der alte Kaiser Wilhelm nicht gleich den Niedersten der Sterblichen gelte.

Wie sich wohl die evangelischen und katholischen Geistlichen, die sich unter den eingeladenen Reichstags-Abgeordneten befanden, zu diesen theologischen Ansichten des Kaisers stellen mögen!

Berlin, 6. Mai. (W. T. B.) Laut telegraphischer Meldung an das Oberkommando der Marine ist die 2. Devision des Kreuzergeschwaders, bestehend aus den Schiffen „Deutschland", „Kaiserin Augusta" und „Gefion", unter der Führung des Prinzen Heinrich am 5. Mai in Kiautschou eingetroffen.

Kiel, 5. Mai. (W. T. B.) Wie die „Kieler Zeitung" aus angeblich sicherster Quelle erfährt, ist zwischen dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat und dem hiesigen Rheder H. Diederichsen ein Vertrag abgeschlossen worden über die Einrichtung eines Kohlenlagers in Kiautschou. Vorläufig sollen drei Dampfer mit deutschen Briketts von Wilhelmshaven nach Kiautschou expedirt werden.

Leipzig, 5. Mai. (W. T. B.) Der kürzlich in Rozérieulles durch den Grenzkommissar aus Amanweiler unter dem Verdachte der Spionage verhaftete und nach Metz überführte Lefort ist, wie das „Leipz. Tagebl." erfährt, wieder außer Verfolgung gesetzt worden.

Freiburg i. Breisgau, 6. Mai. (W. T. B.) In Wolfenweiler (Schwarzwald) wurde nachmittags 2 Uhr 10 Minuten ein einige Sekunden andauerndes Erdbeben, in der Richtung von Südwest nach Nordost gehend, verspürt.

Wien, 6. Mai. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. (Schluß.) Die Abgeordneten Kolischer (Pole), Verkauf (Sozialdemokrat), Lecher (deutschfortschr.) und Vukovic (Dalmat.) sprechen sich für Aufhebung der Getreidezölle aus; die Abgeordneten Gregorig, Steiner und Scheicher (christlich-sozial), Kaiser (deutsche Volkspartei), Wolf (Schönererianer), Hagendorfer (kath. Volksp.) und Tekly (Jungczeche) gegen eine solche. Die Debatte wird, der Geschäftsordnung gemäß, ohne Abstimmung beendet. Der Termin für die nächste Sitzung wird schriftlich bekannt gegeben werden.

Lemberg, 6. Mai. (W. H.) In Tysmienica sind 300 Wohnhäuser durch eine große Feuersbrunst vollständig in Asche gelegt worden. Man vermißt eine Anzahl Personen, die vermuthlich in den Flammen umgekommen sind.

London, 6. Mai. (Meldung des Reuter'schen Bureaus.) Wie aus guter Quelle verlautet, geht demnächst eine Truppenabtheilung von 500 bis 700 Mann aus England nach Sierra Leone. Die französische Westafrika-Gesellschaft, deren Hauptsitz in Liverpool ist, erhielt nachmittags ein Telegramm vom Sherbrosfluß, welches meldet, die Eingeborenen hätten vier Faktoreien geplündert und mehrere Eingeborene und Beamte der Gesellschaft getödtet.

Florenz, 6. Mai. (W. T. B.) Bei den gestrigen Ruhestörungen in Sesto Fiorentino wurden, wie nunmehr feststeht, zwei Personen getödtet und fünf verwundet, von denen heute früh eine gestorben ist. In Prato kam es zu neuerlichen Ruhestörungen. Einzelheiten fehlen hierüber.

Bombay, 5. Mai. (W. T. B.) In der abgelaufenen Woche sind 263 Todesfälle an der Beulenpest vorgekommen. Die Gesammtsterblichkeit beziffert sich auf 872 oder 55,66 pro Tausend.

Hongkong, 6. Mai. („Frankf. Ztg.") Die Pest nimmt hier noch nicht ab. In dieser Woche sind 3 Europäer im Hospital gestorben. In einem Fall ist eine gefährliche, die Lungen angreifende Form der Pest beobachtet worden. In den letzten 24 Stunden sind 89 neue Fälle vorgekommen, von denen 28 tödtlich verliefen. Seit dem 1. Januar sind 792 Erkrankungen an der Pest und 639 Todesfälle verzeichnet worden.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen.

Nr. 106. 15. Jahrgang. **1. Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.** Sonnabend, 7. Mai 1898.

Arbeiter, Parteigenossen!

Die erste Flugblattverbreitung zur kommenden Reichstagswahl soll am Sonntag vor sich gehen. Die Bedeutung der Wahl erheischt von den aktiven Parteigenossen eine ganz besondere Anspannung der Kräfte, und wir erwarten daher, daß ein jeder, der die Ehre hat, der Partei zu dienen, nicht allein selber vollauf seiner Pflicht genügt, sondern auch Freunde und Bekannte zu eifriger Mithilfe anregt. Die Arbeit am Sonntag ist die Stichprobe für kommende Aktionen. Parteigenossen, seid daher am Sonntag Morgen zahlreich und pünktlich am Platze. Die Vertrauensleute.

Die Parteigenossen des **ersten Wahlkreises** werden ersucht, zu der am Sonntag, den 8. d. M., stattfindenden Flugblatt-Verbreitung sich früh 7½ Uhr in folgenden Lokalen einzufinden: Mörschel, Jüdenstr. 35; Sommer, Grünstr. 21; Stockfisch, Holzgartenstr. 10; Glaue, Krausenstr. 18; Voigt, Charlottenstr. 60; Schmidt, Flensburgerstr. 24.

Die Parteigenossen des **2. Wahlkreises** versammeln sich punkt acht Uhr an folgenden Stellen: Schonbeim, Gräfestraße 8; P. Müller, Gräfestr. 31; Ewald, Schönleinstr. 6; Naumann, Blücherstraße 42; Lindemann, Moritzstr. 9; Saß, Markgrafenstr. 102; Zubeil, Lindenstr. 106; Kitzing, Belle-Alliancestr. 74; Faller, Pallasstr. 16; H. Werner, Bülowstr. 59.

Im **vierten Kreise** Südost wollen sich die Genossen punkt 7½ Uhr an folgenden Stellen einfinden: Erbe, Cuvrystr. 25; Tolksdorf, Görlitzerstr. 58; Gonell, Falkensteinstr. 5; Beyer, Brangelstraße 136; Bieberstein, Lausitzer Platz 12a; Streit, Naunynstr. 86; Brödenfeld, Manteuffelstr. 69; Golz, Grünauerstr. 3; Dierberg, Forsterstr. 17; Seidler, Ratiborstr. 16.

Die Parteigenossen im vierten Kreise Osten finden sich ebenfalls 7½ Uhr an den bekannten Stellen ein.

Die Parteigenossen des **fünften Wahlkreises** kommen präzise 7½ Uhr in folgenden Lokalen zusammen: Eichhorn, Greifswalderstraße 3; Kuhnow, Mendelssohnstr. 16; Knötzsch, Hirtenstr. 10; Wittchow, Kl. Hamburgerstr. 27; Schmidt, Luisenstr. 5.

Im **sechsten Wahlkreise** finden sich die Parteigenossen 7½ Uhr an folgenden Stellen ein:

Schönhauser Vorstadt: Augustin, Kastanien Allee 11; Schmidt, Tresckow- und Diedenhofenerstraßen-Ecke; Schönfeld, Fehrbellinerstr. 9, Ecke Teutoburger Platz.

Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen: Rosin, Ruppiner- und Schönholzerstraßen-Ecke; Abendroth, Badstr. 42.

Wedding: Gleinert, Müllerstr. 7a; Schulz, Schwarzkopffstraße 11.

Moabit: Pfarr, Puttlitzstr. 10.

Ueber die Wahlversammlungen,

welche am Donnerstag Abend in den Berliner Wahlkreisen, in Schöneberg und Charlottenburg tagten, liegen uns heute noch folgende Berichte vor:

Die Versammlung, welche für den **ersten Wahlkreis** im Feenpalast einberufen war, zeigte kein überfülltes Lokal. Unter den Versammelten wurde vielfach der Wunsch laut, von dem Prinzip der Nichtbekanntgabe des Referenten gerade für den ersten Wahlkreis, wo die kräftigste Agitation einsetzen müsse, abzugehen. Immerhin waren über tausend Genossen erschienen, um die Wahlagitation fördern zu helfen.

Genosse August Bebel führte aus: Der Reichstag liegt in Agonie. Morgen wird er zweifellos sterben. Damit ist der Moment gegeben, wo die Wahlagitation für den neuen Reichstag kräftig einzusetzen hat. Bevor der Redner auf das Thema des Abends „Was hat das deutsche Volk von dem neuen Reichstag zu erwarten", einging, warf er einen Rückblick auf die Thätigkeit des eben verflossenen Reichstags, die mit einer Mehrbelastung des Volkes durch eine Militärvermehrung begonnen und mit einer Mehrbelastung des Volkes durch eine Flottenvermehrung geendet habe, ja der den letzten Tag der Session noch dazu benutzt habe, Brotvertheuerungs-Politik zu treiben. Die Mittheilungen Bebel's über die Verhandlungen des Reichstages über die Interpellation Auer betr. die zeitweilige Suspension der Getreidezölle, wurden von lauten Pfuirufen, die der ablehnenden Haltung der Regierung und der Mehrheitsparteien des Reichstages galten, begleitet, Bebel sprach die Hoffnung aus, daß die Nation am 16. Juni mit dem Stimmzettel dieser Majorität ein deutliches Mißtrauensvotum ausstellen werde. Er besprach dann die vom letzten Reichstage beliebte Mittelstandsrettung, die in den Gesetzen gegen den unlauteren Wettbewerb im Margarine-, Handwerker- und Börsengesetz ihren Ausdruck gefunden hat, er zog das beim Bürgerlichen Gesetzbuch geleistete Stück- und Flickwerk, die Erweiterung der Liebesgabenpolitik die sogenannte Militärstrafprozeß-Reform und den Stillstand der Sozialreform in den Kreis seiner Betrachtungen. Der neue Reichstag werde bei ungünstigem Ausfall der Wahl die Bahn der Reaktion weiter schreiten. Deshalb sei es Pflicht aller Parteigenossen, mit aller Kraft für sozialdemokratische Kandidaturen einzutreten. Auf keine andere Partei sei Verlaß, auch auf die freisinnige Volkspartei nicht, deshalb müsse auch der 1. Berliner Wahlkreis erobert werden. Mit eindringlichen Worten schilderte Bebel hierauf die Gefahren, welche dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht, dem Koalitionsrecht, der Freizügigkeit drohen. Der neue Reichstag werde außerdem über ein neues Militärquinquennat zu beschließen haben. Neue Aufwendungen für das Landheer würden gefordert werden und die eigentlichen Kulturaufgaben nach wie vor Noth leiden. Darum muß die Sozialdemokratie der Regierung und den herrschenden Klassen zurufen: So geht es nicht mehr weiter, wir wollen, daß mit der Volkswohlfahrt voller und ganzer Ernst gemacht wird. Die Rede, die oft von stürmischem Beifall unterbrochen worden war, rief am Schlusse langanhaltenden Jubel hervor und es wurde erst still, als der sozialdemokratische Kandidat für den ersten Wahlkreis Genosse Hugo Pötzsch auf der Tribüne erschien. Pötzsch erklärte, daß die Bebel'schen Anschauungen auch die seinen seien und hob dann die Wichtigkeit hervor, welche die Reichstags-Tribüne für das Volk hat, da sie der einzige Ort ist, wo heikle Dinge wie Militärmißhandlungen und andere Mißstände im öffentlichen Leben straflos und ungeschminkt besprochen werden können. Er zeigte dann, wie wenig Verlaß in Arbeiterschutzfragen auf die freisinnige Volkspartei sei. Wer ein wahrhafter Demokrat sei, könne dieser Partei seine Stimme nicht geben, sondern müsse den Sozialdemokrat wählen. Auch diese Ansprache wurde sehr beifällig aufgenommen.

Genosse Täterow ging auf grund eines von den National-Sozialen herausgegebenen Flugblattes zum Angriff auf diese Partei über, was den Erfolg hatte, daß sich der national-soziale Kandidat, Herr Tischendörfer, zum Wort meldete. Er lobte zunächst den Vortrag Bebel's, gestand ein, daß er von ihm gelernt habe, versuchte dann seine Arbeiterfreundlichkeit ins beste Licht zu stellen, indem er auf die Beiträge verwies, welche seine Partei den Hamburger Hafenarbeitern während des Streiks gespendet habe, ging dann aber zum Angriff über und beschuldigte den „Vorwärts", daß er aus dem Flugblatt einen Satz falsch zitirt habe und nicht einmal eine Berichtigung, die ihm zugesandt worden sei, aufgenommen habe. Nachdem er sein bekanntes Militärprogramm aufgerollt, hatte Herr Tischendörfer die Naivetät, der Sozialdemokratie den Uebergang ins national-soziale Lager anzuempfehlen. Genosse Pötzsch übernahm es, die Redaktion des „Vorwärts" gegen die Angriffe des Vorredners zu vertheidigen, was leichte Mühe war. Mit treffenden Worten wies Redner nach, daß die Heer- und Flottenbegeisterung der National-Sozialen nur der politischen Reaktion Vorschub leistet. Wie oft sei es schon gesagt worden, daß das Heer auch für den inneren Feind da sei, daß die Soldaten auch auf Vater und Mutter schießen müßten. Das Flugblatt zeige, wie die National-Sozialen, um sich wegen einer Reihe demokratischer Forderungen, die sie in ihr Programm aufgenommen haben, nach oben hin wieder etwas zu rehabilitiren, mehr und mehr dazu übergehen, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Es werde mit der national-sozialen Bewegung wohl ähnlich gehen, wie mit der Stöcker'schen; sie werde durch die Gegner von beiden Seiten zerrieben werden.

An der Diskussion betheiligten sich die Genossen Manasse und Täterow und noch ein National-Sozialer namens Michalski. Dieser warf der Sozialdemokratie vor, daß sie ihre eigenen Ziele verschleiere und mit gut bürgerlichen Forderungen krebsen ginge. Bebel stellte die politische Unreife und Unkenntniß des Herrn unter großer Heiterkeit der Versammlung ins rechte Licht und blieb auch Herrn Tischendörfer nichts schuldig. Er gab diesem Herrn die bündige Versicherung, daß, wenn in der Partei oder gar in der Fraktion jemand die nationalsoziale Gedankenwelt zur Verwirklichung bringen wollte, er gar schnell aus der sozialdemokratischen Partei heraus und in die nationalsoziale Partei hineinfliegen würde. (Stürmischer Beifall.) Was die letzten Ziele anlange, so seien sie von keinem Sozialdemokraten aufgegeben worden. Aber im Programm sei es deutlich gesagt, daß zur Umgestaltung der Gesellschaftsordnung erst die heutige Gesellschaft einen bestimmt bezeichneten Entwickelungs-Prozeß durchmachen müsse. Bebel nahm sich schließlich noch die Mühe, den Herren National-Sozialen die Anschauungen der Sozialdemokratie über die Monarchie und die Organisation eines Volksheeres darzulegen, seine Ausführungen ernteten lebhaften Beifall.

Erst nach Mitternacht war die anregende Versammlung zu Ende nachdem eine Resolution, worin die Anwesenden versprechen, thatkräftig für die sozialdemokratische Kandidatur im ersten Kreise einzutreten, einstimmige Annahme gefunden hat.

Zweiter Wahlkreis. Nachdem das Bureau gebildet war, ergriff Genosse R. Fischer das Wort zu folgenden Ausführungen: Der Reichstag hat seine Arbeiten heute vollendet. Wenn etwas noch gefehlt hätte, um seiner Thätigkeit den Stempel aufzudrücken, so waren es die heutigen Verhandlungen, in denen der ganze ausbeuterische Charakter der Mehrheit dieser Volksvertretung zu tage trat. Für morgen ist eine große Kundgebung des Kaisers angekündigt und die gegnerischen Parteien setzen ihre ganze Hoffnung auf sie, weil sie ihnen eine Wahlparole bringen soll, die ihnen den Sieg verbürgt. Wie wird diese Wahlparole lauten? Man braucht sich wirklich nicht den Kopf darüber zu zerbrechen. Man kennt ja die Aufrufe zum Kampfe gegen den Umsturz. Und wenn morgen wieder einmal in besonders temperamentvoller Weise der Kampf gegen die Sozialdemokratie verkündet werden sollte, wir werden deshalb nicht das Knieschlottern bekommen. (Heiterkeit und Beifall.) Je öfter solche Aufrufe ertönen, umsomehr büßen sie an Wirksamkeit ein, um so kräftiger thut die Sozialdemokratie ihre Schuldigkeit, um so gründlicher wird aber auch die Fiktion zerstört, als stehe die Regierung über dem Kampf der Klassen. Davon können wir nur profitiren, so vorsichtig wir uns hierüber auch nur äußern können, weil mit dem Parteiergreifen der Regierung nicht auch die Garantie gegeben ist, daß auch für diese Partei das gleiche Recht für alle gilt. (Heiterkeit und Zustimmung.) Wir brauchen für den Wahlkampf keine besondere Wahlparole. Wir brauchen nicht wie die gegnerischen Parteien ängstlich zu probiren, ob wir mit den Wählern noch Fühlung haben, sondern wir sagen: Endlich einmal nach fünf Jahren! Für uns ist der Kampf ein Lebenselement; wir führen ihn beständig aus dem einen großen Gesichtspunkt heraus: Abschaffung des Lohnsystems, Beseitigung aller Knechtschaft und des ganzen Elends! (Stürmischer Beifall.) Wenn uns der bevorstehende Wahlkampf auch nicht ans letzte Ziel führt, so wissen wir doch, daß es ein unvermeidlicher Kampf ist, der uns zum Ziele hinführt. Wir machen den Wählern keine großen Versprechungen, wir geben nur das eine Gelöbniß ab, überall für die bedrohten Volksrechte einzutreten, für ihre Erweiterung und Vermehrung. Denn wir brauchen diese Volksrechte als Waffe für die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse. Der diesmalige Wahlkampf muß ein Abwehrkampf gegen die vereinigte Reaktion des Junkerthums und der Großbourgeoisie sein, die das Wahlrecht, das Koalitionsrecht, das Freizügigkeitsrecht bedroht. (Lebhafte Zustimmung.) Redner bespricht nun die Thätigkeit des letzten Reichstags, die mit dem Verrath von Volksrechten begann und mit dem Verrath von Volksrechten schloß. Die Annahme der Marinevorlage und der Militär-Strafprozeß-Ordnung zeigt besonders deutlich, wohin es mit dem Bürgerthum gekommen ist, wie es jede Widerstandskraft gegen das Junkerthum verloren hat. An dieser Schwäche des Bürgerthums soll die Sozialdemokratie die Schuld haben. Mit dieser leeren Ausrede suchen besonders die Freisinnigen die Feigheit des Bürgerthums und ihre eigene politische Grundsatzlosigkeit zu decken, die allein die Schuld tragen. Herr Eugen Richter betont jetzt sogar, daß seine Partei monarchisch sei. Damit wird er keinen Hund vom Ofen locken (Große Heiterkeit), denn der Monarchismus ist kein Zugmittel für Deutschland. (Stürmischer Beifall.) Haben doch selbst die Nationalliberalen, diese Mameluken der Reaktion, diese Weichthiere, die nur noch einen wirthschaftlichen Verdauungsmagen, aber kein politisches Rückgrat mehr besitzen (Stürmische Heiterkeit), das famose Wort von den „Vernunftmonarchisten" geprägt. Herr Richter aber fühlt sich halb und halb jetzt hingezogen zu den Sammlungspolitikern. Redner schildert nunmehr eingehend die letzten Sünden des Freisinns. So stellten sich Richter und seine Mannen unserem Verlangen entgegen, mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch die skandalösen Zustände der Gesinde-Ordnung zu beseitigen. (Pfui!) Als wir den gesetzlichen Achtstundentag verlangten, traten die Freisinnigen dagegen auf, weil seine Einführung niedrigere Löhne und Vermehrung der Frauenarbeit zur Folge haben würde. (Heiterkeit.) Niemals sieht der Freisinn in seiner Verbohrtheit über seine kleinbürgerliche Nase hinaus. Als wir die Berufsvereine der Arbeiter gesetzlich schützen wollten, waren die Freisinnigen wohl dafür, aber mit der Motivirung, daß durch die gewerkschaftliche Organisation ein Keil in die Arbeiterbewegung hineingetrieben würde. (Pfui!) Und als der Posadowsky'sche Erlaß zur Debatte stand, sprach sich der freisinnige Redner zwar gegen ihn aus, aber nur weil er geeignet sei, Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie zu führen. Bei dem dreisten Vorstoß der Junker im Abgeordnetenhause gegen die Freizügigkeit hielt es Eugen Richter nicht der Mühe werth, dort zu erscheinen und dagegen zu protestiren. Das ist die Art des Freisinns: die Schläge der Reaktion parirt er immer mit dem Hintertheil, und dann schreit er auf, wenn's weh thut. (Große Heiterkeit.) Deshalb trennen sich unsere Wege von denen des Freisinns. Dabei verhehlen wir nicht, daß wir in einer Reihe von Fragen mit ihm Schulter an Schulter kämpfen, und daß es nicht in unserem Wunsche liegt, ihn in den nächsten Reichstag geschwächt einziehen zu sehen. Von den Februar-Erlassen, vom sozialen Königthum, vom „König der Bettler" ist keine Rede mehr. Die deutsche Arbeiterklasse weiß, worauf sie gefaßt sein kann. Die Politik der Sammlung, der Bund der Junker mit der Großindustrie zur Ausraubung der Massen ist nichts als ein brutales Handelsgeschäft: Mir einen Thaler, Dir einen Thaler, womöglich mir zwei Thaler! (Stürmische Heiterkeit.) Die besitzenden Klassen wollen die wirthschaftliche Widerstandsfähigkeit der Arbeiter brechen, das aber kann nur geschehen, wenn die politischen Rechte der Arbeiter geknebelt werden. Die Situation ist ähnlich wie 1878. „Zur Zeit" soll kein neues Sozialistengesetz beabsichtigt sein. Wir wissen, wessen unsere Gegner fähig sind. Das allgemeine Wahlrecht ist in Gefahr. Komme aber, was da wolle, wir sind bereit. Es ist ein Gebot der Selbsterhaltung für die Arbeiterklasse, alle Kräfte einzusetzen in diesem Wahlkampfe. Thut sie es, dann wird der Wahltag für unsere Gegner und die Regierung ein Tag der Abrechnung — ein Tag der Verurtheilung sein! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Nach dem Vortrag wurde eine kurze Pause gemacht, Listen zirkulirten, in die sich die Genossen einschrieben, die in den Thiergarten- und Friedrichstadt-Bezirken des Wahlkreises die Parteiarbeit leisten wollen. Dann hielt Frau Lilly Braun unter stürmischem Beifall eine kräftige Ansprache an die Frauen. Einstimmig wurde sodann eine dem Referat entsprechende Resolution angenommen. — Mit einem dreimaligen begeisternden Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß die imposante Versammlung.

Der Kandidat des **dritten Wahlkreises,** Rechtsanwalt Wolfgang Heine, sprach bei Möhring in der Admiralstraße. Er zeigte zunächst, wie unklar und zerfahren die Sammlungspolitiker seien, wie sich jedoch durch die Posadowsky'sche Rede die Lage geklärt habe. Möge sich die „Kölnische Zeitung" den Zweck der Sammlung vielleicht anders denken als die „Kreuz-Zeitung", das Ergebniß werde jedenfalls eine Politik der Allerreichsten gegen das werkthätige Volk sein. Zunächst wären die Kämpfe der Reaktion gegen die eigentliche Arbeiterbewegung gerichtet. Als Helfershelfer der Sozialdemokratie würde jeder mitbefehdet, der nicht für schrankenlose Ausbeutung sei, namentlich die harmlosen National-Sozialen. Nach der „Deutschen volkswirthschaftlichen Korrespondenz" sogar der frühere Minister v. Berlepsch.

Der Redner erörterte eingehend die verschiedenen Anschläge auf das Koalitionsrecht und die Vereins- und Versammlungsfreiheit und charakterisirte die Regierungspolitik auf diesem Gebiete mit den Worten „Versagung nothwendiger neuer Rechte, Angriff gegen bestehende Rechte". Posadowsky's Erklärung, er plane kein Sozialistengesetz, solle die Freisinnigen und Linksliberalen gewinnen, sie sei aber werthlos. Seien das Umsturzgesetz und die Vereinsgesetz-Novelle der Reaktionäre etwa keine Sozialistengesetze gewesen, wenn sie sich auch „gemeines Recht" nannten? Schon heute griffen die konservativen Blätter Posadowsky heftig an, und wenn eine reaktionäre Majorität in den Reichstag käme, so würde er weggeschoben werden, wie Berlepsch, falls er sich nicht doch noch von der Nothwendigkeit eines Sozialistengesetzes überzeugen ließe.

Die Rechte des ganzen Volkes, nicht blos der Sozialdemokratie, seien gefährdet durch die Umsturzpläne der Reaktion gegen das Wahlrecht. Dies zu schützen hätte Posadowsky nicht versprochen. Nach einer Erörterung der agrarischen Absichten gegen die Handelsverträge und auf Lebensmittelvertheuerung, sollte dabei auch die Industrie ruinirt werden, forderte der Referent zu einer energischen Angriffspolitik der Demokratie auf. Es gelte die Ritter vom Kohl, vom Schlot und vom Schreibtisch zu überwinden.

Diese Aufgabe könne nur die Sozialdemokratie erfüllen. Der Redner rechnete zunächst mit den Antisemiten ab, und wies die Widersprüche ihrer sogen. Mittelstandspolitik nach. Dabei erörterte er ausführlich die Stellung der Sozialdemokratie zu der Entwickelung der großen Magazine und zum Ruin des Kleinbürgerthums. Der beste Bundesgenosse für den kleinen Handwerker sei und bleibe eine starke Arbeiterbewegung. Die Zuchthausarbeit und die Fabrikation durch erbärmlich gelöhnte Arbeiter in rückständigen Gegenden seien die Feinde einer höheren Lebenshaltung sowohl des großstädtischen Arbeiters als des kleinen Handwerkers.

Dann wendete sich Rechtsanwalt Heine gegen die freisinnige Volkspartei. Er zeigte an der Haltung der Berliner Stadtverordneten, wie diese Partei jeden Idealismus verloren habe, und an der Zustimmung Eugen Richter's zur Militär-Strafprozeß-Ordnung, wie unfähig die Partei sei, bürgerliches Selbstgefühl den Anmaßungen des Militarismus gegenüber zu wahren. Die Partei, welche dies Gesetz angenommen habe, „um etwas fertig zu bringen", habe jedes Recht verloren, über die freisinnige Vereinigung und selbst über die Nationalliberalen abzusprechen. Der Redner beleuchtet endlich scharf die schwächliche Haltung der freisinnigen Presse gegenüber dem Liebeswerben der Sammlungspolitiker und die offenen Mogeleien mit den Antisemiten. Die freisinnige Partei, die auf Krücken der Antisemiten in den Reichstag einzöge, würde einer energischen Bekämpfung der Reaktion nicht fähig sein. Um alle diese Machenschaften zu vereiteln, forderte der Redner zur kräftigsten Agitation auf, damit der Sieg gleich bei der Hauptwahl errungen werde.

Die Rede, die wohl anderthalb Stunden gedauert hatte, wurde mit größter Begeisterung aufgenommen. Aus der Versammlung heraus wurde eine Resolution beantragt, wonach alle Anwesenden sich mit den Grundsätzen des Kandidaten einverstanden erklärten und versprachen, ihn durch kraftvolle Agitation zu unterstützen. Es meldete sich kein Gegner zum Wort und die Resolution wurde, nachdem die Genossen Borchardt und Mahle kurz das Wort genommen, einstimmig angenommen.

In den Arminhallen gab Genosse Dr. Zadek unter lebhaftem Beifall der Versammlung einen Ueberblick über die gegenwärtige politische Lage. In dem Jubiläumsjahre der Märzrevolution wollen die immer dreister ihr Haupt erhebenden reaktionären Parteien die Grundrechte des Volkes, die früher für unantastbar galten, ihm wieder entreißen. Damals wie heute handelt es sich um den Kampf gegen absolutistische Neigungen, um den Kampf für freies Wort, freies Versammlungsrecht, freie Presse, Gewerbefreiheit, Freizügigkeit und alle die Errungenschaften, die in einem modernen Staate als selbstverständlich erachtet werden. Die Revolution von 1848 hat in Deutschland nur halbe Arbeit geleistet, wir stecken noch halb im Mittelalter, bis über die Ohren in militärischen Anschauungen befangen. Großgrundbesitz und Großindustrie, die sich früher heftig bekämpft haben, haben sich zum gemeinsamen Kampf gegen die Arbeiter, zum Kampf gegen den Umsturz vereint. Umsturz — das war immer die Firma, unter der das Volk gruselig gemacht werden sollte, wenn es gilt, einen fetten Fischfang zu thun. Aber wer stürzt denn heute um? Nicht der Arbeiter, sondern die besitzenden Klassen. Es gab eine Zeit, wo von allerhöchster Stelle gesagt wurde: „Die Sozialdemokratie überlassen Sie mir, mit der werde ich allein fertig." Aber heute ist der Geist Bismarck's wieder in die Regierungen eingezogen, heute will man die Rechte des Volkes beschränken und vor allem dem verhaßten allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht an den Leib. Das Versuchskaninchen war Sachsen, wo man die Sozialdemokratie in dem Landtage loszuwerden versucht; daß man sie aber nicht aus dem Lande los geworden ist, das wird das Volk am 16. Juni quittiren. (Lebhafte Zustimmung.) Vor neun Jahren noch sprach man von einem sozialen Königthum und heute ruft die Regierung selbst die Besitzenden zum Kampf gegen die Besitzlosen auf. Die Verheißungen der Februarerlasse sind nicht erfüllt, und von dem wenigen, was sich verwirklicht hat, sehen wir immer mehr und mehr wieder abbröckeln. Selbst das Koalitionsrecht und die Freizügigkeit sollen dem Arbeiter genommen werden. Die Regierung ist heute schon bereit, den agrarischen Gelüsten nachzugeben. Gelingt es den Agrariern, in nennenswerther Zahl in den Landtag zu ziehen und in Verbindung mit den Vertretern der Großindustrie eine Mehrheit zu gewinnen, dann werden alle die reaktionären Bestrebungen verwirklicht werden. Deshalb ist es die Pflicht der Arbeiter, überall Sozialdemokraten in den Reichstag zu wählen, um gegen diese agrarischen Gelüste zu protestiren, um vor allem auch zu protestiren gegen die hohen Getreidezölle, die zu suspendiren sich die Regierung trotz der theuren Getreidepreise nicht entschließen kann. (Rufe: Pfui!) Hier in Berlin kann es darauf nur eine Antwort geben und die heißt: eine Viertel Million Stimmen für die Sozialdemokratie, alle sechs Wahlkreise von einem Sozialdemokraten vertreten. (Lebhafter Beifall.) — Eine Diskussion fand nicht statt. Debattelos nahm die Versammlung eine Resolution an, in welcher sie ihr Einverständniß mit den Ausführungen des Referenten kundgiebt und verspricht, mit aller Kraft den Wahlkampf für die Sozialdemokratie zu führen.

Vierter Wahlkreis. Die Versammlung in Keller's Festsälen war von etwa 2500 Personen besucht, unter denen man auch namentlich eine große Anzahl Frauen bemerkte. Die Stimmung war insgesammt durchaus nicht sonderlich erregt, dagegen von einer außerordentlich starken Siegesgewißheit getragen. Um 9 Uhr ergriff Genosse Singer das Wort zu seinem Referate. Die Besprechung der Interpellation unserer Genossen im Reichstage über die Aufhebung der Getreidezölle hat gerade zur rechten Zeit klar und deutlich gezeigt, was das deutsche Volk von den anderen Parteien, was es von der Regierung zu erhoffen hat. Die Kornpreise sind heute höher gestiegen, als selbst im Nothstandsjahre 1891/92, und gleichzeitig haben die Fleischpreise eine geradezu unerhörte Höhe angenommen. Wir verlangen daher die Suspendirung der Getreidezölle, die nicht, wie die Klassenheuchelei uns glauben machen will, der „nationalen Arbeit", sondern einer kleinen Minderheit zu gute kommen. Von 54 Millionen Einwohnern sind nur 4 Millionen an hohen Getreidepreisen interessirt. Und dieser 4 Millionen wegen sollen 50 Millionen ihr tägliches Brot sich vertheuern lassen? (Beifall.) Und die Antwort der Regierung, wie lautete sie? Es liege noch keine Veranlassung vor, der Frage der Suspendirung der Kornzölle näher zu treten. Ein thatsächlicher Nothstand bestehe keineswegs. Und die Landwirthschaft, deren Wohl sich die Regierung besonders angelegen sein lasse, werde doch ohne Zölle zu sehr geschädigt. Dazu wird das Volk mit hunderten von Millionen belastet, damit einige hunderte von adeligen Familien ein Schmarotzerdasein führen können. In Frankreich werden bedeutsame Erklärungen der Regierung an alle Straßenecken angeschlagen. Ich wünschte, die heutige Erklärung der Regierung hier bei uns würde im ganzen deutschen Lande, in jeder Stadt, in jedem Dorf, in jedem Flecken an die Mauer geschlagen, damit das ganze deutsche Volk es einsieht, daß wir mit einer Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel, mit einer Vertheuerung des täglichen Brotes es bezahlen müssen, wenn aus den Wahlen ein Reichstag hervorgeht, der eine Regierungsmajorität hat. Die Regierung wird ihre Erklärung nicht an die Mauern schlagen, wir werden das thun. Und die deutsche Sozialdemokratie wird dafür sorgen, daß am 16. Juni das Volk die richtige Antwort giebt. (Bravo!) Für die nächsten Wahlen kommen im wesentlichen drei Gesichtspunkte in Frage: das bedrohte allgemeine Wahlrecht, das bedrohte Koalitionsrecht und die Handelspolitik. Das Bestreben der Kornwucherer geht dahin, die Handelsverträge abzuschaffen. Dadurch würde die Lebenshaltung der Arbeiter und die Entwickelung der deutschen Industrien auf das schwerste geschädigt werden. Wir wollen keine chinesische Mauer um uns; wir wollen im friedlichen Wettstreit mit den Völkern der Erde Kulturarbeit verrichten. In den Reihen unserer Gegner spricht man so oft davon, daß die Sozialdemokratie aufgehört hat, eine revolutionäre Partei zu sein, daß sie gewisse Reformen anstrebe, über die sich reden lasse. Wenn wir uns auch zuweilen der einen oder anderen Partei zur Erreichung unserer Ziele bedienen, unsere prinzipiellen Gegensätze bleiben in voller Schärfe bestehen. Die Sozialdemokratie unterscheidet sich von allen anderen Parteien dadurch, daß sie die bürgerliche Gesellschaft als solche bekämpft. Was wir in ihr erreichen, betrachten wir nur als eine Abschlagszahlung, als eine Wegzehrung auf unserem Vormarsche zur Beseitigung der bestehenden Gesellschaft selbst. Nun sehe man sich die anderen Parteien an, mit denen Sie hier im vierten Wahlkreis zu kämpfen haben werden. (Lachen.) Die gesammte Partei blickt auf Berlin. Hier muß ein bedeutender Stimmenzuwachs kommen! (Bravo!) Redner charakterisirt nun in großen Zügen die anderen in betracht kommenden Parteien. Um die Konservativen handle es sich hier nicht, ebensowenig um die Nationalliberalen, die als Fraktion Drehscheibe längst vom Berliner Volke abgethan seien. Besonders eingehend beschäftigte er sich mit der neuen Partei, den sogenannten National-Sozialen, deren Militär- und Wasserenthusiasmus er ad absurdum führt und deren kurzsichtigen Begriff der „Weltpolitik" er sehr richtig damit abthut, daß er im Grunde weiter nichts bedeute, als daß Deutschland überall seine Nase hineinstecken solle, wo irgend etwas los ist. (Großer Beifall und Heiterkeit.) Er widerlegt dann die Grundprinzipien der Freisinnigen, das Gerede vom freien Spiel der Kräfte, das in unserer Ausbeutergesellschaft sich als infame Heuchelei darstellt. Zum Schluß wendet er sich an die anwesenden Frauen, deren Bedeutung für den Wahlkampf er darlegt. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die die volle Gleichberechtigung der Frau auf ihre Fahne geschrieben. Sie kennt keine Unterschiede des Geschlechts, der Rasse. Wir kämpfen in dem bevorstehenden Kampfe für das allgemeine Wahlrecht, für das Koalitionsrecht, für Freizügigkeit, Preßfreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht; gegen Militarismus und Marinismus, gegen den Uebermuth der Junker, der Liebesgabenempfänger und Brotwucherer.

Stürmischer, lang anhaltender Beifall folgte den kräftigen Schlußworten unseres Genossen. Der Vorsitzende forderte die anwesenden Gegner auf, hervorzutreten und ihre Ueberzeugung mit der unserigen zu messen; es meldete sich niemand. Es ergriff dann noch ein Genosse Neumann das Wort, der in echt proletarischer Weise die Parteigenossen daran erinnerte, welch ein schweres Stück Arbeit noch draußen in der Provinz zu verrichten sei. Von einer weiteren Diskussion wurde Abstand genommen. Um 10½ Uhr wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die völkerbefreiende Sozialdemokratie geschlossen.

In Sanssouci hatten sich etwa 1200 Personen versammelt. Hier war es der Reichstags-Abgeordnete Harm, der die Sünden unserer Gegner kritisch beleuchtete. Das Leitmotiv seiner Ausführungen war: die Arbeiterklasse könne nur und müsse sich selber helfen, die Sozialreform sei in der Halbheit stecken geblieben. Dank des allmächtigen Einflusses des Unternehmerthums. Selbst Kaiser Wilhelm II., dessen Februarerlasse sicher der ernsten Absicht zu helfen entsprungen seien, habe seinen Willen vor den Reichsgroßen aus dem Saarrevier und dessen Genossen nicht durchführen können. Und was seien die Folgen jener Interpellation zu gunsten der Konfektions-Arbeiterinnen, die sonderbarerweise von den Nationalliberalen, den Ausbeutern im großen, ausgegangen sei? Nach wie vor würden diese Lohnsklaven ausgenützt und bedrückt. Nur die Vertretung der Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie, wolle und könne hier gründlich bessern. Die Gewitterwolken, die sich ihr gegenüber jetzt zusammenzögen, brauche sie nicht zu fürchten; sie habe als Partei ihren Befähigungsnachweis vollkommen erbracht. Redner bedauert, daß sich ein Theil der Handwerker noch von den Mittelstandspolitikern ins Schlepptau nehmen lasse. Da könne man auch sagen: Nur die allergrößten Kälber wählen ihre Metzger selber. (Heiterkeit.) Der Kampf sei auf der ganzen Linie entbrannt; das arbeitende Volk müsse auf dem Posten sein, denn es stehe sein vornehmstes Recht auf dem Spiele: das Wahlrecht. Werde es ihm genommen, dann habe die Arbeiterklasse auch kein Interesse mehr am Bestande des deutschen Reiches. (Allgemeines Händellatschen.) Wohlbedacht spreche ich das aus. (Lebhafter Beifall.) Die Gegner sollten es sich wohl überlegen, was sie thun. Die Folgen des Staatsstreichs fielen auf die Herren, die diese Revolution von oben veranstalteten. Die Revolution von unten würde wohl nicht ausbleiben, denn mir nichts, dir nichts, lasse sich das arbeitende Volk nicht sein einziges weittragendes Recht nehmen. (Beifall.) Wenn die Staatsstreichler auch jetzt ihre Absichten verleugneten, so gehe doch aus mündlichen und Preßäußerungen hervor, daß sie nur einen geeigneten Zeitpunkt abwarteten. Nicht so leicht lasse sich das allgemeine Wahlrecht beseitigen, heiße es im konservativen Handbuch. Redner verweist dann auf den Erlaß des Grafen Posadowsky und auf dessen Appell an das Bürgerthum, Seite an Seite mit der Regierung die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Daraus ergebe sich ebenfalls für uns die Losung: Vorwärts!

„Niemals darfst Du rückwärts geh'n,
Nie ermüdet stille steh'n,
Willst Du die Vollendung seh'n!"

Stürmischer, anhaltender Beifall folgte dem Referat. Nachdem Genosse Peter an geschichtlichen Beispielen gezeigt, wie oft die Väter und Großväter unserer Konservativen die Landesverräther gespielt haben, warnte der Vorsitzende, Genosse Vogt, davor, von der Wahlurne etwa mit Rücksicht auf die große sozialdemokratische Stimmenzahl im vierten Kreis fernzubleiben. Jeder müsse kommen und auch Stimmen werben. Es handele sich um eine Heerschau, die noch dazu jetzt nur noch alle 5 Jahre möglich sei. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie, in das die anwesenden Versammelten begeistert einstimmten, schloß Redner darauf die vom besten Geiste beseelte Versammlung.

Eines starken Besuches, auch von Frauen, hatte sich die Versammlung im Lokale von Brüder, Waldemarstraße, zu erfreuen. Der Referent, Reichstags-Abgeordneter Ullrich, knüpfte in geschickter Weise an die Antwort der Regierung auf die sozialdemokratische Interpellation betreffend Suspendirung der Getreidezölle an. Wenn auch die Antwort keinen von uns überrascht habe, so enthalte dieselbe doch angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen ein ganzes Programm für uns. Diese Antwort sei sozusagen die Krönung der Agrarpolitik der letzten fünf Jahre und sie läßt einen lehrreichen Einblick thun in die Verhältnisse, die des deutschen Volkes harren, wenn in den nächsten Reichstag eine agrarische Mehrheit einzieht. Dieses unter allen Umständen zu verhindern, sei deshalb auch der Mittelpunkt aller unserer Bestrebungen bei der bevorstehenden Reichstagswahl. Der Redner schildert sodann in anschaulicher Weise die Steigerung der Getreidepreise, an der Hand derselben darthuend, welche großen Opfer das deutsche Volk den Junkern und Junkergenossen schon gebracht hat, und denen gegenüber die von Herrn v. Posadowsky so laut betonten „sozialpolitischen Lasten", welche das Unternehmerthum angeblich im Interesse der Arbeiter zu tragen hat, sich verschwindend gering ausnehmen. Weiter schildert der Redner eingehend alle volksfeindlichen und volksschädlichen Bestrebungen der Reaktion, die sich in den letzten Jahren immer schamloser und unverhüllter hervorgewagt haben. Es handle sich bei den nächsten Wahlen darum, die wenigen Volksrechte in jeder Beziehung energisch zu vertheidigen, da dieselben ernstlich gefährdet sind. Unsere Parole im bevorstehenden Wahlkampf müsse sein: Vorwärts mit frischem Muth, nieder mit der Reaktion, hoch die Sozialdemokratie! (Stürmischer Beifall.) In der Diskussion meldeten sich Gegner nicht zum Wort. Es gelangte, wie schon mitgetheilt, eine Resolution zur einstimmigen Annahme, welche in allen Punkten das Einverständniß mit dem Referat bekundete und in welcher die Versammlung sich verpflichtet, bis zur Wahl in jeder Beziehung ihre volle Pflicht und Schuldigkeit zu thun. Mit dem altbewährten Schlachtruf der Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Die Versammlung in der „Urania", Wrangelstr. 9, war zahlreich besucht und folgten die Anwesenden mit Interesse den zweistündigen Ausführungen des Genossen Glocke. Die Sozialdemokratie, so meinte der Referent, tritt auch in diesen Wahlkampf mit gehobener Stimmung ein, weil sie dadurch eine Vermehrung ihrer Anhänger und auch eine Stärkung ihrer Macht erwarte. Die Sozialdemokratie ist entstanden durch die Entwickelung; die heute herrschende kapitalistische Produktionsweise habe das Proletariat geboren. Das Ziel der Sozialdemokratie gehe dahin, diese Produktionsweise dergestalt umzuändern, daß nicht nur einzelnen Menschen, sondern der Gesammtheit des Volkes die Möglichkeit gegeben sei, an den Früchten der modernen Kultur theilzunehmen. Durch Jahrhunderte lange Ausbeutung und Unterdrückung ist den arbeitenden Klassen die Möglichkeit genommen worden, sich aufzuklären und weiter zu bilden, erst der Sozialdemokratie war es vorbehalten, das Proletariat zum Klassenbewußtsein zu erziehen. Heut stehen alle herrschenden Parteien zusammen, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen, weil sie die einzige Partei ist, welche die Interessen der arbeitenden Klassen vertritt. Das Bürgerthum habe es längst aufgegeben, die Freiheiten gegen die Reaktion zu vertreten, die Sozialdemokratie habe das Erbe angetreten. In trefflicher Weise beleuchtete der Referent die einzelnen bürgerlichen Parteien, die alle bestrebt seien, ihre Macht im Parlament und Gesellschaft zu gunsten einer Minderheit auszunützen, er fordert die Anwesenden auf, mit ganzer Kraft dahin zu wirken, daß am 16. Juni Männer in den Reichstag gewählt werden, die gewillt sind, voll und ganz die Interessen der Arbeiter zu vertreten, um den Brotvertheurern und Finsterlingen das Handwerk zu legen. Nachdem noch Geschenke zu regen Sammlungen für den Wahlfonds und der Vorsitzende Böhm zur regen Betheiligung bei der Verbreitung von Flugschriften aufgefordert, wurde die Versammlung mit einem begeisternden Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Bei Joel, Andreasstraße, leitete der Reichstags-Abgeordnete Dr. Lütgenau sein Referat ein mit einer herben Kritik der Regierung wegen der ablehnenden Antwort, die sie auf die Interpellation der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bezüglich der Suspendirung der Getreidezölle gegeben hat und kennzeichnete im Anschluß hieran in treffender Weise das volksfeindliche Gebahren der Agrarier mit ihrem Anhang, die rücksichtslos dem Volke die nothwendigsten Lebensmittel vertheuern, wozu ihnen kein Mittel zu schlecht ist. Er verwies auf die Vorgänge der verflossenen Legislaturperiode, in der die Pläne der Reaktion und das Treiben der Brotwucherer, die sich als Herren der Situation fühlen, so recht in Erscheinung trat, und charakterisirte die Regierungspolitik mit dem Hinweis auf die bekannten, im Parlament und bei den verschiedensten Gelegenheiten zum Ausdruck gebrachten Bestrebungen, wirthschaftlich als kapitalistisch und politisch als reaktionär. In längeren Ausführungen erläuterte der Redner sodann die Ziele der Sozialdemokratie und verwies auf die prinzipiellen Gegensätze, die die Sozialdemokratie von allen anderen Parteien trennen, die alle ausnahmslos die privatkapitalistische Produktionsweise aufrecht erhalten wollen und auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehen. Mit einem Appell an die Versammelten, dafür zu sorgen, daß bei den nächsten Wahlen die sozialdemokratischen Vertreter gewählt werden, die gegen die Reaktion, gegen die Brot- und Fleischvertheuerer und Geldverschlechterer Front machen und allein nur die Interessen der Arbeiter zu vertreten gewillt sind, schloß der Redner den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag. Da sich Gegner trotz der Aufforderung nicht zum Wort meldeten, wurde von einer Diskussion Abstand genommen.

In der Versammlung des **fünften Wahlkreises** referirte Rob. Schmidt. Man müsse der Regierung und den bürgerlichen Parteien dankbar sein, so führte er einleitend aus, daß sie dem deutschen Volke noch in letzter Stunde gezeigt haben, was bei den nächsten Wahlen auf dem Spiele steht und was es zu erwarten hat, wenn die Agrarier und ihre Freunde die ausschlaggebende Partei in dem neuen Reichstage werden. Die Regierung sowohl wie alle bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der freisinnigen haben bei der Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation über die herrschende Brottheuerung erklärt, daß gar keine Veranlassung vorhanden sei, an dem bisherigen Zustand etwas zu ändern; und die Agrarier haben die jetzigen Getreidepreise als solche bezeichnet, bei denen erst die Landwirthschaft bestehen könne. Wer hat aber Vortheil von hohen Getreidepreisen? Die Großgrundbesitzer, die ihr Getreide bis jetzt in der Hand behalten konnten. Der kleine Bauer hat lange seine Frucht verkaufen müssen und ist jetzt selbst darauf angewiesen, hohe Mehlpreise zu zahlen. Er werde von der Theuerung ebenso hart betroffen, wie der Arbeiter- und Mittelstand. Die Herabsetzung der Getreidezölle sei eine der wichtigsten Fragen, denn die jetzige Theuerung sei erst der Anfang, aller Voraussicht werde es in den nächsten Wochen noch schlimmer werden. Die Parteien, die diese Theuerung durch die Zölle steigern, nennen sich mit Vorliebe die staatserhaltenden Parteien. Sie sind staatserhaltend insofern, als sie den heutigen Klassenstaat mit seinen Ungerechtigkeiten dauernd erhalten wollen. Staatserhaltend sind die Arbeiter, die die Grundlage für die heutige Gesellschaft bilden, ihrem Ideal entspricht allerdings der heutige Klassenstaat nicht. Hier im Wahlkreise habe man es hauptsächlich mit der antisemitischen und freisinnigen Partei zu thun. Die antisemitische Partei wolle den Mittelstand ködern, indem sie sich als seine Beschützerin aufspiele. Sie werfe der Sozialdemokratie vor, daß sie den Ruin des Mittelstandes begünstige. Der Untergang des Mittelstandes sei aber eine Folge der wirthschaftlichen Entwickelung. Das beweisen am besten die Antisemiten selbst, die nichts angeben konnten, was geeignet wäre, dem Untergange des Mittelstandes entgegenzuwirken. Die Einführung der Zwangsinnungen suchten sie zu erreichen. Bald werden die Handwerker einsehen, daß ihnen mit diesem Mittel nicht geholfen ist. Auch das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, das die Antisemiten so befürwortet haben, sei nicht von der gewünschten Wirkung gewesen. Und es sei eine Ironie des Schicksals, daß auf grund dieses Gesetzes seine eigenen Väter zu Geldstrafen verurtheilt worden sind. Von dem Herrn Liebermann von Sonnenberg sei an Gerichtsstelle ausdrücklich festgestellt worden, daß er in einer höchst leichtfertigen Weise Behauptungen in die Welt geschleudert hat, die sich nachher als unwahr erwiesen. Was man von dieser Partei zu erwarten habe, das zeige das Verhalten ihres Führers, des Pastors Iskraut, der sich nicht gescheut hat, seine Anhänger aufzureizen, mit Stöcken auf unsere Parteigenossen loszugehen, und der es zugelassen hat, daß ein paar bei einem Kaiserhoch sitzengebliebene Landleute wegen Majestätsbeleidigung von dem Vorsitzenden der Versammlung denunzirt worden sind. Die antisemitische Partei spiele die kläglichste Rolle, die je eine Partei gespielt. Bei allen Fragen breche sie zusammen und falle wie Zunder auseinander. Die freisinnige Partei stehe in sozialpolitischen Fragen im schroffen Gegensatz zur Sozialdemokratie. Redner schildert die Haltung der freisinnigen Stadtverordneten-Majorität im Berliner Rathhause in der Lehrergehaltsfrage, Gasarbeiterfrage, bei den Verhandlungen über den Abschluß des Vertrages mit der Pferdebahngesellschaft u. s. w. Aber auch in rein politischen Fragen habe die freisinnige Volkspartei nur allzu oft liberale Prinzipien aufgegeben. So als es sich darum handelte, die Forderung des allgemeinen Wahlrechtes für die Kommunen ins Programm aufzunehmen. Die Arbeiterklasse habe von den Freisinnigen nichts zu erwarten. Graf Posadowsky habe neulich die Situation sehr treffend gekennzeichnet als er sagte: Der Kampf gegen die Sozialdemokratie ist kein Duell zwischen Regierung und Sozialdemokratie, sondern ein Kampf zwischen der besitzenden und besitzlosen Klasse. Jawohl, zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen! Die Besitzlosen, das sind die Arbeiter, und für diese stehen die heiligsten Güter auf dem Spiel. Die Arbeiterklasse hat zu kämpfen: für das allgemeine Wahlrecht, für das Koalitionsrecht, für das Vereins- und Versammlungsrecht, für das Recht der Freizügigkeit, gegen den Brotwucher, gegen neue Forderungen für den Militarismus! Diesen Kampf werde sie am besten ausfechten, wenn sie selbst ihre Geschicke leitet und nicht den bürgerlichen Parteien, sondern der Sozialdemokratie ihre Stimmen giebt. (Langanhaltender Beifall.)

Als erster Diskussionsredner trat ein freisinniger „Arbeiter" Herr Nerlich auf, der behauptete, die sozialdemokratische Interpellation sei nur eingebracht worden, um Wahlagitation zu treiben. Auch die freisinnige Volkspartei nehme die Interessen der Arbeiter wahr und zwar besser als die Sozialdemokratie. Sie verlange Koalitionsfreiheit für die Unternehmer sowohl wie für die Arbeiter. Als Arbeitgeber handeln die Sozialdemokraten auch nicht nach ihren Theorien, wie die Zustände in den sozialdemokratischen Konsumvereinen beweisen. Nur die bürgerliche Demokratie habe muthvolle und entschlossene Männer in ihrer Mitte, die für die Interessen der Arbeiterschaft mehr gethan hätten, als alle Sozialdemokraten. (Schallendes Gelächter). Es war unseren Genossen Wels und Liepmann leicht, die Phrasen des Freisinnigen auf ihr richtiges Maß zurückzuführen. Wels zeichnete die Haltung der Freisinnigen bei der Feier des 18. März und anderen Gelegenheiten und bemerkte, daß die sozialdemokratischen Konsumvereine nur in dem Kopfe der Freisinnigen spuken. Liepmann weist darauf hin, daß die Freisinnigen von Mißständen in Konsumvereinen erst durch die sozialdemokratische Presse Kenntniß erhalten. Wir brauchen das Licht der Oeffentlichkeit nicht zu scheuen. Der Freisinn hat auch im fünften Kreise total abgewirthschaftet und wenn die Sozialdemokratie denselben nicht im ersten Wahlgang erobere, dann sei eine Stichwahl mit den Antisemiten zu erwarten. Die Freisinnigen mögen zwicken, so viel wie sie wollen, den Kreis erobern sie nicht wieder, und wenn unsere Parteigenossen alle Kräfte aufwenden, dann wird es möglich sein, den Schumann und den Zwick schon im ersten Wahlgange in die Pfanne zu hauen. Robert Schmidt zeichnet in seinem Schlußworte noch die Haltung der Freisinnigen zu einer Reihe politischer Fragen. Es sei charakteristisch für den Freisinn, daß er fortwährend betone, auch der Unternehmer müsse die Koalitionsfreiheit haben. Diesem brauche man sie nicht erst zu geben. Unternehmervereine übertreten täglich den § 8 des preußischen Vereinsgesetzes und den § 153 der Gewerbe-Ordnung. In Gefahr sei das Koalitionsrecht der Arbeiter. Schmidt fordert die Anwesenden in eindringlichen Worten auf, dahin zu wirken, daß am Abend des 16. Juni die Sozialdemokratie in Berlin siegreich das Feld behauptet. Nach Annahme einer Resolution, in der sich die Versammlung mit den Ausführungen des Reichstags-Abgeordneten Robert Schmidt völlig einverstanden erklärt und verspricht mit aller Energie für seine Wiederwahl thätig zu sein, forderte Reul noch zur regen Betheiligung an der am Sonntag stattfindenden Flugblattvertheilung auf, worauf die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen wurde.

Im **sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis** erfreute sich die Versammlung in Ahrens' Brauerei eines sehr zahlreichen Besuchs. Der Referent, Genosse Wilhelm Liebknecht sagte unter anderem: Der Wahltag ist ein Tag, an dem die wahlberechtigten Bürger des Reiches Abrechnung halten mit der Regierung. In dem Wahlresultat soll die Stimme des Volkes zum Ausdruck kommen. Nicht der einzelne kann seine Wünsche durchsetzen, aber die Masse des Volkes kann ihren Einfluß dahin geltend machen, daß das ausgeführt wird, was das souveräne Volk will. Wenn unsere Wünsche heute noch nicht von der Regierung berücksichtigt werden, so liegt das daran, daß wir noch in der Minderheit im Reichstage sind. Wir haben in der Geschichte kein Beispiel, welches dafür spricht, daß eine Regierung — und sei sie auch mit den größten Machtmitteln ausgestattet — auf die Dauer gegen den Willen des Volkes regieren kann. Es ist also an uns, bei den Wahlen den Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen. Seit dem Jahre 1848 hing noch von keiner Handlung des Volkes so viel ab, wie von den bevorstehenden Wahlen. Wie die gegenwärtige Regierung die Wünsche und Bedürfnisse des Volkes mißachtet, davon zeugt ihre ablehnende Haltung gegenüber unserer Interpellation wegen der Kornzölle. Während die italienische und die französische Regierung die Kornzölle suspendirt haben, antwortet uns die deutsche Regierung im Reichstage, sie werde nichts thun. Das Volk mag also sehen, wie es bei den gegenwärtigen Nothstandspreisen sein Brot bezahlt. Und mit dieser Haltung der Regierung ist die Mehrheit des Reichstages einverstanden. Woher kommt das? Weil der Reichstag — mit Ausnahme der Sozialdemokraten — aus Vertretern der besitzenden Klasse besteht. Wenn in Deutschland noch in mancher Hinsicht mittelalterliche Zustände herrschen, wenn es die Junker heute noch wagen können, gegen die Freizügigkeit der Arbeiter aufzutreten, um sie ungehindert und rücksichtslos ausbeuten zu können, so hängt das damit zusammen, daß unser Bürgerthum nie eine ausschlaggebende politische Macht gewesen ist, was wiederum — wie Redner des näheren ausführt — aus der Entwickelung der ökonomischen Verhältnisse in Deutschland zu erklären ist. Die Reaktion ist jetzt so weit gediehen, daß sie ernstlich an die Beschneidung des Wahlrechts denkt. Der Gedanke des Staatsstreichs wird von den Junkern erwogen. Der Staatsstreich ist die vollständige Beseitigung des Rechtsbodens — die Revolution von oben. Kann man verlangen, daß es das Volk ruhig hinnimmt, wenn seine vornehmsten Rechte mit Füßen getreten werden? — Man möchte eine Majorität in den Reichstag bekommen, die das Wahlrecht verschlechtert, sei es durch Heraufsetzung der Altersgrenze der Wähler, sei es durch Abschaffung der geheimen Stimmabgabe. Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein derartiges Attentat geplant ist. Darum ist es nothwendig, daß die Gegner des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts zu Falle gebracht werden. Weiter haben wir den Angriff auf das Koalitionsrecht abzuwehren. Graf Posadowsky hat zwar im

Reichstage versichert, er denke nicht daran, ein neues Sozialistengesetz einzubringen. Vor den Wahlen wird sich natürlich kein Minister für ein Sozialistengesetz erklären. Wer weiß aber, ob Graf Posadowsky nach den Wahlen noch Minister ist, und ob uns sein Nachfolger dann nicht mit einem Sozialistengesetz kommt. Wenn es der Reaktion gelingt, eine Mehrheit der Sammelpolitik in den Reichstag zu bringen, dann werden unsere inneren Zustände von einer schweren Krise betroffen, denn das Volk kann es nicht ruhig mit ansehen, daß man ihm seine vornehmsten Rechte nimmt. — Betrachten wir die abgelaufene Session des Reichstages. Nichts ist für die Arbeiter gethan, alles für die Besitzenden. Kann da noch ein Zweifel bestehen, daß wir eine Klassenherrschaft haben? — Man sagt, wir hätten keine Wahlparole. Wir haben unser Wahlprogramm in unserem Aufruf klar und unzweideutig ausgesprochen. Die reaktionären Parteien aber haben kein Programm, denn was sie wollen, das können sie nicht öffentlich auszusprechen wagen, und was sie in ihrem Programm aussprechen, ist nichtssagend. Eine neue Gruppe — eine Partei kann man nicht sagen — tritt diesmal in den Wahlkampf: die Nationalsozialen. Sie wollen monarchisch und sozialistisch zugleich sein. Ein unvereinbarer Widerspruch. Sie betonen im Gegensatz zu unserer Internationalität, daß sie national seien. Wir haben stets betont, daß die internationale Gesinnung das nationale Streben nicht ausschließt. Wir sind national in dem Sinne, daß wir für Freiheit und Gerechtigkeit im Vaterlande kämpfen, dabei aber nicht vergessen, daß auch der Angehörige einer anderen Nation unser Bruder ist, daß es in der Welt eigentlich nur zwei Nationen giebt, die der Ausbeuter und die der Ausgebeuteten. Unser Vaterland zu befreien von der Fluth der Reaktion, die über dasselbe hereingebrochen ist, das ist unsere nationale Aufgabe. Mögen also die Parteigenossen und auch die Parteigenossinnen ihre Kräfte für die Wahlagitation einsetzen. Bei dieser Wahl steht mehr auf dem Spiele wie jemals, darum müssen auch die Kräfte mehr wie sonst angespannt werden und jeder im Wahlkampf seine Schuldigkeit thun. — Lebhafter, anhaltender Beifall folgte dem Vortrage. Da sich zur Diskussion niemand meldete, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, in das die Anwesenden begeistert einstimmten.

Außerordentlich gut besucht war der große Saal des „Berliner Prater" von Angehörigen beiderlei Geschlechts; obwohl durch Hinausschaffen der Tische weitere Plätze für die fortwährend Kommenden geschafft wurden, mußte eine beträchtliche Anzahl das mit brausendem Beifall aufgenommene Referat des Reichstags-Abgeordneten Genossen Förster stehend anhören. Redner, der die bevorstehenden Reichstagswahlen als die bedeutungsvollsten aller bisherigen bezeichnete, verstand es vortrefflich, die reaktionären Gelüste des Junkerthums und der Regierung, durch deren Erfüllung das arbeitende Volk auf das fühlbarste wirthschaftlich bedrückt und politisch geknebelt werden soll, zu kennzeichnen. Die ungeschminkten Auslassungen unserer politischen Gegner, der Vertreter für Vernichtung der bestehenden politischen Rechte, und die Erklärungen der Regierungen genügen, das Proletariat auf die drohende Gefahr aufmerksam zu machen, die es durch sein Machtwort am Tage der Wahl von sich abwenden kann. Nach einem Mahnwort an die Frauen, auch ihrerseits nach besten Kräften im Sinne der Sozialdemokratie zu wirken, schloß der Redner seinen interessanten Vortrag. Eine Diskussion fand nicht statt, obwohl eventuell anwesenden Gegnern, wie immer, größte Redefreiheit zugesichert ward. Genosse Klose machte anschließend auf die Nothwendigkeit der Einsicht der Wählerlisten aufmerksam und giebt bekannt, daß am Sonntag früh für die Schönhauser Vorstadt eine Flugblattverbreitung stattfindet, an der sich zu betheiligen Ehrenpflicht der Genossen sei; ebenso sei dringend geboten, jetzt im Wahlkampfe die Lokalliste genau zu beachten und für weitmöglichste Verbreitung der Parteipresse zu agitiren. Nachdem auch Genosse Augustin in kräftigen Worten die Anwesenden auf ihre Pflichten während der Wahlperiode hingewiesen, nahm die Versammlung einstimmig die Resolution an, deren Inhalt wir gestern bereits unterbreitet. Ein brausendes Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß die imposante Versammlung.

Der große Saal im „Volksgarten" war dicht besetzt. In markigen Zügen schilderte Reichstags-Abgeordneter Molkenbuhr die gegenwärtige Situation. Die alten Parteien sind mit Ausnahme der Sozialdemokratie in voller Auflösung begriffen. Nach Abstreifung ihrer ehemaligen Ideale zeigen sie jetzt das nackte Klasseninteresse. Im Mittelpunkt der neuen Sammelpolitik steht der Bund der Landwirthe, dessen erstes Ziel die Erhöhung der Getreidezölle ist, um den Getreidepreis dauernd auf jener anormalen Höhe, die er jetzt erreicht hat, zu halten. Auf der anderen Seite streben diese Beutepolitiker eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Arbeiter an. Der Recke'sche Vereinsgesetz-Entwurf und dessen Fortsetzung, der Posadowsky'sche Erlaß stellen sich dar als Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter. Dabei völliger Stillstand in der Arbeiterschutz-Gesetzgebung. Auch das Reichstags-Wahlrecht ist bedroht durch die verbündeten Reaktionäre. Angefangen hat der Reichstag mit einer Vermehrung der Armee und geendet mit einer Vermehrung der Marine. Die jetzige Großmannspolitik soll durch äußere Erfolge die Blicke vom inneren Elend ablenken, aber das macht kein Volk groß und stark, wie das Beispiel des Frankreich unter Napoleon III. zeigt. Die Hoffnungen, welche auf die Erschließung China's gesetzt werden, dürften sich nicht erfüllen, wohl aber dürfte die Einführung moderner Produktion unter Anwendung der billigen Arbeitskräfte den deutschen Produzenten erneute Konkurrenz bringen. Und alles das müssen zum Ueberfluß die deutschen Arbeiter durch erhöhte Steuern bezahlen. Mögen sich, so schließt Redner, die gesammten bürgerlichen Parteien zusammenschließen, auf der anderen Seite steht das arbeitende Volk, das alle Werthe schafft und dafür sorgen wird, am Wahltag die Stimmung der arbeitenden Klassen zum Ausdruck zu bringen. Stürmischer, lang andauernder Beifall lohnte den Redner. Diskussion fand nicht statt und wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Der Kösliner Hof war bis auf den letzten Platz gefüllt. Genosse Borgmann führte etwa folgendes aus: Die Parteiverhältnisse haben sich seit der letzten Reichstagswahl sehr zu gunsten der Regierung, doch zum Schaden des Volkes verändert. Die nationalliberale und die konservative Partei arbeiten für die Großgrundbesitzer. Feste Abmachungen deuten auf eine aus diesem Wirken hervorgehende deutsche agrarische Partei hin. Die Zentrumspartei hat nur aus Religionsrücksichten Opposition gemacht. Seitdem die Verfrommungspolitik eingeleitet worden ist, hat sie ihr freiheitliches Gebahren aufgegeben und ist regierungsfähig geworden. Die Sozialdemokratie hat dadurch den Vortheil, Parteien mit bestimmtem Wollen gegenüber zu stehen. Die National-Sozialen haben das Bedürfniß, die Sozialdemokraten zu bekehren. (Gelächter.) Das beweist ihre Unkenntniß der Arbeiterschaft und der ganzen sozialen Verhältnisse. Heute giebt es nur ein hüben und drüben, keine Zwischenpartei. Dann kam Redner auf die ablehnende Haltung der Regierung gegen die Aufhebung der Getreidezölle zu sprechen. Die Bekanntmachung des Regierungsstandpunktes erregte lebhaften Unwillen in der Versammlung. Der Vortragende wies auf die Wünsche der Agrarier hin, die Hörigkeit einzuführen und das allgemeine Wahlrecht durch einen Verfassungsbruch zu beseitigen. Ferner hob er die Schädigungen hervor, die durch die Lebensmittel- und Industriezölle dem arbeitenden Volke zugefügt werden. Allein die Sozialdemokratie tritt noch für die Volksrechte ein. So kann es kommen, daß mancher unzufriedene Bürger, der nur heimlich die Faust in der Tasche ballt, sozialdemokratisch wählt, da alle anderen Parteien Gegner der freiheitlichen Fortentwicklung sind. Würden die agrarischen Parteien die Macht im Reichstage bekommen, so würden sie alle Anschläge auf die Volksrechte verwirklichen. Die Arbeiterschaft muß dafür sorgen, daß die wenigen Rechte, die das Volk besitzt, auch gewahrt werden. Die Rede wurde mehrmals von brausendem Beifall unterbrochen. In der Diskussion wies Hintze auf die liberalen Parteien hin. Borgmann meinte im Schlußwort, daß die Liberalen bei der Reichstagswahl keine Rolle spielen, was sie auch selber wissen. Habe man doch den alten Langerhans auch im dritten Wahlkreis aufgestellt, um einen Reserveposten für Eugen Richter zu haben. Dann wurden folgende Resolutionen einstimmig angenommen: 1. Die heute im „Kösliner Hof" tagende Volksversammlung legt den schärfsten Protest gegen die ablehnende Haltung der Regierung in betreff der Aufhebung der Kornzölle ein. 2. Die Versammlung fühlt sich mit den Ausführungen des Referenten solidarisch und verspricht, bei der jetzt zu entfaltenden Wahlagitation mit ihrer ganzen Kraft einzutreten, und zwar materiell und moralisch, damit der 16. Juni für die sozialdemokratische Partei ein Ehrentag wird. Mit einem donnernden Hoch auf die völkerbefreiende Sozialdemokratie schloß die auch von vielen Frauen besuchte Versammlung.

Die **Schöneberger** Versammlung fand in der Schloßbrauerei statt und war zu einem Drittel von Frauen besucht. Genosse Pfannkuch hielt das Referat. Derselbe unterzog die Leistungen des letzten Reichstages einer eingehenden Kritik. Zunächst führte er den Anwesenden die rapiden Mehrforderungen für den Militarismus seit dem Jahre 1872 vor Augen; derselbe habe bereits die Summe von 17½ Milliarden verschlungen. Im Jahre 1872 wurde gesagt, daß man gerüstet sei, um gegen zwei Seiten Front machen zu können, aber jeder Reichstag habe sich mit Mehrforderungen für Militär- und Marinezwecke zu beschäftigen gehabt. Auch der letzte Reichstag habe sein möglichstes hierin gethan. Als die Flottenvorlage bekannt wurde, waren alle Parteien, mit Ausschluß der Konservativen und deren Anhängsel und der Nationalliberalen für Ablehnung derselben. Bei der Berathung im Reichstage ist nun aber die Flottenvorlage angenommen, die Parteien haben die Kosten hierfür bewilligt. Die sozialdemokratische Partei ist ihrem Prinzip in dieser Frage treu geblieben und hat gegen Annahme der Vorlage gestimmt. Wir haben die Ansicht, führt Redner aus, daß, wenn die Flotte den deutschen Handel schützen soll, auch die Interessenten, welche den Vortheil hiervon genießen, die Kosten für die Vermehrung derselben tragen mögen. Nach den bisher gemachten Erfahrungen sei die arbeitende Bevölkerung diejenige, welche stets die Kosten für den Militarismus trage. Die indirekten Steuern belasten diese am meisten, 30 pCt. derselben werfe allein der Getreidezoll ab, welcher von den Arbeitern getragen werden muß, und so seien alle Konsumartikel derselben mit derartigen Steuern belastet. Mit dem indirekten Steuersystem müsse gebrochen werden und hierfür die Einkommensteuer erhöht werden, um die arbeitende Klasse zu entlasten. Redner führte des weiteren den Posadowsky'schen geheimen Erlaß an und zeigte, welche Stimmung in den höheren Kreisen für die Arbeiter vorhanden, wenn man gesetzliche Berufsvereine verlangt. Die Aussprache des Herrn Posadowsky im Reichstage habe dieses genügend klar gelegt. Wenn zur Sammlungspolitik aufgefordert wird, kann es uns recht sein, es findet hierdurch eine reinliche Scheidung statt. Zerschmettern kann man die Sozialdemokratie nicht mehr, jeder Versuch würde scheitern. Unsere Stellung ist uns allenthalben klar gegeben, die Reinhaltung der Prinzipien und Taktik wird uns auch zu weiteren Siegen führen. Mit dem Appell an die Anwesenden, die Waffe des allgemeinen Wahlrechts am 16. Juni im Interesse der Arbeiterklasse zu benutzen, mit Opferfreudigkeit und Muth in den Kampf zu ziehen und daß auch die Frauen rege mit thätig sein mögen, damit der Sieg ein derartig imposanter werden möge, daß uns dadurch endlich Zugeständnisse gemacht werden müssen, schloß Referent seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. — Diskussion fand nicht statt. — Aufgefordert wurden die Genossen noch, am Sonnabend, den 7. Mai, bei der im IV. Bezirk in Schöneberg stattfindenden Stadtverordnetenwahl ihre Schuldigkeit zu thun, damit auch der in diesem Bezirk aufgestellte sozialdemokratische Kandidat Genosse Hoffmann siegreich aus der Wahl hervorgehe.

Die **Charlottenburger** Genossen hatten eine Versammlung in dem Lokal Bismarckhöhe einberufen. Auch hier war der große Saal völlig gefüllt, die Stimmung der Genossen vorzüglich. Der Kandidat des Kreises Fritz Zubeil hielt ein zweistündiges Referat über die bevorstehenden Reichstagswahlen. Redner unterzog zunächst das Verhalten der Regierung gegenüber der sozialdemokratischen Interpellation betr. die Aufhebung der Kornzölle einer scharfen Kritik. Hier hat sich wieder gezeigt, wie weit sich die Regierung den agrarischen Interessen dienstbar macht. Freilich, die Wünsche der Herren Agrarier gehen noch weiter. Der Antrag Kanitz kehrt wieder! Man redet immer von den Leistungen, die von den Unternehmern für die Arbeiter aufgebracht seien. Was bedeuten diese winzigen Opfer gegenüber den ungeheuren, welche die Arbeiter auf dem Wege der indirekten Steuern für die nothwendigsten Lebensmittel aufbringen müssen. Wir gehen schweren Zeiten entgegen, für viele Industriearbeiter wird es einen traurigen Sommer geben. Die Getreidepreise werden infolge des unseligen Krieges zwischen Spanien und Nordamerika eine solche Höhe erreichen, daß die Regierung gezwungen sein wird, die Zölle aufzuheben. Deutschland ist durch seine Flottenpolitik und durch sein Vorgehen in China auf einen Weg gerathen, der zu gefährlichen Verwicklungen führen kann. Und wer weiß: vielleicht führt man uns auch bald die Chinesen, die billigsten Arbeitskräfte die es giebt, ins Land ein! Morgen, bei dem Schluß des Reichstags im Weißen Saal wird wohl wieder die Sammelpolitik gepriesen werden. Wie wenig das nützt, sehen wir am besten in unserem Kreise, in dem keine einzige der vielen Parteien zu gunsten der anderen zurückgetreten ist. In dem kommenden Wahlkampf wird es sich weiter um das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht handeln, das einzige Recht, das wir noch haben. Auch dieses ist in Gefahr. Unverfrorener könnten die Wünsche nach einer Abänderung des bestehenden Wahlrechts nicht mehr geäußert werden, als es bereits geschehen ist. Man mag sich aber das merken: Dieses Wahlrecht ist einer der Grundpfeiler des Reiches. Nimmt man diesen fort, so könnte es geschehen, daß das Gebäude einstürzt und derjenige, der sich unterfängt, daran zu rütteln, unter den Trümmern begraben wird! Denken wir weiter an die Liebesgabenpolitik, an die Viehsperre, die nur auf eine künstliche Vertheuerung des Fleisches hinausläuft. Unsere Aufgabe in dem Wahlkampf ist es, die rechtsstehenden Parteien soviel als möglich zu schwächen. Unermüdlich muß die Agitation bis zum 16. Juni betrieben werden, dann bin ich fest überzeugt, daß der 16. Juni ein glanzvoller Tag in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie wird. Schon heute ist die Sozialdemokratie eine Macht, mit der in allen Fragen gerechnet werden muß. Alle Aufrufe, alle Aufforderungen, die ergangen sind, uns zu vernichten, haben nichts genutzt. Wir schütteln nicht den Staub von den Füßen, wir bleiben im Vaterlande, bis wir andere Zustände geschaffen haben. Kämpfen ist unsere Losung! Deshalb vorwärts in den Kampf zum 16. Juni! (Lebhafter, andauernder Beifall.)

Eine Diskussion fand nicht statt. Trotz wiederholter Aufforderung meldete sich auch kein Gegner. — An stelle des Genossen Schlender, der nach Hamburg verzogen ist, wurde Pasche zum zweiten Vertrauensmann gewählt. Darauf wurde die Abrechnung von der Maifeier gegeben, sie ergab einen definitiven Ueberschuß von 141,43 M. Unter „Verschiedenes" machte Genossin Vogel auf die Frauenversammlung am 8. Mai aufmerksam, in der Frau Braun über die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen für die proletarischen Frauen sprechen wird. Genosse Siegrist nahm darauf Veranlassung, gegen das Verhalten der Charlottenburger Polizei bei der Beerdigung des verstorbenen Genossen Karl Bartel am vorigen Sonntag aufs schärfste Protest einzulegen. Seine Ausführungen ergänzten die Genossen Zubeil und Freitag durch die Darstellung der eigenen Erlebnisse. Diese Mittheilungen riefen den stärksten Unwillen in der Versammlung hervor. Wenn die Ergebnisse der bereits eingeleiteten Schritte bekannt werden, wird eine besondere Versammlung sich mit diesem Vorfall beschäftigen. Mit einem dreimaligen, begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende die Versammlung, deren Verlauf uns zu guten Hoffnungen berechtigt.

Durchstechereien in der Strafanstalt „Plötzensee".

Vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II begann gestern der umfangreiche Prozeß gegen den früheren Gefangenen-Aufseher August Korth und dessen Ehefrau Bertha Korth geb. Hartkopf. Der Erstere ist beschuldigt, zu Plötzensee in der Zeit von Anfang 1896 bis September 1897 durch eine fortgesetzte Handlung als Beamter für Handlungen, welche eine Verletzung der Amts- oder Dienstpflicht enthalten, Geschenke oder andere Vortheile angenommen oder gefordert zu haben. Seine Ehefrau soll ihm Hilfe geleistet haben. Korth ist, damals 20 Jahre alt, im Jahre 1878 beim 2. Garde-Ulanenregiment eingetreten, am 1. Juli 1889 als Ganzinvalide entlassen und Inhaber der Militär-Dienstschnalle. Am 1. August 1889 wurde er als nichtständiger Hilfsaufseher im Strafgefängniß zu Plötzensee angestellt und am 1. April etatsmäßiger Aufseher. Er hatte freie Dienstwohnung und ein Gehalt von 1100 M. Am 3. September v. J. erfolgte seine Amtsentlassung und wenige Tage später seine Verhaftung.

Es ist ein trübes Bild von Habsucht und Pflichtvergessenheit, welches die Anklage von den dienstlichen Verfehlungen des Korth entwickelt. In der Strafanstalt war ihm die Station VIb unterstellt. Allmälig kam er bei den Gefangenen in den Ruf, daß er zu allerlei Begünstigungen bereit sei, wenn ihm dafür Zuwendungen gemacht würden; er solle sich mit der Beförderung von Briefen und Werthsendungen, mit der Besorgung verbotener Lebensmittel und anderer verbotenen Gegenstände befassen, kurz, mit den Gefangenen allerlei Durchstechereien treiben.

Inwieweit diese Bezichtigungen sich bewahrheiten und in welchem Umfange die Durchstechereien betrieben wurden, soll durch die Verhandlung aufgeklärt werden, zu der 65 Zeugen, zumeist frühere oder jetzige Strafgefangene, geladen sind. Den Vorsitz führt Landgerichts-Direktor Stüber, die Anklagebehörde vertritt Staatsanwalt Matz.

Die Vertheidigung führt Rechtsanwalt Dr. Meyerstein. Die Verhandlung wird um 9½ Uhr eröffnet, sie findet im großen Schwurgerichtssaale statt.

Der Präsident leitet die Verhandlung mit der Bemerkung ein, daß ja nothgedrungen eine Menge Personen als Zeugen vernommen werden müßten, welche früher in Plötzensee einen unfreiwilligen Aufenthalt hätten nehmen müssen. Er halte es für wünschenswerth, daß die Namen dieser Leute, die sich zumeist jetzt auf einem besseren Wege befänden, nicht an die Oeffentlichkeit gebracht würden.

Der Angeklagte Korth

macht bei seiner Vernehmung folgende Angaben: Er bekenne sich nur schuldig, in einzelnen Fällen einigen Gefangenen verbotene Lebensmittel zugewendet zu haben. In einem Falle habe er auch für einen Gefangenen ein Packet, welches bei dem Kaufmann Schröder in Plötzensee niedergelegt war, besorgt. Er habe es dem Gefangenen ausgehändigt, ohne es vorher auf seinen Inhalt zu untersuchen. Eine Belohnung habe er für seine Vermittelung nicht erhalten. Daß er Briefe an die Gefangenen besorgt habe, bestreite er. Zu zwei verschiedenen Malen habe er je einen an ihn adressirten Brief aus Rußland erhalten. Er habe den Inhalt, der russisch geschrieben war, nicht lesen können, aber angenommen, daß die Briefe für einen Gefangenen in seiner Station bestimmt waren und sie deshalb beide verbrannt. Er räume ein, daß er nicht pflichtgemäß gehandelt habe, denn er hätte die Briefe an seine Behörde abgeben müssen. Der Vorwurf der Anklage, daß er die bemittelten Gefangenen begünstigt, die unbemittelten dagegen schlecht behandelt habe, sei nicht richtig. Der Präsident legt dem Angeklagten eine Anzahl von ihm unterschriebener Postquittungen über den Empfang eingeschriebener Briefe und Packete vor. Auch Frau Korth hat in einigen Fällen den Empfang durch Namensunterschrift bescheinigt, aber beide Angeklagten erklären, daß sie eine Auskunft über den Inhalt oder Zweck dieser Sendungen nicht mehr zu geben vermögen, ebensowenig wie sie im stande seien, die Absender zu nennen. Daß sich in den beiden aus Rußland angekommenen Briefen Geld befunden habe, wird von dem Angeklagten Korth in Abrede gestellt. Der Staatsanwalt hält dem Angeklagten vor, daß thatsächlich einmal für einen Strafgefangenen Fr. Geld aus Rußland angekommen sei; Korth erklärt, daß ihm dies nicht bekannt sei. Noch belastender für die Angeklagten erscheint der Umstand, daß sie einräumen müssen, eine Anzahl Postanweisungen quittirt zu haben, die aus verschiedenen Städten für den Angeklagten Korth eintrafen. Eine Aufklärung wollen die Angeklagten auch hierüber nicht geben können. Der Präsident ermahnt den Angeklagten, bei dieser Sachlage doch lieber das Leugnen aufzugeben und sich zu einem Geständniß zu bequemen. Korth bleibt aber dabei, daß er außer den zugegebenen Fällen von nichts wisse.

Ein Musterbeamter?

Als erster Zeuge wird Oberinspektor Gennadt von der Strafanstalt Plötzensee vernommen. Der Zeuge stellt dem Angeklagten das Zeugniß eines geschickten, anstelligen, energischen Beamten aus, der die ihm ertheilten Aufträge mit Umsicht ausführte. Der Präsident hält dem Zeugen vor, daß sein früheres Zeugniß mit seinem jetzigen nicht in Einklang zu bringen sei. Damals habe der Zeuge gesagt, daß Korth roh und brutal sei und zum Trunk neige. Der Zeuge giebt zu, daß Korth auch diese wenig empfehlenswerthen Eigenschaften besessen habe. Es sei schon längere Zeit in der Anstalt davon gemunkelt worden, daß Korth mit den unter seiner besonderen Aufsicht stehenden Gefangenen Durchstechereien treibe. Der Zeuge habe auch wiederholt nach dieser Richtung hin Ermittelungen angestellt, dieselben hätten aber kein Ergebniß gehabt. Im Oktober v. J. habe sich der Strafgefangene Fr. bei dem Zeugen gemeldet und sich darüber beschwert, daß mehrere mit Geld beschwerte Briefe, die von seinen Angehörigen in Tiflis an ihn unter der Deckadresse des Aufsehers Korth abgesandt seien, nicht in seine Hände gelangt wären. Hierbei sei zur Sprache gekommen, daß auch andere Gefangene von dem Angeklagten Korth ausgebeutet worden seien.

Der folgende Zeuge, Kaufmann und Restaurateur Ernst Radtke aus Plötzensee, kann sich nur entsinnen, daß in ganz vereinzelten Fällen Packete für den Aufseher Korth bei ihm abgegeben worden sind. Er hat darin irgend etwas Auffälliges nicht gefunden.

Der Angeklagte Korth giebt die Möglichkeit zu, daß er einige Packete abgeholt habe, er könne aber nicht mehr angeben, welche Bewandtniß es damit gehabt habe.

Kaufmann Schröder, der ebenfalls in der Nähe des Angeklagten Korth wohnt, bekundet, daß bei ihm in einem Zeitraum von etwa 6 Monaten sieben oder acht Packete abgegeben worden seien, welche an Korth adressirt waren und von demselben auch abgeholt worden seien. Einmal sei auch eine Postanweisung mit der Adresse des Korth bei dem Zeugen abgegeben worden. Briefe seien öfter, etwa 10 Mal, eingetroffen, welche die Adresse des Zeugen trugen. In dem ersten Umschlag habe dann ein zweiter Brief mit der Adresse des Aufsehers Korth gelegen. Der Zeuge will sich hierbei keine besonderen Gedanken gemacht haben.

Frau Gefangenen-Aufseher Petzold, die folgende Zeugin, hat mit dem Korth'schen Ehepaare in einem der sogenannten „Familienhäuser" gewohnt. Es sei ihr sowohl wie den übrigen Nachbarinnen aufgefallen, daß häufig Leute mit Packeten nach der Korth'schen Wohnung kamen, da die Ehefrau Korth sich aber dadurch einen Nebenverdienst zu verschaffen suchte, daß sie für andere Leute wusch, so habe man angenommen, daß ihr Wäsche gebracht wurde.

In ähnlichem Sinne äußern sich die übrigen Hausbewohner.

Der Zeuge Radtke wird noch einmal vorgerufen und ihm vorgehalten, daß er seine Aussage noch ergänzen könne. Radtke bekundet nun, daß häufig unbekannte Leute zu ihm gekommen seien, welche Packete für den Aufseher Korth abgaben. Mehrfach seien die Leute noch in dem Lokale des Zeugen gewesen, wenn Korth sich nach den Dienststunden auch einstellte. Korth habe dann mit ihnen getrunken, die Packete selbst in Empfang genommen und sich gleichzeitig auch Geld geben lassen. Den Inhalt der Packete hat der Zeuge nicht gesehen. Dem Aeußeren nach seien aber Lebensmittel darin gewesen. Auf die Frage des Präsidenten, ob auch für andere Aufseher Packete bei ihm abgegeben worden seien, erwidert der Zeuge, es könne möglich sein, aber er könne sich eines solchen Falles nicht entsinnen.

Die Vernehmung der Gefangenen.

Bei der Vernehmung des ersten Zeugen, der als früherer Gefangener in Plötzensee seine dort gemachten Erfahrungen preisgeben

sollte, stieß der Präsident auf Schwierigkeiten. Der Zeuge erklärte anfangs, daß er die Angeklagten nicht belasten wolle. Nach Hinweis darauf, daß der Zeuge ja schon früher eine belastende Aussage gemacht habe, giebt derselbe zu, daß er damals die Wahrheit gesagt habe. Er schildert dann, wie es ihm mit Hilfe eines Gefangenen, der Kalfaktordienste zu verrichten hatte, gelungen sei, ein Packet ins Gefängniß hineinzuschmuggeln. Er habe dafür drei Mark opfern müssen und der Kalfaktor habe ihm gesagt, daß das Geld für den Aufseher Korth bestimmt sei. Die Briefe, welche von den Gefangenen nach der Außenwelt befördert wurden, ohne von der Gefängniß-Inspektion durchgelesen worden zu sein, würden von den sogenannten „Abgängern" mitgenommen und an die Adressen besorgt. Die Kalfaktoren wüßten genau, zu welcher Stunde ein Gefangener in Freiheit gesetzt wurde und übernahmen die Vermittelung mit demselben.

Die folgende Zeugin, eine Frau K., hat einen Verwandten in der Anstalt Plötzensee gehabt. Durch eine dritte Person ist ihr ein Kassiber von dem Verwandten zugegangen, worin sie gebeten wurde, ihm ein Packet mit Eßwaaren zukommen zu lassen. Es wurde ihr die Weisung gegeben, sie solle den Begleitbrief an den Kaufmann Radtke in Plötzensee adressiren, auf dem inneren zweiten Umschlag aber die Adresse des Aufsehers Korth schreiben und in den Brief selbst 3 M. in Freimarken legen. Sie habe es so gemacht und Packet nebst Brief seien in den Besitz des Gefangenen gelangt. Der folgende Zeuge, ein Gastwirth, der zur Zeit eine längere Gefängnißstrafe verbüßt, bekundet, daß eines Tages der Aufseher Korth ihn aus seiner Zelle herausgerufen und ihn gefragt habe, ob er den Gefangenen W. kenne, der in der Drahtweberei arbeite. Als der Zeuge bejaht habe, sei ihm von Korth der Auftrag geworden, den W. zu holen. Nachdem dies geschehen, hat der Zeuge gesehen, daß Korth dem W. ein Packet überreicht habe. Der Zeuge hat Kalfaktordienste in einer anderen Station als der Korth'schen verrichtet. Am Weihnacht-Abend habe er einen großen Schreck bekommen. Es sei der Kalfaktor einer anderen Station mit zwei Gefangenen in seine Zelle getreten. Die letzteren hätten jeder einen großen Korb getragen, welche mit Packeten angefüllt waren, die Körbe niedergesetzt und sich mit dem Kalfaktor wieder entfernt. Der letztere habe ihm aufgetragen, die Packete an die Adressaten zu vertheilen und hinzugefügt, daß die Sachen durch den Kaufmann Radtke vermittelt worden seien. Der Zeuge habe angenommen, daß es sich um eingeschmuggelte Gegenstände handele, es sei ihm bange geworden und er habe deshalb dem ihm überstellten Aufseher Mittheilung gemacht. Die Packete seien wieder abgeholt worden, wohin sie gebracht wurden, wisse er ebenso wenig, wie er angeben könne, auf welche Art sie ins Gefängniß gekommen seien. Der Zeuge weiß sonst nichts von Durchstechereien. Er selbst habe sich hin und wieder etwas Schmalz oder Speck von anderen Gefangenen gekauft, die ihre Ration nicht essen wollten. Auf die Frage des Präsidenten, wie der Zeuge denn in den Besitz des Geldes gelangt sei, erwiderte derselbe, daß dies ihm von Besuchern zugesteckt worden sei. — Der folgende Zeuge, ein Tischlermeister, der eine dreijährige Gefängnißstrafe zu verbüßen hat, hat den Angeklagten Korth bei seiner Vernehmung schwer belastet. Der Günstling Korth's, ein Kalfaktor B., betreibe einen förmlichen Handel mit Zigarren und anderen Genußmitteln, Korth leide, daß die bemittelten Gefangenen Karten spielten, er besorge für dieselben Briefe ins Gefängniß hinein und heraus u. s. w. Der Zeuge erklärt, daß er vom Untersuchungsrichter falsch verstanden sein müsse, er wisse aus eigener Erfahrung von diesen Geschichten nichts, er habe nur die Gerüchte wiedergegeben, die im Gefängnisse im Umlaufe waren. Der Zeuge muß aber zugeben, daß er von seiner in Wien lebenden Ehefrau fast alle Monate Geld erhalten hat, welches auch in seine Hände gelangt sei. Er erhielt die Briefe von seiner Frau auf dem ordnungsmäßigen Wege durch die Gefängniß-Direktion. Wenn darin die Bemerkung enthalten war: „In Geschäftssachen ist nichts vorgekommen", so bedeutete dies für ihn: „Ich habe Dir Geld geschickt". Die Postanweisungen wurden an die Ehefrau eines Gefangenen geschickt, der Kalfaktorendienste verrichtete. Auch die Angeklagte Ehefrau Korth soll Vermittlerdienste geleistet haben. Der Zeuge erklärt, daß er sich erhebliche Abzüge habe gefallen lassen müssen. Für das Geld wurde Wurst, Butter, Zigarren u. s. w. gekauft, welche Gegenstände dem Zeugen wiederum durch Vermittelung der Kalfaktoren zugesteckt wurden. Ob der Aufseher Korth hierbei die Hand im Spiele gehabt, will der Zeuge nicht wissen.

Der Präsident bemerkt, daß die Einrichtung der Kalfaktoren doch sehr bedenklich zu sein scheine.

Ein anderer Zeuge, der über Mittel verfügte, hat sich an den Kalfaktor R. gewandt, der ihm alles besorgte, was er haben wollte. Bei Schnaps, Wurst und Zigarren habe der Zeuge manchen gemüthlichen Skat gemacht. Die Gefangenen hatten eine eigene Kontrolle eingerichtet, um sich zu vergewissern, daß das Geld, welches den Vermittlern von ihren Angehörigen eingehändigt worden war, auch zum Ankaufe von Lebensmitteln verwendet worden war. Sie hatten bestimmte Stichworte in ihren Briefen, wodurch die Verwandten verständigt wurden. Es habe allgemein im Gefängnisse geheißen, daß der Aufseher Korth hinter den Mittelspersonen stecke.

Von verschiedenen Zeugen wird bekundet, daß der Kalfaktor Paul Nowusch die Haupt-Vermittlerrolle bei den Durchstechereien gespielt habe. Er erklärt auf Befragen des Präsidenten, daß er zur Zeit eine Gefängnißstrafe von 4 Jahren 6 Monaten wegen schweren Diebstahls verbüße. Sodann giebt der Zeuge Nowusch folgenden Sachverhalt an: Der vorerwähnte wohlhabende Tischlermeister sei ihn um seine Hilfe angegangen, um Lebensmittel zu erhalten. Nun habe der Tischlermeister zunächst an seine Frau in Wien geschrieben, sie möge ihm 15 Gulden schicken und zwar an die Adresse der Wittwe Nowusch, der Mutter seines Mitgefangenen. Nowusch schrieb gleichzeitig an seine Mutter, daß sie fünfzehn Gulden aus Wien geschickt erhalten würde, sie möge dafür Lebensmittel kaufen und das Packet nebst 6 M. an die Frau Korth, Kanalstr. 15, in Plötzensee abgeben. Nach einiger Zeit erhielt Nowusch ein unverfängliches Schreiben, worin der Ausdruck vorkam „Mutter hat geschlachtet". Hieraus ersah Nowusch, daß das Packet an Frau Korth abgegeben worden war. Der Angeklagte Korth habe es denn auch bald unter seinem Mantel ins Gefängniß hineingebracht.

Darauf wird die Verhandlung bis Sonnabend vorm. 9½ Uhr vertagt.

Lokales.

Studirende Frauen in Berlin. Nach den amtlichen Listen beträgt die Zahl der studirenden Frauen in diesem Semester bis jetzt 123, und zwar gehören der Nationalität nach 88 dem Deutschen Reiche an, von denen 65 allein auf Preußen fallen. 4 Oesterreicherinnen haben sich ferner gemeldet, 15 Russinnen und 12 Amerikanerinnen. Ungarn, England, Schweden und Norwegen sandten je eine studirende Frau. Bezüglich der Fächer, denen sich die Damen zuwenden, weisen die Philosophie und Philologie den größten Besuch auf. Philologie im allgemeinen, moderne Sprachen, Geschichte und Philosophie sind zumeist als Gegenstände des Studiums gewählt worden. 10 Damen studiren Naturwissenschaften, 6 Nationalökonomie, eine nur Chemie und Physik. In der juristischen Fakultät haben 6 Hörerinnen sich für Staatswissenschaften eingeschrieben, 2 für Rechtswissenschaft; 4 deutsche Medizinerinnen und 3 deutsche Theologinnen zählt die Universität in diesem Jahre.

Die Verbreiterung der Spandauerstraße scheint jetzt ihrer Verwirklichung nahe zu rücken. Das Magistratskollegium hat beschlossen, der Stadtverordneten-Versammlung zu empfehlen, das Angebot eines Unternehmers anzunehmen, wonach eine Verbreiterung der Spandauerstraße zwischen Probststraße und Mollenmarkt auf 19 Meter unter Einziehung der Nikolaigasse und Verbreiterung der Eiergasse, sowie die Neubebauung des ganzen in betracht kommenden Areals ausgeführt werden soll. Als Beitrag zu den Kosten des Unternehmens soll außer der Ueberlassung des Landes der einzuziehenden Straßentheile ein baarer Zuschuß von 1 150 000 M. gewährt werden.

Im Anschluß an die Dichter- und Tondichter-Abende beabsichtigt der Direktor des Schiller-Theaters, Löwenfeld, im nächsten Jahre als Ergänzung auch die bildende Kunst in den Bereich der Volksunterhaltung zu ziehen, und sogenannte Volksausstellungen zu veranstalten. Er hat sich daher mit dem Ersuchen an den Magistrat gewendet, ihm zu diesem Behufe den Bürgersaal des Rathhauses zur Benutzung zu überlassen und zwar an den Sonntagsnachmittagen von 2—6 Uhr. Es soll eine beschränkte Anzahl — 30 bis 60 — von Originalkunstwerken, Bildern und plastischen Werken aufgestellt und aufgehängt werden und gegen ein Eintrittsgeld von 20 Pfennigen der Besichtigung zugänglich sein. In den Stunden von 2—6 Uhr sollen drei Besichtigungen für je 100 Personen und nicht mehr stattfinden, und zwar um 2, 3½ und um 5 Uhr. Jeder Besichtigung soll ein kurzer Orientirungsvortrag vorangehen, der von einem Sachkenner gehalten werden soll. Das Magistratskollegium hat das Gesuch in Voraussetzung der Erfüllung seines Wunsches, daß die Veranstaltung der Dichterabende beibehalten wird, genehmigt.

Der Vorstand des Hansa-Platz-Bezirksvereins hat sich mit der Bitte an den Magistrat gewendet, für die Beseitigung der „Vereinigten Berliner Mörtelwerke Bachstr. 5—7 einzutreten und die Durchlegung der Straße Schleswiger Ufer bis zur Straße Siegsmundshof zur Ausführung zu bringen.

Die deutsch-nationalen Jämmerlinge einer großen studentischen Verbindung haben, wie noch erinnerlich sein wird, vor einiger Zeit offiziell gegen die Kranzspende protestirt, mit der 15 Burschenschafter am fünfzigjährigen Gedenktage die Märzgefallenen geehrt hatten. Diese klägliche Haltung scheint denn doch nicht überall in akademischen Kreisen Anklang zu finden. Die Konrad Küster'sche „Universitätszeitung" läßt sich in der Angelegenheit wie folgt aus: „An der Erklärung des burschenschaftlichen Organs ist alles überflüssig. Erstens hätte niemand geglaubt, daß der D. C. (Delegirten-Convent) etwa das Andenken der 1848er Bewegung ehren würde, obwohl diese „burschenschaftlich" im besten Sinne des Wortes gewesen ist, dann aber steht dem D. C. über jene fünfzehn Burschenschafter absolut keine Jurisdiktion zu, er hat also auch nichts zu mißbilligen. Bezeichnend an der Erklärung ist auch der naive Abscheu gegen die Sozialdemokraten, als ob allein die Thatsache, daß auch die Sozialdemokratie Kränze im Friedrichshain niederlegt, für jeden anständigen Menschen genügen müßte, um seinerseits davon abzustehen, in welcher Ansicht der D. C. übrigens keineswegs allein steht. Wie der D. C. sonst über die 48er Bewegung denkt, sieht man auch aus der Thatsache, daß ihm als Grundlage für seinen diesbezüglichen Aufsatz das Buch des „berühmten" Hans Blum dient, des kleinen Sohnes eines großen Vaters. „Wenn heute ein Geist herniederstiege und die Epigonen der alten Burschenschafter sich ansähe, er würde es machen wie Petrus: davongehen und bitterlich weinen. Es gab einmal eine mächtige, stolze, freiheitliche deutsche Burschenschaft; lang, lang ist's her."

Zur Verhinderung von Thierquälereien bei den Ausschachtungsarbeiten auf Bauten hat man jetzt vielfach eine sehr lobenswerthe Einrichtung getroffen. Bei der Hinwegschaffung von Fundamentresten und der Sandmassen, welche zur tieferen Ausschachtung des Baugrundes auf Wagen hinwegtransportirt werden müssen, wurden bisher die vor die letzteren gespannten Pferde beim An- und Weiterziehen meistens über alle Maßen angestrengt. Jetzt werden, wie man das z. B. bei den großen Abbruchsarbeiten an der Waisenbrücke bemerken kann, in die ausgeschachtete Baugrube in ihrer ganzen Ausdehnung aus Eisen bestehende Wagenspuren gelegt, welche die Breite großer Räder haben, und auf denen zwei Pferde ohne große Anstrengung den beladenen Wagen auf die Straße ziehen können. Hoffentlich übt man mit der Zeit auch den arbeitenden Menschen gegenüber die Rücksicht, die den Thieren mit Recht zu theil wird.

Die furchtbare Getreidetheuerung, welche das arbeitende Volk zwingt, den Schmachtriemen jetzt noch enger anzuziehen, tritt einer Zeitungsmeldung zufolge auch im Gastwirthsgewerbe auffällig zu tage. Es wird berichtet: Die steigenden Mehl- und Spirituspreise beginnen bereits sich recht fühlbar zu machen. Besonders nehmen viele Gastwirthe, in deren Lokalen zum Frühstück-, Mittag- und Abendtisch Brot und anderes Gebäck gratis, und zwar nach Belieben, verabreicht wird, die Gelegenheit wahr, diesen von ihnen schon längst verwünschten Brauch zu beseitigen. Bisher konnten die Wirthe einen triftigen Grund hierfür nicht angeben und hätten riskiren müssen, durch einen solchen Schritt ihre Kundschaft zu verlieren. Jetzt geben sie an, daß die Bäcker erklärt hätten, zu den bisher üblichen Engrospreisen nicht mehr liefern zu können. Auch in anderer Weise macht sich die Vertheuerung des Mehles geltend; so verlangen die Bäcker, die bisher 5 Schrippen für 10 Pf. verkauften, jetzt denselben Preis für 4 Stück. Die enormen Spirituspreise haben zur Folge gehabt, daß nicht nur der Schnaps theurer geworden ist, sondern daß auch die Fabrikation von Fruchtweinen, die während der letzten Zeit in Deutschland, speziell in Berlin, so sehr zur Blüthe gelangte, einen argen Stoß erleidet. Eine nicht geringe Anzahl kleiner Destillateure erklärt ganz offenherzig, daß sie bei einer weiteren Steigerung der Spirituspreise entweder ihr Geschäft aufgeben oder „Plantscher" werden müssen.

Am 14. Mai abends nach Dienstschluß wird das Postamt 69 von dem Hause Burggrafenstraße 13 nach dem Hause Kurfürstenstraße 101, Eingang Nürnbergerstraße, verlegt und führt fortan die Bezeichnung „Postamt 69 (Nürnbergerstraße)".

In einigen Posamentirwaaren-Geschäften wird das Publikum neuerdings in recht unschöner Weise übervortheilt. Die Hausfrau, welche eine Rolle Untergarn kauft, nimmt ohne weiteres an, daß dieselbe nach altem Brauche 1000 Yards enthält. Nun ist aber seit einiger Zeit Untergarn in den Handel gebracht worden, wovon die Rolle nur 900 Yards groß ist. Die Zahl 900 ist so klein angebracht, daß sie nur bei besonderer Aufmerksamkeit bemerkt werden kann. Der Fabrikant, welcher die Waaren liefert, hütet sich wohl, seinen Namen oder seine Marke auf den Rollen zu vermerken, und es läßt sich daher vermuthen, daß die Waare aus einer jener untergeordneten Fabriken stammt, die in der Oeffentlichkeit keinen guten Klang haben. Wie es heißt, soll die Behörde auf jene unsolide Geschäftspraxis aufmerksam gemacht werden.

Im Monat April d. J. wurden nach amtlicher Feststellung in Berlin 51 840 Fremde beherbergt, davon entfallen auf Gasthöfe 39 790, auf Hotel garnis und Chambres garnis 2927 und auf sonstige Anstalten zur Beherbergung 9123.

Fünfpfennig-Theilstrecken. Von Sonntag, 8. Mai, ab werden auf den Linien der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft Hallesches Thor—Chausseestraße (Ecke Liesenstraße) und Dönhoffplatz—Zoologischer Garten versuchsweise nachfolgende Fünfpfennig-Theilstrecken eingeführt: 1. Hallesches Thor—Leipzigerstraße, Kochstraße—Bahnhof Friedrichstraße, Leipzigerstraße—Oranienburger Thor, Weidendammer Brücke—Liesenstraße; 2. Dönhoffplatz—Potsdamer Platz, Friedrichstraße—Lützowstraße, Potsdamer Brücke—Kurfürstenstraße, Ecke Schillstraße, Lützowplatz—Zoologischer Garten.

Die im 81. Lebensjahre stehende Wittwe R. sprang anscheinend unter dem Einfluß einer geistigen Störung aus ihrer in der Dalldorferstraße, 2 Treppen hoch gelegenen Wohnung auf den Hof hinab und war auf der Stelle todt.

Bei der Arbeit verunglückt ist gestern der 23 Jahre alte Paul Aar in der Röhrenfabrik von Thyssen u. Komp. in der Torstr. 32/33. Beim Abladen von Eisen von einer Lowry rutschte er aus und fiel hin. Eisenstücke stürzten ihm nach und fielen ihm auf die Brust und den linken Arm. Seine Mitarbeiter befreiten ihn aus der schrecklichen Lage unter der schweren Last und die Fabrikleitung ließ ihn mit einem Kopp'schen Krankenwagen in das Augusta-Hospital bringen.

Von Kießling's Berliner Verkehr ist die Sommer... Preise von 30 Pf. erschienen. Die nach den Bahnen übersichtlich geordne... Eisenbahn-Fahrpläne sind entsprechend erweitert, die Fahrpläne der Dampfschiffe, Dampfstraßen- und elektrischen Bahnen, der Omnibusse und Pferdebahnen (letztere treten erst am 15. bezw. 20. Mai in kraft) weisen auf einer großen Zahl von Linien wesentliche Kurs- und Tarifänderungen nach. Ebenfalls ist Kießling's Taschenplan von Berlin neu herausgegeben.

Feuerbericht. Donnerstag Abend 9½ Uhr erfolgte Alarm nach dem Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater. Dort versagte infolge einer schadhaft gewordenen Verschlußkapsel am Heizrohre des Dampfkessels die Beleuchtung, weshalb die Vorstellung abgebrochen werden mußte. Das Publikum verließ in Ruhe die Räume. Kurz darauf war Buchholzerstraße 6 ein Zimmerbrand zu beseitigen. Aus gleichem Anlaß wurde die Wehr Freitag Nachmittag 3 Uhr nach Alexanderstr. 38 gerufen. Möbel und Gardinen gingen in Flammen auf. Eine Stunde später war Kösliner Straße 2 in einer Schlosserei ein Brand abzulöschen, der keinen beträchtlichen Schaden verursachte. Um 6½ Uhr wurde ein Dachstuhlbrand aus Moabit signalisirt. Es brannte Spenerstraße ein Theil der Dachkonstruktion, doch gelang es der stark vertretenen Wehr bald, das Feuer zum Stehen zu bringen.

Aus den Nachbarorten.

Die Parteigenossen von Adlershof werden um Beachtung der folgenden Mittheilung gebeten: Bekanntlich hat der ordnungsstützende Amtsvorsteher v. Oppen der in Preußen-Deutschland so sehr beliebten Anwendung des groben Unfugs-Paragraphen gegen politisch mißliebige Aeußerungen dadurch die Krone aufgesetzt, daß er gegen alle Einwohner von Adlershof, die am 18. März d. J. den Ehrentag des deutschen Volkes in pietätvoller, würdiger Weise durch eine Illumination begingen, mit einem auf 15 M. lautenden Strafmandat zu Felde zog. Sie sollten sich durch die Art der Feier eines Vergehens gegen den genannten Paragraphen des Strafgesetzbuches schuldig gemacht haben. Selbstverständlich haben die Parteigenossen gegen die Handlungsweise des Amtsvorstehers Widerspruch erhoben, indem sie gerichtliche Entscheidung verlangten. Die Verhandlung in dieser für uns auf jeden Fall agitatorisch äußerst wirksamen Angelegenheit ist vom Schöffengericht Köpenick auf den 27. Mai, vormittags 9 Uhr angesetzt. Als Belastungszeugen, die sich in allem Ernst über die Illumination geärgert haben sollen, sind außer den Polizeibeamten folgende Personen vorgeladen worden: Köhler, W. Reimer, J. Riedler, Th. Lufft und Kaufmann Hansen.

Alle betheiligten Angeklagten werden nunmehr ersucht, sich zum Unterschreiben der Vollmacht für den Rechtsanwalt an Louis Stemmwedel, Zigarrengeschäft, Bismarckstraße, oder an Gustav Tempel, Kronprinzenstr. 6, zu wenden. Die Strafsache geht auf Albrecht und Genossen.

Der benachbarten Gemeinde Reinickendorf ist kürzlich eine ganz bedeutende Erbschaft an Grundbesitz zugefallen, deren Werth etwa eine Million Mark beträgt. In Lichtenberg ist nämlich vor einiger Zeit ein Gutsbesitzer Qualitz mit Hinterlassung eines sehr bedeutenden Baarvermögens und ausgedehnten Grundbesitzes verstorben. Er war ein geborener Reinickendorfer und besaß weder Kinder noch Geschwister und hat darum den größten Theil seines baaren Vermögens der Irrenanstalt Herzberge und anderen Stiftungen, seinen Grundbesitz aber seinem Heimathsdorf vermacht.

In der Schule gestorben ist vorgestern Vormittag der 13 Jahre alte Schulknabe Paul Häusler, welcher die neunte Charlottenburger Gemeindeschule in der Kirchhofstraße besuchte. Als die Klasse sich zum Gebet erhob, war der Knabe mit aufgestanden, fiel dann aber sofort nach hinten zurück und verstarb auf der Stelle.

Besondere Arbeiterzüge sollen vom 1. Juni ab zwischen Berlin und Niederschöneweide für die in den dortigen Elektrizitäts- und Kabelwerken beschäftigten Berliner Arbeiter verkehren und zwar morgens zwischen 6 und 7 Uhr von Berlin nach Niederschöneweide und abends von dort nach Berlin zurück. Zum 1. Juni soll auch die Fertigstellung der Fußgängerbrücke zwischen Ober- und Niederschöneweide erfolgen. Gegenwärtig ist man mit der Anbringung des eisernen Ueberbaues auf der Brücke beschäftigt.

Gerichts-Zeitung.

Die auf einem Gute des Abg. v. Kocielski eingerichtet gewesene Ferien-Kolonie für polnische Kinder ist in der in Berlin erscheinenden polnischen Arbeiterzeitung „Gaceta Robotnicza" einer Kritik unterzogen worden, welche eine Beleidigungsklage des Wirthschaftsschreibers Sikorski und des Inspektors Koralski gegen den Redakteur der genannten Zeitung, Schuhmacher Ignaz Kazmarek, gezeitigt hat. Das Schöffengericht hatte sich gestern mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. In dem der Privatklage zu grunde liegenden Artikel führten polnische Eltern, deren Kinder in die Ferienkolonie geschickt worden waren, lebhafte Klage über die ihren Kindern widerfahrene Behandlung. So wurde gesagt, daß die Kinder wie Gefangene behandelt, nur kurze Zeit täglich in den Wald geführt, sonst aber in ein gemeinsames Zimmer gepfercht und bei der geringsten Unruhe von Sikorski verprügelt worden seien. Wie Wehlan die Dahomey-Weiber mit der Nilpferdpeitsche gezüchtigt, so habe dieser zweite Wehlan sich Kantschus aus Weidenruthen gedreht und damit täglich die Kinder verprügelt. Jeden Sonnabend hätten die letzteren den Hof reinigen und den Unrath mit den Händen aufnehmen müssen; wenn sie sich geweigert hätten, die Brühe mit Würmern zu genießen, seien sie geschlagen worden und sie hätten täglich Worte wie: „Ihr Berliner Hundeseelen" 2c. hören müssen. — Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld als Vertreter der Privatkläger erklärte alle diese Behauptungen für böswillige Erfindungen, darauf berechnet, ein wohlthätiges und gemeinnütziges Unternehmen herabzusetzen und der sogenannten polnischen „Hofpartei" eins auszuwischen. — Rechtsanwalt Leonh. Friedmann bot dagegen einen umfangreichen Wahrheitsbeweis an, den der Gerichtshof zu erheben beschloß. Um den Privatklägern die Möglichkeit, Gegenzeugen vorzuladen, zu geben, wurde die Verhandlung vertagt.

Wahlversammlungen.

Eine Wählerversammlung der vereinigten Konservativen, Christlich-Sozialen und Deutsch-Sozialen im ersten Berliner Reichstags-Wahlkreise bestätigte am Donnerstag einstimmig die von den Vertrauensmännern aufgestellte Kandidatur des Bäckermeisters Bernard. Die vom Vorsitzenden Redakteur Horn geleitete Versammlung hörte zuerst einen Vortrag eines Herrn Lehmann über den Niedergang des Mittelstandes. Er bedauerte zunächst die Aufstellung eines national-sozialen Kandidaten im Wahlkreise und die dadurch bewirkte Zersplitterung der Stimmen gegenüber den Freisinnigen und Sozialdemokraten. Trotzdem müsse man versuchen, in die Stichwahl zu kommen und alles dazu aufbieten. Dann folgten die üblichen Angriffe gegen die Sozialdemokraten. Diese wolle den Mittelstand ruiniren, um aus dessen Reihen Verstärkung zu gewinnen. Herr Bernard, der hierauf das Wort nimmt, richtet sich in beredter Weise gegen die Bäckereiverordnung. Diese sei unhaltbar, weil sie ohne Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des Gewerbes erlassen sei und geradezu den Gesellen zum Herrn (!) des Meisters mache. Es sei so unmöglich, diese Verordnung durchzuführen, daß jeder Geselle jeden Meister täglich zur Bestrafung wegen Uebertretung bringen könne. Es gelte daher, energisch Front zu machen gegen weitere sozialreformerische Bestrebungen. In der Frage der Getreidezölle steht Redner auf schutzzöllnerischem Boden. Der Zoll von 3,50 M. trage nichts zu dem hohen Weizenpreise bei; der Zoll werde vom Auslande bezahlt. Des weiteren erklärt sich der Kandidat gegen Konsum- und Beamtenvereine und spricht die Hoffnung aus, daß der Freisinn bei den nächsten Wahlen möglichst verschwinden und eine kräftige Mittelstandspolitik platzgreifen möge.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Auslegung der Wählerlisten.

Der Magistrat erläßt in den amtlichen Publikationsorganen folgende Bekanntmachung:

Nach der Bestimmung des Herrn Ministers des Innern sollen die Wählerlisten zu der durch kaiserl. Verordnung vom 21. April d. J. angeordneten Neuwahl zum Reichstag vom

18. Mai d. J. ab

gemäß § 8 des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869 öffentlich zu jedermanns Einsicht ausgelegt werden.

Infolge dessen machen wir unter Hinweis auf § 3 des Wahlreglements vom 28. Mai 1870 hierdurch bekannt, daß die für die sechs Wahlkreise Berlins aufgestellten Wählerlisten **acht Tage** lang und zwar vom

18. Mai d. J. ab an den Wochentagen von vormittags 9 bis nachmittags 3 Uhr und am Himmelfahrts- und Sonntage von 12 bis 5 Uhr nachmittags

ausliegen werden.

Die Auslegung erfolgt **in unserem Wahlbureau, Poststraße 16, II,** und **gleichzeitig** an den nachstehend bezeichneten Orten:

für den I. Wahlkreis, umfassend die Stadtbezirke 1 bis 20, 283 und 284 und von Stadtbezirk 144: Kleine Kurstraße 9, Niederwallstraße 24 und 25 und Spittelmarkt 14 und 14a, mit Ausschluß von: Alexanderstraße 18 (Stadtbezirk 3), Kl. Präsidentenstr. 6 u. 7 und Neue Promenade 9 u. 10 (Stadtbezirk 5) in der Turnhalle der 21./24. Gemeindeschule, Hinter der Garnisonkirche 2;

für den II. Wahlkreis, umfassend die Stadtbezirke 21 bis 78C und 114 bis 117 und zwar: a. für die Stadtbezirke 21 bis 30 und 50 bis 73 in der Turnhalle der 101./169. Gemeindeschule, Tempelhofer Ufer 2, b. für die Stadtbezirke 31 bis 49 in der Turnhalle der 99. Gemeindeschule, Steinmetzstr. 70, c. für die Stadtbezirke 74 bis 78C und 114 bis 117 in der Turnhalle der 83./93. Gemeindeschule, Dieffenbachstr. 60/61;

für den III. Wahlkreis, umfassend die Stadtbezirke 79 bis 82, 87, 118 bis 144 mit Ausschluß von: Oranienstraße 31 bis 41 und 166 bis 175 (Stadtbezirk 81), Britzerstraße 25, Kottbuserstraße 7/8 (Stadtbezirk 87), Kl. Kurstraße 9, Niederwallstraße 24 und 25 und Spittelmarkt 14 und 14a (Stadtbezirk 144) in der Turnhalle der 62. Gemeindeschule, Schmidstraße 38;

für den IV. Wahlkreis, umfassend die Stadtbezirke 83 bis 86, 88 bis 113 B, 145 bis 191, ferner vom Stadtbezirk 3, Alexanderstraße 18, Stadtbezirk 81, Oranienstraße 31 bis 41 und 166 bis 175, Stadtbezirk 87, Britzerstraße 25 und Kottbuserstraße 7 und 8, Stadtbezirk 192 und 193, Elbingerstraße von Greifswalderstraße bis Straße 25 (Verlorener Weg), Plätze A und C, Straße 1 von Straße 2 bis Straße 4, Straßen 2, 3, 4, 5, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, Straße 15 von Greifswalderstraße bis Straße 25 (Verlorener Weg), Straße 38, sämmtlich Abtheilung XIII des Bebauungsplanes, dagegen mit Ausschluß von Landwehrstraße 1 (Stadtbezirk 183) und zwar: a. für die Stadtbezirke 83, 84 und 95 bis 109 in der Turnhalle der 115./170. Gemeindeschule, Skalitzerstraße 55/56; b. für die Stadtbezirke 85, 86, 88 bis 94 und 110 bis 113B und die angrenzenden Theilbezirke in der Turnhalle der 145./151. Gemeindeschule, Reichenbergerstraße 131/132; c. für die Stadtbezirke 145 bis 159, 162 bis 165 und 182 bis 188 in der Turnhalle der 23. Gemeindeschule, Straußberger-Straße 9; d. für die Stadtbezirke 160, 161, 166 bis 181 und 189 bis 191 und die angrenzenden Theilbezirke in der Turnhalle der 81./109. Gemeindeschule, Tilsiterstraße 4/5;

für den V. Wahlkreis, umfassend die Stadtbezirke 192 und 193 — mit Ausschluß der vorstehend genannten, zum IV. Wahlkreise gehörigen Theile derselben — 194 bis 217, 279 bis 282 mit Ausschluß von: Alexander-Ufer, Friedrich Karl-Ufer von der Kronprinzen- bis Alsenbrücke und Invalidenstraße 80—83 (Stadtbezirk 282), ferner: vom Stadtbezirk 5, Kl. Präsidentenstr. 6 u. 7 und Neue Promenade 9 und 10, vom Stadtbezirk 183, Landwehrstraße 1, in der Turnhalle der 8./63. Gemeindeschule, Gipsstraße 23 A;

für den VI. Wahlkreis, umfassend die Stadtbezirke 218 bis 278 und 285 bis 326B und vom Stadtbezirk 282, Alexander-Ufer, Friedrich Karl-Ufer von der Kronprinzen- bis zur Alsenbrücke und Invalidenstraße 80 bis 83 und zwar: a. für die Stadtbezirke 218 bis 226 und 237 bis 250 in der Turnhalle der 110./174. Gemeindeschule, Schönhauser Allee 166 A, b. für die Stadtbezirke 227 bis 236 und 251 bis 258 in der Turnhalle der 132./142. Gemeindeschule, Demminerstraße 27, c. für die Stadtbezirke 259 bis 278 in der Turnhalle der 17. Gemeindeschule, Ackerstraße 67, d. für die Stadtbezirke 285 bis 287 und 298 bis 304 und einen Theil vom 282. Stadtbezirk in der Turnhalle der 113. 128. Gemeindeschule, Thurmstraße 86, e. für die Stadtbezirke 288 bis 297 in der Turnhalle der 82./90. Gemeindeschule, Thurmstraße 75, f. für die Stadtbezirke 305 bis 326B in der Turnhalle der 118./127. Gemeindeschule, Pankstraße 8.

Wir machen hierbei darauf aufmerksam, daß ein jeder, der die Listen für unrichtig oder unvollständig hält, dies innerhalb acht Tagen nach dem Beginn der Auslegung derselben, also spätestens am 25. Mai d. J., bei uns schriftlich anzeigen oder in den vorbezeichneten siebzehn Lokalen vor den von uns dazu ernannten Kommissarien zu Protokoll geben kann, die Beweismittel für seine Behauptungen aber, soweit dieselben nicht auf Notarietät beruhen, beibringen muß.

Zur Begründung der beantragten Nachtragung in die Wählerliste ist, abgesehen von sonst etwa erforderlichen Urkunden, entweder der Miethskontrakt, die letzte Steuerquittung oder die polizeilich bescheinigte Anmeldung für die zur Eintragung **angegebene Wohnung** vorzulegen.

Berlin, den 3. Mai 1898.

Magistrat
hiesiger Königlichen Haupt- und Residenzstadt.
Zelle.

Soziales.

Krankenversicherung. Der Lichterfelder Kranken- und Sterbekasse für sämmtliche Berufszweige (E. H.) in Groß-Lichterfelde ist vom Reichskanzleramt von neuem die Bescheinigung ertheilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, dem § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes genügt.

Ueber die Entschädigung der preußischen Strafanstalts-Beamten bei der Beschäftigung von Gefangenen außerhalb der Anstalt ist unterm 13. April d. J. eine königliche Verordnung erlassen worden, worin festgesetzt ist, daß je nach der Entfernung der Arbeitsstelle, wo die Gefangenen beschäftigt werden, den Beamten, die dort die Leitung und Beaufsichtigung der Gefangenen-Abtheilung auszuüben haben, folgende tägliche Entschädigungen zu gewähren sind: einem Anstaltsdirektor 4 und 8 M., einem als Vorsteher fungirenden Ober-Inspektor oder Inspektor 3,50 und 7, einem anderen Oberbeamten 3 und 6 M. und einem Unterbeamten 2 und 3 M. Der höchste Satz ist zu zahlen, wenn die Beamten auch nachts an dem Orte bleiben müssen, wo die Gefangenen beschäftigt werden. Die Unterkunft für die Beamten hat die Anstaltsverwaltung, die Beköstigung dagegen hat sich jeder Beamte selbst zu besorgen. Vom Arbeitgeber dürfen sie nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde beköstigt werden, die auch die dafür zu gewährende Entschädigung festsetzt, aus der Anstaltskasse zahlt und zu Lasten des beköstigten Beamten verrechnen läßt. Reisekosten erhalten die Beamten, wenn ihnen solche erwachsen.

Einen Preis von 1000 M. setzt das königl. Bergamt in Freiberg i. S. auf die Erlangung einer Vorrichtung aus, die das harte Aufsetzen der Förderschalen in den Schächten verhütet. Bewerbungen um den Preis sind bis 1. Dezember d. J. portofrei bei dem genannten Bergamt einzureichen.

Soziales vom Harze. Man schreibt uns: Was die preußischen Junker erst erstreben, das haben die Kapitalisten von Elbingerode und Umgegend schon durchgesetzt: die Freizügigkeit der Arbeiter des Harzes ist thatsächlich aufgehoben. Es existirt dort ein sogenannter Vierbund, gebildet von den Verwaltungen von vier großen Kalksteinbrüchen. In diesen Brüchen bekommt kein Arbeiter Beschäftigung, der bisher bei einem Mitgliede des Vierbunds in Arbeit stand. Auch landwirthschaftliche Arbeiter müssen erst eine Empfehlung ihrer vormaligen Herrschaft bringen, um Beschäftigung zu erhalten. Merkwürdige Gedanken kommen einem, wenn man hört, daß sämmtliche Beamte der großen Werke mit Revolvern versehen sind. Ob sie Sperlinge damit schießen wollen? Ob man dazu einen Waffenschein braucht? Was soll das bedeuten? Es wäre doch wohl nothwendig, daß die Behörde bekannt gäbe, wer so ein gefährliches Instrument tragen darf.

So weit ist es gekommen durch die Gleichgiltigkeit der Harzer Arbeiter: Russen, Polen, Galizier, Italiener, sie alle erzielen für ihre Arbeitskraft höhere Löhne als die Einheimischen und dabei sind die Fremden weniger leistungsfähig als die Hiesigen.

Tiefbedauerlich ist ferner die immer weiter um sich greifende Herrschaft des preußischen Kartoffelfusels.

Möchten doch die Harzer Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage endlich Hand ans Werk legen und einer Organisation beitreten. Dem Ungeheuer Vierbund müssen sie einen Bund von Tausenden entgegensetzen, dann erst wird das Unternehmerthum anfangen, sich seine üblen Sitten abzugewöhnen.

Rußlands Außenhandel. Aus dem russischen Reiche wurden im Jahre 1897 für 745,2 Millionen Rubel Waaren ausgeführt, um 56,8 Millionen mehr als im Jahre 1896. Die Einfuhr betrug 572,4 Millionen und war um 16,8 Millionen geringer als im Jahre 1896. Ueber die europäische Grenze wurden aus- und eingeführt Waaren im Werthe von 719,6 und 523,5 Millionen Rubel, über die asiatische Grenze solche im Werthe von 25,6 und 48,9 Millionen. Der russisch-chinesische Handel war an der Ausfuhr über die asiatische Grenze mit 3,9 Millionen und an der Einfuhr mit 5,4 Millionen Rubel betheiligt.

Gerichts-Zeitung.

Hat der Arbeiter noch ein Koalitionsrecht? Ueber die Anwendbarkeit des bekannten § 153 der Gewerbe-Ordnung, der von dem Unternehmen, jemand zur Theilnahme an Verabredungen günstigerer Lohnbedingungen zu zwingen, handelt, kam es gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I zu eingehenden Erörterungen. Wegen Vergehens gegen § 153 und öffentlicher Beleidigung wurde der Stellmacher Baum zur Verantwortung gezogen, nachdem die Stellmacher R. Fröhlich, A. Gohlke, H. Maibaum und Rollwitz ihn denunzirt hatten. In der Stellmacher-Werkstatt von Kohlhardt kam es im vorigen Jahre zu Lohnstreitigkeiten. Mehrere Arbeiter legten daselbst die Arbeit nieder, die einen, weil der Meister, um die Arbeiter noch mehr ausnutzen zu können, statt des bisherigen Stundenlohnes einen Stücklohn einführen und die Arbeitszeit von 9½ Stunden auf 10 Stunden erhöhen wollte, der andere, weil er sich bezüglich der Stücklohnzahlung mit dem Meister nicht einigen konnte. Der Meister hatte den Arbeitern gesagt, daß, wer die neuen Arbeitsbedingungen nicht annehmen wolle, gehen könne. Die betreffenden drei Arbeiter setzten sich nun mit dem Angeklagten als Vertreter der Agitationskommission in Verbindung und dieser suchte zunächst durch Rücksprache mit Herrn Kohlhardt vergeblich die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. Darauf erließ er im Auftrage der Agitationskommission Einladungen zu einer öffentlichen Stellmacher-Versammlung; auf diesen war bemerkt worden, daß über die Kohlhardt'sche Werkstatt die Sperre verhängt worden sei, außerdem wurden die Namen und Wohnungen von sechs Stellmachern mitgetheilt, die bei dem großen Stellmacherstreik vom August v. J. als Streikbrechern geworden waren. — Staatsanwalt Woermann hielt hiernach den Angeklagten nicht nur der Beleidigung der sechs Personen, sondern auch des Vergehens gegen § 153 Gew.-Ordn. für schuldig. Zweifellos müßten jene Mittheilungen auf der Einladung einen Zweck gehabt haben und dieser könnte nur darauf hinausgelaufen sein, durch Veröffentlichung der Namen der sogenannten Streikbrecher denjenigen Arbeitern, die etwa bei Kohlhardt arbeiten wollten, zu drohen, daß auch ihnen das Schicksal der Veröffentlichung ihrer Namen blühen würde. So sehr auch das Koalitionsrecht der Arbeiter zu respektiren sei, so müsse anderseits auch denjenigen Arbeitern, die arbeiten wollen, nachdrücklicher Schutz gewährt werden, sonst statuire man einen Zustand der Tyrannei gerade bei denjenigen, die so oft über Tyrannei klagen. (!) Der Staatsanwalt beantragte 8 Monate Gefängniß. — Rechtsanwalt Heine beantragte dagegen die Freisprechung und führte aus, daß die Konstruktion, die der Staatsanwalt der Anklage gegeben, künstlich, unrichtig und undurchführbar sei. Von einer „Verabredung" sei gar keine Rede, ebenso wenig sollten „günstigere" Arbeitsbedingungen erzielt werden, es handele sich vielmehr lediglich um die Nichtannahme verschlechterter Bedingungen. § 153 stelle ein Ausnahmegesetz dar, welches nicht ausdehnend interpretirt werden dürfe. Die Bezeichnung als Streikbrecher enthalte keine Beleidigung. — Der Gerichtshof schloß sich dem Staatsanwalt an, erkannte aber nur auf eine Woche Gefängniß. Nach Ansicht des Gerichts seien günstigere Arbeitsbedingungen erstrebt worden, die Verabredung sei schon darin zu erkennen, daß die Agitationskommission angerufen wurde und in der Veröffentlichung der Namen der Streikbrecher sei nicht nur eine Beleidigung, sondern auch eine Bedrohung zu finden.

Die Betriebssteuer für den Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus und die Konsumgenossenschaften. Eine wichtige Entscheidung hat das Kammergericht in seiner letzten Sitzung gefällt. Nach § 59 des Gewerbesteuer-Gesetzes ist für den Betrieb der Gastwirthschaft, der Schankwirthschaft, sowie des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus eine besondere Betriebssteuer zu entrichten. Und § 60 desselben Gesetzes schreibt vor, daß für jeden, der eins oder mehr dieser Gewerbe, allein oder in Verbindung mit anderen Gewerben betreibt, im Falle seiner Veranlagung zur Gewerbesteuer diese für die Bemessung der Betriebssteuer maßgebend sei. In Magdeburg besteht nun ein Konsumverein (Genossenschaft mit beschränkter Haftung), der, obwohl er satzungsgemäß und thatsächlich die in großen Mengen angekauften Waaren nur an seine Mitglieder abgiebt, doch der Gewerbesteuer unterworfen ist. Es findet auf ihn die Bestimmung des § 5 des Gewerbesteuer-Gesetzes Anwendung, wonach Konsumvereine und ähnliche Korporationen, welche nur die eigenen Bedürfnisse ihrer Mitglieder zu beschaffen bezwecken, dann nicht von der Gewerbesteuer frei sind, wenn sie offene Läden haben und den Gewinn an die Mitglieder vertheilen. Der Konsumverein Magdeburg-Neustadt besitzt 17 Verkaufsstellen. Im Jahre 1896 wurden zwei neue Läden eröffnet, in denen an Mitglieder auch Branntwein verkauft wurde, ohne daß der Vorstand hiervon der Behörde Anzeige gemacht und den Kleinhandel mit Branntwein zur Betriebssteuer angemeldet hatte. Dies trug fünf Vorstandsmitgliedern, Arnold und Genossen, eine Anklage wegen Steuerkontravention ein. Die Angeklagten machten dagegen geltend, die Genossenschaft sei als solche überhaupt nicht verpflichtet, die Betriebssteuer für den Branntweinverkauf zu entrichten und die Anmeldung zu dieser Steuer sei darum nicht nöthig gewesen. Mit der Gewerbesteuer sei das etwas anderes, da das Gesetz ausdrücklich auch die Konsumvereine unter gewissen, hier zutreffenden Voraussetzungen der Gewerbesteuer unterwerfe. Die Betriebssteuer für den Betrieb des Kleinhandels mit Branntwein und den Gastwirthschaftsbetrieb könne ihrem Zwecke nach nur gewerbliche Unternehmungen treffen, nicht aber Konsumvereine, die, wie dea hier fragliche, lediglich mit ihren Mitgliedern und für diese wirthschaften. Das Schöffengericht erkannte nach dem Antrage der Angeklagten auf Freisprechung, das Landgericht verurtheilte sie jedoch zu je 400 Mark Geldstrafe. Der Strafsenat des Kammergerichts verwarf ihre Revision mit folgender Begründung: Die Auffassung der Angeklagten, daß der Verein wegen der Benutzung von Läden wohl Gewerbesteuer zahlen müsse, nicht aber zur Betriebssteuer nach § 59 des Gesetzes verpflichtet sei, enthalte einen Rechtsirrthum. Die Betriebssteuer sei eine Unterart der Gewerbesteuer; die Veranlagung zur Gewerbesteuer bilde die Voraussetzung für sie. Ein Konsumverein, der gewerbesteuerpflichtig sei, müsse darum auch die Betriebssteuer zahlen, wenn er Branntwein in kleinen Mengen an seine Mitglieder abgebe. Hierbei komme es darauf, ob ein Gewerbebetrieb im eigentlichen Sinne stattfinde, garnicht an.

Vom Harze wird uns berichtet: Im vorigen Sommer feierte man auf dem königlichen Hüttenwerke „Rothehütte" ein Knappschaftsfest, zu welchem jedermann durch die Zeitungen eingeladen war, der 1,50 M. Eintrittsgeld blechen konnte. Wie nicht selten auf solchen Festen, gab es auch hier etwas Keile. Der Leiter des Festes, Inspektor Hoffmann (natürlich Lieutenant der Reserve), wies den Arbeiter Paulmann aus dem Tanzzelte, obwohl dieser sich anständig benommen hatte. Morgens 4 Uhr fragte Paulmann den Hoffmann nach dem Grunde der Ausweisung. Als Antwort erhielt er elf Säbelhiebe. Als Paulmann sein Blut fließen sah, gestattete er sich zu bemerken: „Ich bin königlich preußischer Unteroffizier und Sie sind Beamter. Sie werden sich verantworten müssen." Die Antwort war wiederum ein Säbelhieb. Nunmehr erwachte in Paulmann der furor teutonicus. Er eroberte den Säbel; der Inspektor aber erwischte Paulmann's Regenschirm. Es kam dahin, daß der Lieutenant der Reserve einen gewissen Körpertheil solange den Säbelhieben des „Untergebenen" preisgeben mußte, bis er in seine Wohnung getrieben war. Diese Thatsachen wurden vom Amtsgericht Wernigerode festgestellt. Der Lieutenant der Reserve und Inspektor, für den in Berlin ein neuer Hosenboden angefertigt werden mußte, erhielt wegen Körperverletzung 90 M. Geldstrafe zudiktirt, wogegen sein Gegner wegen Hausfriedensbruchs mit 20 M. Geldstrafe davonkam.

Das freisprechende Urtheil, welches das Landgericht Köln gegen den Schutzmann Kiefer gefällt hat, ist bekanntlich vom Reichsgericht aufgehoben worden. Recht interessant ist die Begründung, welche das Reichsgericht seiner Entscheidung zu grunde gelegt hat. Das von dem Schutzmann mißhandelte Fräulein Faßbinder wollte durch ihren Vertreter Herrn Rechtsanwalt Dr. Scheiff gegen dieses Urtheil Revision einlegen. Die Anmeldung derselben erfolgte sofort. Herr Dr. Scheiff erbat Einsicht in das Urtheil, erhielt aber in der Gerichtsschreiberei die Auskunft, die Urtheilsgründe seien noch nicht fertig. Erst am 18. Februar kamen dieselben, wie auch später vom Vorsitzenden der Strafkammer zugegeben wurde, zu den Akten. Diesen Umstand rügte nun Herr Dr. Scheiff in der stattgehabten Verhandlung vor dem Reichsgerichte in erster Linie. Er wies auf die Gesetzesbestimmung hin, daß die Urtheilsgründe schriftlich fixirt sein müssen, wenn die Urtheilsverkündung ausgesetzt war. Der Senat (Präsident Dr. von Bomhard) erkannte, trotzdem der Reichsanwalt die Verwerfung der Revision beantragt hatte, auf Aufhebung des Urtheils und verwies die Sache an das Landgericht Bonn. In der Begründung wurde ausgeführt, daß allerdings in der verspäteten Abfassung der Urtheilsgründe ein wesentlicher Mangel liege. Auch materiell — so wurde weiter ausgeführt — erschien das Urtheil im höchsten Grade bedenklich. Insbesondere liegt unzweifelhaft ein Mangel des Urtheils darin, daß das Gericht ohne weiteres den Dolus damit ausschließt, daß es sagt, es hätte nicht widerlegt werden können, daß Kiefer seine Instruktion nicht gekannt habe. Es lag sehr nahe, daß das Gericht sich zunächst bei der vorgesetzten Behörde Kiefer's erkundigte, ob diese Instruktion ihm nicht ordnungsgemäß bekannt gegeben sei und ob er sie deswegen nicht hätte kennen müssen. Da eine solche Feststellung unterblieben ist, müssen die Urtheilsgründe als nicht ausreichend bezeichnet werden. Aber noch andere Wendungen des Urtheils sind bedenklich, so, daß der Angeklagte nicht der Meinung gewesen sei, er habe sich auf eine Kontrolle der Angaben der Verhafteten auf der Straße nicht einlassen können. Es kann doch wohl kaum bedenklich sein, eine Legitimation überall da anzunehmen, wo sie in gesetzlicher Weise angeboten wird. Es handelte sich aber gar nicht mehr um eine Kontrolle auf der Straße, da die Verhaftete erklärte, hier sei ihre Wohnung. Der Angeklagte hätte, ohne seiner Würde etwas zu vergeben, das Haus betreten und die angebotene Legitimation prüfen können. Außerdem enthält das Urtheil noch eine Reihe sonstiger Rechtsirrthümer.

Nach dieser Beleuchtung der Sache durch das Reichsgericht dürfte wohl der endgiltige Ausfall derselben kaum zweifelhaft sein.

Ob aber jetzt auch die Polizeibehörden sich endlich zur Aufhebung der famosen Bestimmung bequemen werden, wonach eine Legitimirung fistirter Personen nur auf den Polizeistuben erfolgen darf?

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Friedrichstädter Schuhmacher, die am Montag bei Müller, Johannisstraße, tagte, beschäftigte sich, nachdem die Berichterstattung vom Schuhmacher-Kongreß von der Tagesordnung abgesetzt worden war, mit den Arbeitsverhältnissen in den einzelnen Geschäften der Friedrichstadt. Den Ausführungen der verschiedenen Redner war zu entnehmen, daß die Lage dieser Arbeiter allgemein eine überaus traurige ist. In diesen Geschäften, in welchen zu enorm hohen Preisen die Schuhwaaren für die höchste Aristokratie angefertigt werden, sind die Arbeiter äußerst schlecht gestellt. Sogar in der besten Saison, wie gegenwärtig, sind die Lohnabzüge auf der Tagesordnung. In einigen Fällen ist es allerdings durch energisches Vorgehen gelungen, die Lohnreduzirung abzuwenden oder eine Aufbesserung zu erringen. Die Arbeitszeit ist eine außerordentlich lange, Nacht- und Sonntagsarbeit keine Seltenheit, und vielfach lassen sich die Arbeiter von den Unternehmern dazu verleiten, auf dieser völlig verkehrten Weise ihr Einkommen zu erhöhen, um mit ihrer Familie ein nothdürftiges Leben fristen zu können. Es wurde im weiteren behauptet, daß ein Unternehmer sich bei seinen Kollegen sogar damit besonders brüstete, daß er viel geringere Löhne als andere bezahle, weil er „dumme Arbeiter" genug für sein Geschäft gefunden habe. Bei einer anderen Firma werden, wie angeführt wurde, den Arbeitern Reverse zur Unterschrift vorgelegt, nach welchen sie sich verpflichten sollen, der Organisation fernzubleiben und keine Versammlungen zu besuchen. Bei Gurdyszewski, Kochstraße, sind die Arbeiter, nachdem die Verhandlungen mit der Kommission resultatlos verlaufen waren und der Unternehmer auch das Anerbieten der Kommission, die Innung zu einem Schiedsspruch

über den von ihr bezahlten Tarif zu veranlassen, abgelehnt hatte, zwecks Lohnerhöhung in den Ausstand getreten. Ebenfalls wird von den Arbeitern bei Oetker, Kochstraße, ein entsprechender Lohnzuschlag gefordert. Zur Unterstützung der Ausständigen soll von den arbeitenden Kollegen, so lange der Streik dauert, ein freiwilliger Beitrag von 50 Pf. pro Woche erhoben werden. Ferner wurde angeregt, in den Lohntarif einige Zwischenklassen mit entsprechenden Preisen einzufügen und dann noch aufgefordert, in allen Geschäften Vertrauensmänner zu wählen, Werkstattbesprechungen abzuhalten und für die Kräftigung der Organisation zu wirken. Zur Ergänzung der Agitationskommission wählte die Versammlung Reichel und Schuhmacher.

In der Versammlung der Glasarbeiter vom 26. v. Mts. wurde die Abrechnung vom 1. Quartal gegeben. Danach betrug der Kassenbestand am Ende des Quartals 206 M., die Mitgliederzahl 136. Dem Kassirer wird Decharge ertheilt. Mayer berichtet für die Tarifkommission, daß der Tarif in sämmtlichen Werkstellen zur Durchführung gelangt sei. Die einzige Ausnahme bilde die Firma Koch u. Bein, Ritterstr. 49. Herr Koch habe erklärt, bei ihm werde nur nach „seinem" Tarife gearbeitet. Geklagt wurde ferner über die bei Koch eingeführte Fabrikordnung, die nur Pflichten der Arbeiter kenne aber keine Rechte. Es wurde dann einstimmig beschlossen, daß die Kollegen der betreffenden Firma in den Ausstand treten sollten (was mittlerweile geschehen). Kritisirt wird das Verhalten einiger Facettenschleifer der Firma Matthes, welche fortgesetzt die festgesetzte Arbeitszeit überschreiten.

Die Rabitzputzer beschlossen in der Versammlung vom Montag, die Sperre über die Firma Liebig, Bau Lindenstr. 102, aufrecht zu erhalten und die Ausständigen pro Mann und Tag mit 3 M. zu unterstützen. Mitgetheilt wurde, daß der Unternehmer, der den Streikenden zuerst versprochen hatte, 70 Pf. zu zahlen, jetzt selbst tüchtig mitarbeite, um etwas Arbeit fertig zu bringen. Sodann wurde ein Antrag, wonach die Entscheidung über Ausstände, an denen bis zu 10 Mann betheiligt sind, dem Vorstande zu überlassen sei, einstimmig angenommen. Ferner wurde bestimmt, daß sich jedes Mitglied, zwei Tage nachdem es in Arbeit getreten, bei Strafe von 25 Pf. im Arbeitsnachweis abzumelden habe.

Die Generalversammlung des Verbandes der Möbelpolirer fand am Montag, den 25. April, im Lokale von Keller statt. Nachdem das Andenken des verstorbenen Kollegen Seltmann in der üblichen Weise geehrt wurde, führte Schulz zum ersten Theil der Tagesordnung, Bericht des Vorstandes, aus, daß auch in diesem Vierteljahr Differenzen mit den Arbeitgebern beizulegen waren, die jedoch immer zu gunsten der Kollegen ausfielen. Rechtsschutz erhielten zwei Mitglieder. Die Ansicht des Vorstandes, daß, wer in einem Jahre sein volles Krankengeld erhalten hat, bei neu eintretender Krankheit erst 26 Wochen neuen Beitrag geleistet haben müsse, fand die Zustimmung der Versammlung. Im Arbeitsnachweis liefen in diesem Quartal 456 Adressen ein, davon wurden besetzt 352, Arbeitslose waren 560 vorhanden. Dem Bericht des Kassirers ist zu entnehmen: Einnahme 1746,12 M., Ausgabe 1241,68 M., Mehreinnahme 504,44 M., Bestand vom letzten Quartal 3685,29 M., macht einen Kassenbestand von 4189,73 M. Dem Kassirer wurde Decharge zu theil. Der Antrag Reuter, zur Entfaltung einer wirkungsvollen Agitation dem Vertrauensmann pro Mitglied und Quartal 5 Pf. zu überweisen, wurde angenommen. Neugewählt wurden als Revisoren Suitner, Feist und Schreyer, als Kassirer Höfert wiedergewählt, als Bibliothekare: Köhler und Trefflorn, für die Fachkommission: Hänel, Dittmann, Schulz, Schwarz und Münster. Vergnügungskomitee bilden Strobach, Schuster, Behrendt und Weber. Bestätigt wurden die in den Filialen gewählten Kollegen.

Der Fachverein der Stockarbeiter hielt am Mittwoch den 27. April eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab, in welcher Grempe einen mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag hielt über „Humanität und Todesstrafe". Sodann gab der Kassirer den ersten Quartals-Kassenbericht, und betrug die Einnahme 161,35 M., die Ausgabe 68,30 M., Ueberschuß 93,05 M. Dazu Kassenbestand vom 1. Januar 1898 541,12 M., Gesammt-Kassenbestand am 1. April 1898 634,17 M. Dem Kassirer wurde Decharge ertheilt. Unter „Gewerkschaftliches" drückte die Versammlung ihre Entrüstung aus, daß die neubegründete Firma Eisert u. Lindblat, trotzdem sie schon die niedrigsten Preise zahlt, dennoch fortgesetzt abzuziehen bestrebt ist. Bei der geringsten Kleinigkeit würden die Arbeiter obendrein mit Grobheiten traktirt. Von der Firma Gebr. Lavi wurde ähnliches berichtet. Dort werde, nachdem der Streik zu gunsten der Arbeiter beendet sei, den Arbeitern durch allerhand kleinliche Maßnahmen das Leben schwer gemacht. Der Verdienst von 27 M., den einige Arbeiter dort erreichen, werde nur erlangt mit Hilfe von vielen Ueberstunden. Viele Arbeiter verdienten überhaupt nur 17 M. und darunter. Abfällige Kritik wurde auch an der Firma Wendt u. Komp. geübt. Diese lasse ihre Arbeiter häufig aussetzen, während sie auf der anderen Seite, entgegen den Vereinbarungen, Arbeit mit nach Hause gebe. Mit einer Aufforderung zur regen Agitation und Betheiligung zur Reichstagswahl und zum Abonnement des „Vorwärts" wurde die Versammlung geschlossen.

Die lokalorganisirten Musikinstrumenten-Arbeiter ließen sich in einer Versammlung am Dienstag Abend über den Kongreß der lokalorganisirten Gewerkschaften berichten. Die sich hieran knüpfende Debatte drehte sich fast ausschließlich um die bekannten Beschwerden gegen Robert Schmidt wegen seiner Aeußerung über einige Mitglieder des Fachvereins, sowie über die angeblich „einseitige" Berichterstattung des „Vorwärts" über den Kongreß. Sodann klärt Kater darüber auf, daß die 5 Pfennige, die vierteljährlich an die Geschäftskommission der lokalorganisirten Gewerkschaften von jedem Mitglied zu zahlen seien, nicht für das Gehalt des Redakteurs der „Einigkeit" ausgegeben werden sollen. Das Blatt wird sich ohne Zuschuß halten. Darauf wird folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 26. April bei Graumann tagende Versammlung der Musikinstrumenten-Arbeiter erklärt sich mit der Thätigkeit der Delegirten zum Kongreß der lokalorganisirten Gewerkschaften einverstanden und verspricht, in diesem Sinne weiter zu wirken." Von einer Versammlung am 1. Mai wird Abstand genommen und beschlossen, einen Vormittags-Spaziergang nach Treptow zu machen. Hierauf wurde zu regem Besuch der Delegirtenversammlung am 2. Mai aufgefordert, zu der alle Bücher in Ordnung zu bringen sind, da am 1. Mai das neue Statut in kraft tritt.

Eine Versammlung der Sattler und verwandter Berufsgenossen tagte am Donnerstag Abend bei Brochnow in der Sebastianstraße. Auf einen Antrag wurde die Besprechung über die Petition der Sattler an den Reichstag von der Tagesordnung abgesetzt, da die Versammlung zu schwach besucht war. Nachdem angeregt worden war, daß die Sattler, dem Beispiele der Lederarbeiter folgend, sich mehr der politischen Partei anschließen sollten, wurde der nächste Punkt der Tagesordnung: „Wie verhalten wir uns zu dem neuen Innungsgesetz?" besprochen. Sassenbach glaubt, daß das Gesetz keine Rettung für die Handwerker sein könne. Dennoch müsse man sich bei der Ausführung des Gesetzes betheiligen, um die Rechte der Arbeiterschaft zu wahren. Die Innung beschäftige sich jetzt schon mit der Einführung der Zwangsinnung. Am 2. Mai stehe diese Frage auf der Tagesordnung der versammelten Innungsmeister. Redner schlägt vor, folgende Eingabe an die Innung abzusenden:

„Die Berliner Sattlergehilfen haben in einer am 28. April stattgefundenen Versammlung beschlossen, sich an den, den Gehilfen durch das neue Innungsgesetz zugewiesenen Arbeiten zu betheiligen. Gleichzeitig hat die Versammlung beschlossen, die Innung zu ersuchen, falls sie die Umänderung in eine Zwangsinnung beschließt und dieser Beschluß zur Ausführung gelangt, daß sie Vertreter der Gehilfen zur Ausarbeitung des Innungsstatuts heranzieht. Diese Mitarbeit soll nur bei den Paragraphen stattfinden, die auf den Gesellenausschuß und die Mitarbeit der Gehilfen bezug haben. Die Versammlung erachtet es als selbstverständlich, daß die Grundsätze, die für den Verkehr zwischen der Vertretung der Meister und der Gehilfen gelten sollen, nicht von der einen Partei allein aufgestellt werden, sondern durch gemeinsame Arbeit zu stande kommen. Nur auf diese Weise wird ein gedeihliches Zusammenarbeiten möglich sein. Wir bitten den löblichen Vorstand, diese Zuschrift in der nächsten Innungsversammlung zur Sprache zu bringen und einem der Unterzeichneten Antwort zu geben." Nachdem der Vorschlag angenommen worden war, wurde beschlossen, einem Kollegen, der sich am Schöneberger Streik betheiligt hatte und bei einem gerichtlichen Nachspiel verurtheilt worden war, eine Unterstützung zu gewähren. Dann wurde die Abrechnung vom Maifonds gegeben. Am 1. Januar waren 46 M. vorhanden. Im Laufe des folgenden Jahres kamen insgesammt 180,37 M. ein, von denen 76,55 M. ausgegeben wurden, sodaß ein Bestand von 103,72 M. blieb. Im Jahre 1897 kamen 102,62 M. ein; ausgegeben wurden 148 M.; bleiben 44,62 M. Dem Verwalter des Maifonds wurde Decharge ertheilt. Ferner wurde beschlossen, wieder Maimarken à 20 und 50 Pfennige herauszugeben und zur Reichstagswahl zu agitiren. Auch wurde bemängelt, daß von den Sattlern Berlins nur der zehnte Theil der Organisation angehört.

Im Arbeiter-Bildungsverein Schöneberg erläuterte in der letzten Versammlung Genosse Meiling das Wahlgesetz in ausführlicher Weise. Sodann wurden noch einige Vereinsangelegenheiten erledigt.

Der Volksbildungsverein für Britz und Umgegend hielt am 29. April seine Generalversammlung ab. Nachdem der Vorsitzende seinen Bericht über die Thätigkeit des Vereins vom letzten Quartal bekannt gegeben hatte, giebt der Kassirer seinen Kassenbericht, welcher eine Einnahme von 85,73 M. und eine Ausgabe von 39,88 M. aufweist. Die Mitgliederzahl beträgt 47.

In Köpenick tagte am 21. April eine öffentliche Maurer-Versammlung, in welcher Schulz-Charlottenburg über die Mißstände auf den Bauten referirte. Er kam auch auf den Lehmann'schen Bau in Wilhelminenhof zu sprechen und rieth von einer Bausperre im gegenwärtigen Augenblicke ab. Alsdann fand eine Resolution Annahme, nach welcher über sämmtliche Bauten in Köpenick und Umgegend sofort die Bausperre zu verhängen ist, sobald Maßregelungen von Maurern wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation erfolgen. Nachdem Eckert über die Brandenburger Maurerkonferenz berichtet hatte, trat Schluß der Versammlung ein.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Brunnenstr. 150. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Manteuffelstr. 50, v. 2 Tr. **Sonnabend**, abends 9—11 Uhr: Uebungsstunde und Aufnahme neuer Mitglieder. — „Lyrania", Göbel, Landsberger Allee 156. — „Sanges-Echo", Scholz, Naunynstr. 6. — „Immergrün", Tegel, Rentner, Spandauerstr. 13. — „Glück zu", Schirm, Badstr. 19. — „Hand in Hand II", Friedrichsberg, Heinecke, Friedrich Karlstr. 11. — „Frisch auf I", Friedrichsberg, Lange, Wartenbergstr. 69. — „Weiße Rose II", Weißensee, Sorrer, Straßburgerstr. 56. — „Eintracht 3", Tetkow, Dertz, Zehlendorferstr. 6. — „Sängerlust", Luckenwalde, Schulze, Beelitzerstr. 34. — „Einigkeit 2", Lange, Wederstr. 42. — „Arbeiter-Gesangv." (gem. Chor), Luckenwalde, Bäcker, Bussestr. 20.

Arbeiter-Radfahrerbund Berlins und der Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstraße 80, 2. Hof. **Sonnabend:** „Angler I", Ruppert, Zimmerstr. 59. — „Havana II", Nowawes-Neuendorf, Simon, Priesterstraße. — „Glück Auf", Rüdersdorf-Kalkberge, Greve, Heinitzstr. 19. — „Kuba", Pönitz, Brandenburgstraße 54. — „Pappel", Dahmke, Buchholzerstr. 5. — „Frisch gewagt", Häusler, Memelerstr. 61. — „Arbeiterfreunde", Dietrich, Birkenstr. 23.

Arbeiter-Turnerbund. Sonnabend: Turnv. „Fichte", Berlin, abds. 8—10 Uhr: 1. Männer-Abth. Friedenstr. 37. — 3. Männer-Abth. Boeckhstr. 21. — 2. Lehrlings-Abth. Skalitzerstr. 55—56. — 4. Lehrlings-Abth. Stephanstr. 3. — „Freie Turnerschaft Johannisthal" abds. 9—10 Uhr Senftleben. — Turnerschaft d. V. „Nereus", Lehrlings-Abth. 8—10 Uhr abds. Reichenbergerstr. 131—132. — „Arb.-Turnv." in Adlershof, Herrguth, Oppelstraße 8½—10½ Uhr abds.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Sonnabend: Theaterv. „Bohemia", Schulz, Beleanenstr. 18. — Theaterv. „Normania" jeden letzten Sonnabend im Monat, Leichnig, Fruchtstr. 38a. — Vergnügungsv. „Heigeland II", jeden Sonnabend nach dem 1. im Monat, Lehmann, Lübbenerstr. 9. — Skatklub „Fortuna", Kratzat, Huttenstr. 1. — Rauchklub „Donnröschen", Krüger, Jennstr. 3. — Theaterv. „Nordstern", Schulz, Dunckerstr. 90. — Theaterv. „Alpenrose", Badstr. 85—36. — „Vereinigung der Turnfreunde", 8½—10½ Uhr abds. Demminerstr. 56—57. — Turnv. „Osten", Turnhalle Blumenstr. 63a, 8½—10 Uhr abds. Männer-Abth. — Zitherklub „Erika", Müller, Heilsche- und Hannoverschestr.-Ecke. — Theaterv. „Othello 1", Nowack, Manteuffelstr. 9. — Skatklub „Hurrah", Schneider, Lübbenerstr. 23. — Theaterv. „Thalia", Pause, Küstrinerplatz 9. — Kegelklub „Kalte Neune", Holzmarktstr. 72. — Humorist.-V. „Einigkeit", Werner, Hussitenstr. 31.

Bildungsverein „Mehr Licht." Bibliothekstunde 9—10 Uhr abds., Gärtner, Moltkestr. 12.

Dansk Forening Freja, har Mödeaften hver Lördag Kl. 9, Neues Klubhaus, Kommandantenstr. 72.

Böhmisch-slavischer Bildungsv. „Hawlischek". Restaur. Zur neuen Post, Beuthstr. 21.

Deutscher sozialdemokratischer Leseklub in Paris. Café du Lion de Belfort, Rue St. Honoré 314. Jeden Sonnabend öffentliche Versammlung; reiche Bibliothek, Zeitungen, französischer Unterricht.

London. Der einzige hiesige sozialdemokr. Verein Londons, der alte, von Karl Marx und Friedrich Engels 1846 mitbegründete Kommunistische Arbeiter-Bildungsverein befindet sich nach wie vor 49 Tottenham Street, Tottenham Court Rd., W. London.

Verein Vorwärts, Johannisburg (Transvaal). Vereinslokal Progreß-Bierhalle, Corner of Marshall and Small Street.

Sozialdemokratischer Agitationsverein Stralsund-Franzburg-Rügen. Vereinssitzung am Sonntag, den 8. Mai, vormittags 10 Uhr, bei Mörschel, Jüdenstr. 35/36. Gäste willkommen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 8. Mai, vormittags 9 Uhr, im großen Festsaal der Berliner Ressource, Kommandantenstraße 57: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. Um 11 Uhr vorm. ebendaselbst. Vortrag des Herrn Wilhelm Bölsche: „Naturgesetz und Schöpferweisheit." — Gäste willkommen.

Samariter-Kursus für Arbeiter und Arbeiterinnen. Beginn des Sommer-Kursus in der Zentrale bei Cohn, Beuthstr. 20, Montag, den 9. Mai, abends 9 Uhr. Vortrag des Herrn Dr. Friedeberg über Anatomie, Physiologie.

Zentralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands (Mitgliedschaft Berlin). Heute, abends 9 Uhr, Rosenthalerstr. 57 bei Schiller: Generalversammlung. Zahlreiches Erscheinen nothwendig. Mitgliedsbuch legitimirt.

Vergolder. Die Kollegen werden dringend ersucht, zu der am Montag, den 9. Mai, stattfindenden Versammlung zu erscheinen. Näheres siehe im Inseratentheil der heutigen Nummer.

Verein der Buchdrucker und Schriftgießer für Rixdorf-Britz. Sonntag, den 8. Mai, nachmittags 1 Uhr: Versammlung in der Vereinsbrauerei, Hermannstr. 214.

Vermischtes vom Tage.

— Im ersten Viertel dieses Jahres sind 906 211 Doppelzentner Eis in Deutschland eingeführt worden, gegen 84 202 im gleichen Abschnitt des Vorjahres. Mehr als die Hälfte der Einfuhr kam aus Norwegen, fast ein Drittel aus Oesterreich-Ungarn. —

y. Auf einem in Bremerhaven liegenden englischen Dampfer schlang sich beim Löschen von Baumwolle die Leine, die nach der Dampfwinde führt, einem Arbeiter um ein Bein. Dadurch wurde er hochgezogen und um die Dampfwinde gewickelt. Er war sofort todt. —

In Aachen entstand in der Nacht zum Freitag ein Dachstuhlbrand, bei dem ein Weber in den Flammen umkam. —

— In Erlenbach bei Marktheidenfeld hat ein junger Bursche seinen Vater erstochen. —

— In Stuttgart wurde ein Kaufmann aus Budapest verhaftet, der in London eine Anzahl alter Geigen im Gesammtwerthe von 60 000 Mark gestohlen zu haben beschuldigt wird. Neun dieser Geigen wurden bereits ermittelt. —

— Scheuende Pferde rannten mit einem Fuhrwerk mitten in eine Prozession hinein, die aus Gratsch bei Meran nach Riffian zog. Drei Frauen wurden schwer verletzt, zahlreiche Erwachsene und Kinder verwundet. Eine Frau ist bereits gestorben. —

— In Czernowitz entgleiste am Donnerstag ein Zug der elektrischen Straßenbahn. Ein Wagen wurde zertrümmert. Vier Personen sind schwer, fünf leichter verletzt. —

— Bei einer Wettfahrt von Automobilenwagen in der Nähe von Pörigneux (Frankreich) streiften zwei Wagen einander. Beide stürzten in den Straßengraben. Der Führer des einen erlitt einen Schädelbruch und starb sofort, der Heizer und ein Insasse des anderen Wagens wurden schwer verletzt. —

— In London hat sich eine „Gesellschaft zur Einschränkung des Mißbrauchs öffentlicher Anpreisungen" gebildet, die unter anderem verlangt, alle Plakate u. s. w. sollten der Aufsicht der Behörden unterworfen werden. Es ist der Gesellschaft schon gelungen, die himmelhoch ragenden Pfosten, welche die Straßen Londons verunzierten, zu beseitigen. —

— In Mailand stürzte sich ein alter Mann vom Dom herab. Er wurde zerschmettert. —

o. o. Der Moskauer Polizeimeister erließ folgenden Tagesbefehl: „Ich habe bemerkt, daß trotz der wiederholentlichen Polizeiverfügung auf vielen Schildern Aufschriften mit grammatikalischen Fehlern sich befinden. Ich lenke die Aufmerksamkeit der Revieraufseher auf diese Ungehörigkeit und schreibe ihnen vor, dafür Sorge zu tragen, daß die fehlerhaften Aufschriften verbessert werden, und in Zukunft die Anbringung der Schilder nicht anders als nach Vergleichung des Textes mit dem von mir bestätigten Original zu gestatten." —

— In Pirot (Serbien) verübte eine Hauptmannsgattin, die eine große gesellschaftliche Rolle spielte, in Gemeinschaft mit einer Zigeunerin einen Einbruchsdiebstahl. Die beiden entwendeten Schmucksachen im Werthe von 1200 Dinar. —

Verband der in Buchbindereien,
der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Montag, den 9. Mai 1898, abends 8½ Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in Feuerstein's Festsälen, Alte Jakobstr. 75.
Tages-Ordnung:
1. **Vortrag des Herrn Augenarztes Dr. Wurm über: Die erste Hilfe bei Erkrankungen und Verletzungen der Augen, mit Demonstrationen an künstlichen Modellen.**
2. **Verbandsangelegenheiten.** 24/0
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Bevollmächtigte.**

Montag, den 30. Mai (2. Pfingst-Feiertag):
Dampferpartie mit Musik
nach **Friedrichshagen** (Seeschlößchen).
Treffpunkt früh ½7 Uhr. Abfahrt **präz. 7 Uhr** von d. Jannowitzbrücke (Gesellschaft „Anker").
Billets 1 M. inkl. Tanz. Kinder unter 12 Jahren frei.
Billets sind in obiger Versammlung, in sämmtlichen Zahlstellen sowie im Bureau, Annenstr. 50, zu haben. **Das Komitee.**

Verband der Möbelpolirer.
Montag, den 9. Mai, abends 8½ Uhr, Brunnenstr. 150:
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Stramm** über: „Die Bedeutung des Menschenleben." 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Billets à 60 Pf. zu der morgen 1 Uhr stattfindenden Urania-Vorstellung sind nur bei **H. Schulz, Memelerstr. 60a,** zu haben.
146/3 **Der Vorstand.**

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.
Versammlung
Montag, den 9. Mai 1898, abends 8½ Uhr, in den Oranienhallen, Oranienstraße Nr. 51.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Dr. Heymann** über Gewerbekrankheiten. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 1. Quartal 1898. 4. Vereinsangelegenheiten.
Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß vom 1. Mai der Zwanzigpfennig-Beitrag eingeführt ist.
141/18 **Der Vorstand.**

Vergolder u. Berufsgenossen.
Montag, den 9. Mai 1898, abends 8½ Uhr:
Große öffentliche Versammlung
in den „Arminhallen", Kommandantenstraße Nr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Die Veränderung resp. Verkürzung der Arbeitszeit. 2. Verschiedenes.
Die Kollegen der größeren Leisten-Werkstellen werden dringend ersucht, in der Versammlung zu erscheinen. 225/7
Der Einberufer: Ernst Lange, Lausitzer Platz 16, v. 4 Tr.

Große öffentliche
Stein-Bildhauer-Versammlung
Montag, den 9. Mai, abends 8 Uhr, Annenstr. 16.
Tages-Ordnung:
Situationsberichte, — Stellungnahme zur Beschickung des Steinarbeiter-Kongresses in Würzburg, zur Auflösung des Unterstützungsfonds und zur Unterstützung der streikenden Steinarbeiter Striegau's, — Verschiedenes.
20/12 **Der Vertrauensmann.**

Stralau!
Oeffentl. sozialdemokratische Parteiversammlung f. d. Kreis
Niederbarnim
Sonnabend, den 7. Mai, abends 8½ Uhr, in der Brauerei Stralau.
Tages-Ordnung:
1. **Auf zur Wahl.** Referent: Reichstagsabgeordneter **Arthur Stadthagen.** 2. Diskussion. 3. Wahl eines Zentral-Wahlkomitees für den Kreis Niederbarnim.
Der wichtigen Sache halber ist es dringend nothwendig, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. 223/3
Der Vertrauensmann.

Verband der Sattler und Tapezirer.
Filiale Berlin I.
Sonnabend, den 7. Mai, abends 9 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Sillier: „Die Gewerkschafts-Organisation im Emanzipationskampfe." 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 156/8 **Die Ortsverwaltung.**

Empfehle mein Lokal
Lindenstraße 106
zu **Versammlungen** und **Sitzungen.**
Jeden Sonntag, abends von 6 Uhr an
Tanzkränzchen.
Der **Garten** sowie die **Kaffeeküche** ist geöffnet.
Fritz Zubeil.

Unserm Kollegen u. Parteigenossen **Karl Kühl,** gen. langer Karl, zu seinem 30. Wiegenfeste ein Lebehoch. [34099
Die Kollegen von **Seifert u. Wolf.**

Vereinszimmer mit Piano zu vergeben, Swinemünderstr. 27. [34015
Strickmasch. verk. Liebers, Landsbergerstr. 50. 34055
Gefunden wurde ein Portemonnaie in der Feenpalast-Versamml. Abzuh. bei A. Täterow, Kommandantenstr. 40.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 7. Mai.

Opernhaus. Klär. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Der Raub der Sabinerinnen. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Der Biberpelz. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Im weißen Rößl. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Die Mottenburger. Anfang 7½ Uhr.
Goethe. Die Frau ohne Geist. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Galeotto. Anfang 8 Uhr.
Unter den Linden. Der Opernball. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Die Freuden der Häuslichkeit. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Sein Trick. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Der g'sunde Kern. Anfang 7½ Uhr.
Ostend. Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.
Central. Der Dorflump. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Robert und Bertram. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Der jüngste Lieutenant. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Heinrich Heine. Vorher: Ein kleines Mißverständniß. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Eine Gefallene. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48—49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
Passage-Panopticum. 36 schwarze Mädchen aus unseren afrikanischen Kolonien.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 8 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7½ Uhr.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).

Sonnabend: **Galeotto.**
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **2. Schiller-Cyclus.** 7. Vorstellung: **Wilhelm Tell.**
Abends 8 Uhr: **Brand.**
Montag: **Galeotto.**

Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. **C. Weiß.**
Nur noch drei Aufführungen!
Zum 98. Male:
Unter der Polarsonne.
Anfang 8 Uhr.
Im Tunnel vor u. nach der Vorst. **Gr. Frei-Konzert.** Anfang 7 Uhr. Sonntag Nachm. 3 Uhr, halbe Preise: **Satan Gold.** — Im Garten bei günstiger Witterung: **Frei-Konzert.** Anfang 4 Uhr.
Dienstag, den 10. Mai: 30jähriges Schauspieler-Jubiläum des Direktors **Karl Weiss. Der Stabstrompeter.**

Central-Theater

Alte Jakobstr. 30.
Sonnabend, den 7. Mai 1898:
4. Gastspiel des Fiaka-Ensemble.
Novität! Zum 1. Male: Novität!
Der Dorflump.
Volksstück in drei Aufzügen von Dr. Hermann Haas.
Hans Neuert, königl. bayerischer Hofschauspieler als Gast.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag: Dieselbe Vorstellung.

Budapester

Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Kaufmann's Variété.
Tagesgespräch!!!
Donat Herrnfeld, Anton Herrnfeld, Martin Bendix,
in den Gebr. Herrnfeld'schen
Sensations-Stücken
„Die vierte Frau"
und
„Von Dreien der Glücklichste."

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Vollständig neues Programm.
Robert Steidl. Edi Blum.
Henry Bender.
Eugenie Fougère u. s. w. u. s. w.
Kassenöffnung 6½, Anf. 8 Uhr.
Donnerstag, den 12. Mai:
Mit durchweg neuer glänzender Ausstattung:
Zum ersten Male:
Don Juan in der Hölle.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab. Eintritt 50 Pf. — Abends 8 Uhr: — Wissenschaftliches Theater. —
Invalidenstr. No. 57—62.
Täglich abends 7 Uhr:
— Ausstellungs-Saal und Vorträge. —
Näheres die Tagesanschläge.

Passage-Panopticum.

36 schwarze Mädchen
aus unseren afrikanischen Kolonien.
Vorstellungen 12, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr.

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Ein lebender **Riesen-Orang-Utan**
der „Waldmensch" von der Insel Borneo, 1½ Met. hoch.
Salambo, die schöne Schlangenbändigerin.

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
5. Gastspiel von Emma Frühling:
Der jüngste Lieutenant.
Posse mit Gesang in drei Akten von Ed. Jacobson. Musik v. Lehnhardt.
Sonntag Abend 8 Uhr:
6. Gastspiel von Emma Frühling.
Der jüngste Lieutenant.
Vorbestellte Billets durch Telephon Amt IV Nr. 2074 werden ohne Aufgeld an der Abendkasse reservirt.

Maehr's Theater

Oranien-Strasse 24.
Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Hertha Lorenzi, Marietta Berndt, Kostümsoubrette. Der kleine Kobold.
The Counsents,
Akrobaten an den Silberketten.
Bei Wasser und Brot, Posse.
Das Testament, Schwank.
Am 16. Mai: Eröffnung des Sommergartens.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.
Sonnabend, den 7. Mai:
Gr. Extra-Vorstellung
zu gunsten
des gesammten Theaterpersonals.
Der Goldbauer.
Schauspiel in 4 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.

Sonnabend, den 7. Mai:
Zum 50. Mal:
In Zossen.
Sonntag: **Leichte Cavallerie.**

Ton-Halle,

Friedrichstraße 112.
Jeden Donnerstag, Sonnabend und Sonntag: **Gr. Ball.** 47389*

Restaurant, 20 Jahre best., lebh. Gegend, Umstände halber preiswerth verkäufl. Off. Ferdinand, Postamt 20.

Meine **3 Vereinszimmer,** ca. 40 bis 100 Personen fassend, auch für Zahlstellen geeignet, sowie 2 vorzügliche, nach neuestem System hergestellte **Riesen-Kegelbahnen** halte bestens empfohlen. 49159*
Karl Pieper,
Kreuzbergstr. 43.

Nonnenberg's Restaur.,
Treptow, Parkstrasse.
Großer Saal. — Großer Garten.
Jeden Sonntag: **Ball.**
Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten.

Carl Strauss'
Bier-Lokal m. Vorgarten **Stralauer-Allee 17b.** Fernspr. VII 4182.
— Zahlstellen vom Wahlverein und Metallarbeiterverband. 2787b

Gasthof zu den drei Linden.
Köpenick, Grünauerstr. 16
Garten. Kaffeeküche.
46648* **Hermann Görlicke.**

Restaurant zur Erholung.
Köpenick, Kaulsdorferstrasse.
Gr. Frühstückstisch. Ferd. Pole.

Empfehle meine drei Restaurants:
Rübezahl, am Müggelsee,
Teufelssee, Müggelberge,
Marienlust, a. d. Dahme,
zwischen **Grünau** und **Friedrichshagen,** bei Fußpartien über die Müggelberge. 47249*
C. Streichhan,
Besitzer des Kaiserhofs Köpenick.

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.

BAHNSTATION — SAVIGNYPLATZ

Carl Hagenbeck's INDIEN

Vorstellungen in der Arena: **5** und **8** Uhr nachm.
Im **Theater** ab **4** Uhr beständig,
ab **4** Uhr nachm.: **Gr. Militär-Doppel-Concert.**
ENTREE 50 PF.

Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn.

Schweizer Garten.

Am Friedrichshain. Haltestelle der Ringbahn.

Jeden Sonntag } **Garten-Konzert** und **Extra-Vorstellung.**

Auftreten der engagirten Spezialitäten. — Volksbelustigungen aller Art. Im Saale: **Ball.** Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Pfingstsonntag, den 29. Mai: **Beginn der Hauptsaison.**
Von da ab tägliche Vorstellungen.
Achtung! An Wochentagen ist Garten und Saal mit Vorstellungen und Ball an Vereine zu vergeben. Mehrere Sonnabende sind noch frei.

Brauerei-Ausschank
der Victoria-Brauerei, Stralau.

Eröffnung der diesjährigen Sommer-Saison **am Donnerstag, den 19. Mai 1898** (Himmelfahrtstag). Der Garten und die Lokalitäten sind gänzlich neu renovirt. Wöchentlich zweimal großes **Garten-Concert** sowie **Theater** und **Spezialitäten-Vorstellung** bei **gänzlich freiem Entree.** Im elektrisch erleuchteten Riesen-Saal jeden Sonntag und Donnerstag: **Großer Ball** bei freiem Entree. 5008Q*
Um recht regen Zuspruch bittet hochachtungsvoll
Karl Mittag, Oekonom.

Der Garten nebst Bühne sowie sämmtliche Lokalitäten sind für die Pfingstfeiertage zu Früh-Concerten 2c. noch zu vergeben.
Karl Mittag, Oekonom.

Neu eröffnet! **Neu eröffnet!**
Auf zur Baumblüthe!
Restaurant „Paradiesgarten",
131 Schönhauser Allee 131 5515Q*
Frei-Konzert.
Um zahlreichen Besuch bittet Wilhelm Warlich, Restaurateur.

Hinaus, hinaus! zur Pferdebucht!
Coepenick 20 Min. Waldweg. Gr. Saal. Turngeräthe.
4787L*] **80 Morgen Spielplätze** empfiehlt **W. Magdeburg.**

Wohin machen wir unsere **Landpartie** (per Dampfer oder per Schiff)? Zum alten **Freund** auf Pichelswerder.

C. Joël's Victoria-Garten

SO., Köpnicker Landstraße Nr. 4, unmittelbar am Treptower Park.
Telephon: Amt 4, No. 2724.
Grosser Saal, Konzert-Garten, geschützte Veranden für Vereine u. Festlichkeiten 6000 Pers. fassend, **11 Kegelbahnen, Kaffeeküche** und allerlei Volksbelustigungen. 4661Q*
Haltestelle der Elektrischen Eisenbahnen (Siemens u. Halske); von der großen Berliner Pferdebahn und der Stadt- und Ringbahnstation Treptow 2 Minuten entfernt.

Carl Stier

Fabrik für

Herren- u. Knaben-Garderoben

Berlin SO., Oranienstrasse 168
Potsdam — Dresden 5079L*

Herren-Anzüge,
sehr elegant und sauber gearbeitet, alle neuen Farben in Coating, Cheviot, Kammgarn, Zwirnbuckskin etc.
15, 18, 20, 22,50 24, 27—50 M.

Herren-Paletots
in anschliessender und halbweiter Form in den beliebten grünlichen, sowie sämmtlichen anderen Farben.
15, 18, 20, 22,50, 25, 27—36 M.

Herren-Havelocks
in imprägnirten porösen Lodenstoffen von **9—36 M.**

Herren-Sport-Anzüge,
Jacket oder Faltenjoppenform, **15, 18, 20—30 M.**

Herren-Hosen,
hochelegante Neuheiten,
16, 15, 14, 12, 11, 10,50, 9, 8,50, 7—5—3,50 M.

Knaben- und Jünglings-Anzüge,
sehr sauber und elegant gearbeitet, äusserst preiswerth.

Sämmtliche sonstigen Artikel als
Mäntel, Joppen, einzelne Jackets, Röcke, Westen etc.
Maass-Anfertigung unter Leitung erster Kräfte.
Nach ausserhalb sende Muster und Maass-Anleitung frei zu.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

(Verwaltungsstelle Berlin.)
Sonntag, den 8. Mai 1898, vormittags 10½ Uhr:
Bezirks-Versammlung für Charlottenburg
im Lokale von Lehder, Bismarckstraße 74.
Tagesordnung:
1. Neuwahl des Bezirksleiters. 2. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Werkstätten der Metallindustrie Charlottenburgs. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Dienstag, den 10. Mai 1898, abends 8½ Uhr:
Bezirksversammlung für Rixdorf
im Lokal von Christoph, Steinmetzstr. 53.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Gewerkschafts-Sekretärs **Millarg.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Kollegen und Kolleginnen werden dringend ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Die **Bibliothek** des Verbandes befindet sich im **Restaur. Mörschel, Jüdenstr. 35.** Dieselbe ist geöffnet jeden Abend von 7½ bis 9 Uhr. Sonn- und Festtags geschlossen.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß, um allen Wünschen Rechnung zu tragen, in **Tempelhof, Berlinerstr. 102 bei Otto Vollmar,** eine Zahlstelle **errichtet** wurde.
Die Zahlstellen **Preusse, Schulstr. 37,** sowie **Hermerschmidt, Beusselstr. 90,** sind **aufgehoben.**
112/2 **Die Ortsverwaltung.**

Interessenverein der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter
Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 8. Mai cr., in Louis Keller's Festsälen, Koppenstr. 29:
VIII. Stiftungs-Fest
unter gütiger Mitwirkung
des Gesangvereins „Solidarität" (Mitgl. d. A.-S.-B.). Dirigent: Herr Lange.
Prolog
verfaßt von **E. Preczang,** gesprochen vom Kollegen **Grassold.**
Auftreten verschiedener Spezialitäten.
Eröffnung 6 Uhr. Programm 30 Pf. Anfang 7 Uhr.
Herren, die am Tanz theilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.
Programme sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen, bei den Vorstandsmitgliedern und im Arbeitsnachweis, Holzmarktstr. 13, zu haben.
Rege Betheiligung erwartet 36/2 **Der Vorstand.**

Zu Ausflügen, Sommerfesten u. s. w. empfiehlt sich **Brauerei Pichelsdorf.**
Oekonom: **Otto Starck.**

Grünau. **Gustav Lindenhayn** **Grünau.**
Arbeiter-Verkehrslokal.
Großer Garten. 2 verdeckte Kegelbahnen. Säle von 80—300 Personen. Kaffeeküche. ½10 Bairisch 15 Pf. Große Weiße 20 Pf. 4740Q*
Empfehle allen Genossen mein Lokal.

Orts-Krankenkasse der Buchbinder
u. verw. Gewerbe.
Den Mitgliedern zur Kenntnißnahme, daß die Aemter innerhalb des Vorstandes wie folgt vertheilt sind: B. Jost, Holzmarktstr. 12, Vorsitzender; B. Angreß, Alte Jakobstr. 8, stellvertretender Vorsitzender; C. Dust, Gitterstr. 35, Schriftführer. [24/5] **Der Vorstand.**

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin".
Sonntag, den 8. Mai: Tour nach **Werder** zur Baumblüthe. Abfahrt: früh 6 Uhr, Gedächtnißkirche (Kurfürstendamm). 11/8

Empfehle allen Freunden und Bekannten mein
Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal,
2 große Vereinszimmer zu 100 Pers. m. Pianino für Vereine, kleine Versammlungen u. Festlichkeiten. 50772*
W. Lorenz, Voltastr. 43.

Restaurant Linden-Garten.
Köpenick, Grünauerstr. 7.
Gr. Saal. Garten. Kaffeeküche.
Frühst.- Mitt.- u. Abendtisch. **C. Seidel.**

Stroh- Filz- und Seiden- Hüte
bedeut. billiger w. b. jed. Konkurrenz in **Klietmann's** Fabriklager, nur Mariannenstr. 33, p. (kein Laden).

Für 36 Mark
fertige feine Anzüge nach Maaß, für 30 M. f. Sommerpaletots nach Maaß, für 8—15 M. feine Hosen nach Maaß.
Riesenstofflager
Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Möbeleinrichtung,
neu, echt nußbaum, mit Säulen, extra bestellt gewesen, bill. verkäufl. Admiralstraße 8, vorn 1 links.

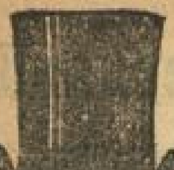
Möbel
verliehen gewesene und neue, **staunend billig. Theilzahlung gestattet.** Beamten ohne Anzahlung. 49958*
Neue Königstraße 59
und **Gneisenaustraße 15.**

Touren-Maschine (Marke Türkopp) Familienverhältnisse halber für 90 M. verk. b. **Lange,** Wienerstr. 50. (34085*

Restaurant sof. z. verkaufen wegen Verheirath. Köpnickerstr. 194. (3411b

Fahrrad, billig z. verk., Rosockerstraße 48, v. 4 Tr. b. Neetzel. 33996

Restaurant zu verk. Br. 1400 M. Näheres Friedrichsbergerstr. 24 bei Lychlau, Hof part. 33989



Kein Laden!

Hüte, Schirme

in den modernsten Façons und Farben empfehle zu den billigsten Preisen. 50828*

Richard Klose,

Anklamerstraße 41, 2. Haus von der Brunnenstraße.

Begründung des Geschäfts 1878.

M. Schulmeister

Schneidermeister,

Dresdenerstr. 4, Kottbuser Thor. — Hauptstrasse 143, Schöneberg.

Telephon Amt IV 447. — Telephon Amt IV 447.

empfiehlt zu außerordentlich billigen Preisen: [50782*

Frühjahrs- u. Sommerpaletots in guten Diagon.-, Kammgarn-, Satin- und Cheviot-Stoffen . von M. 13,50–33

Jaquet-Anzüge in guten, haltbaren Zwirnstoffen, 1- und 2reihig . . „ „ 16–24

Jaquet-Anzüge in glatten Diagonal-, Kammgarn-, Satin- und Cheviot-Stoffen, 1- und 2reihig . . „ „ 18–35

Sacco-Anzüge modernster Farben in Satin- u. Cheviot-Stoffen, eleg. Ausführ. . „ 20–36

Rock-Anzüge i. guten, wollen., schwarz. Kammg.- u. Satinstoffen, modern. Façons „ „ 25–38

Gehrock-Anzüge von feinen Satin-, Tuch- u. Kammgarn-Stoffen, 2reihig „ „ 30–45

Sport- u. Radfahrer-Anzüge in nur guten haltbaren Loden-, Cheviot- und Zwirnstoffen.

Jünglings-Anzüge in Satin-, Diagonal, Kammgarn u. Cheviot, 1 u. 2reihig, von Mk. 10–20

Havelocks, Staub- u. Reisemäntel zu den billigsten Preisen.

Maschinisten-Anzüge in allen Größen . . von 3 Mk. an.

Beinkleider in dauerhaften, woll. Stoffen, verschiedenen Farben, Kammgarn und Cheviot, von Mk. 5–10

Knaben-Paletots, Knaben-Anzüge, kleidsame Façons in großer Auswahl.

Schul-Anzüge in Cheviot, Velour- und dauerhaften Zwirn-Stoffen, 1- und 2reihig . von 5 Mk. an.

Bestellungen nach Maaß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.
Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten.

Streng reelle Bedienung.

Deutsch-Amerikanische G. m. b. H. Schuhfabrik

Hamburg, Steinstr. 133. — Stettin, Breitestr. 35. — Spandau, Breitestr. 47. — Halle a. S. Leipzigerstr. 84.

Haltbarkeit garantirt!

Wenn Sie eine elegante Fussbekleidung wünschen, kaufen Sie die berühmten

Deutsch-Amerikanischen Schuh-waaren!

Nur käuflich in unseren
Verkaufsstellen:

Oranienstrasse 162 zwischen Moritz- u. Oranienplatz.
Friedrichstrasse 131 vis-à-vis Oranienburgerstrasse.
Blücherstrasse 13.
Hacke'scher Markt 42 Rosenthalerstrasse.
Frankfurterstr. 103 am Straussberger Platz.
Spittelmarkt 12.

Herren-Hüte 65 Pf.

Bessere Hüte enorm billig, verkauft aus der Fabrik im Komptoir 50762*
nur Barnim-Straße 4/5,
Sonntags geöffnet.

Reell und billig

kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von **W. Hitschke,** gegründet 1872, **Skalitzerstr. 13.** Ecke Admiralstraße, am Kottbuser Thor. *

Kinderwagen Kranken-, Puppen-, Sport-, Kasten-, Leiter- u. Ziegenbockwagen, Kinderklappstühle, Kinder-Holzmöbel. Sämmtliche Korbwaaren. Theilzahlung nach Uebereinkunft. **Brunnenstrasse 95,** vis-à-vis Humboldthain, a. Nordbahnh. Gesundbrunnen. Telephon III, 1767.

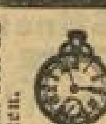
Hüte, Schirme.

Gewähre den Genossen bei Vorzeigung dieser Annonce 5 pCt. 4659L*

Otto Gerholdt,

2 Dresdenerstr. 2, Ecke Skalitzerstraße.

Bitte genau auf Nr. 35 zu achten.



Jede Uhr reparirem und reinigen kostet bei mir unter Garantie d. Gutgehens nur 1 Mark 50 Pf. außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen u. Pincenez
* **Carl Lux, Uhrmacher. 35 Chaussee-Straße 35.**

Sprosser, Nachtig., alle Sorten Waldvögel, Vogelbauer billig. **Schnelle,** Koppenstr. 60. *

Frischer Maitrank

Fl. 60 Pf., 6 Fl. 3 M.
48782* **M. Thiele,** Oranienstr. 177.

Für 2—3 Mark

Reste sehr groß, zu Knabenanzügen, Reste zu Herrenanzügen, schöne Muster 7–10 M. Für 12 M. ff. Cheviot- auch Kammgarnreste, Paletot- und Hosenreste so lange der Vorrath reicht *

im Riesenstofflager Krausenstr. 14, I., kein Laden.

Stroh-, Filz- und Seiden-Hutlager

Einsegnungshüte von 1,50 M. an in großer Auswahl.

Etabl. 1872. **P. Grund,**
1. Geschäft: **Brunnenstraße 180.**
2. Geschäft: **Dresdenerstraße 134,** am Kottbuser Thor. 55052*

Für den **Denkmalsfond (Rastatter Standrechtsopfer von 1849)** gingen bei Franz Peter in Achern (Baden) ein: F. M., Barmen 50,—. Freiheitsfreunde in Bissingen, 1. Rate 5,—. W. J. Sch., Aachen 20,—. C. Pr., Nürnberg 10,—. M. Sch., Lahr 2,—. Sozialdem. Partei des X. bad. Wahlkreises, 1. Rate 14,—. F. Kl., Frankfurt a. M. 5,—. M. K., Ulm a. D. 5,—. M. L., Luxemburg, 100,—. C. F. P., Alzey 10,—. V. H., Ruhrort 3,—. Volksverein Offenburg 50,—. B. Sch. S., Mainz 10,—. O. K. F., Berlin 3,—. O. M., Offenburg 20,—. O. M., Lausach 3,—. J. K., Hilden 1,—. Holzarbeiter-Verband Bracke 3,—. Durch Th. Lutz Baden: 1 schwäb. Volksmann 2,—. 1 bad. Volksmann 5,—. Märzfeier Mühlburg 11,—. R. L., Stuttgart 5,—. Summa 23,—. L. R. L., Kappel R. 3,—.

Arbeitsmarkt.

Steppdecken-Handnäherin u. Lehrmädchen verlangt **Tischler,** Neue Friedrichstr. 6–7, Hof rechts I. [34045

Karton-Arbeiterinnen in und außer dem Hause verlangt **Heanel,** Blumenstr. 79. 34005

Kostüm-Arbeiterin beschäftigt **Schröder,** Passauerstr. 3. 33865

Kunstschlosser,

nur erste Kraft, ganz selbständig auf Ornamente, speziell Rococo, wird nach außerhalb verlangt. Höchster Lohn, dauernde, angenehme Stellung. Reisegeld wird vergütet. Offerten sind in der Zeit von 6–7 Uhr abends (bis spätestens Sonnabend) zu richten an **Bruno Milch, Burgstraße 29.** 34085

Tüchtige **Korbmacher** auf Bambus- u. Peddigmöbel sucht sofort **C. Rösemann,** Brückenstr. 2. [33905

Tüchtige Holzmaler auf Geldschränke verlangt **J. Stickel, Badstr. 8a.**

Rockschneider 103/4

auf feinste Arbeit, höchste Löhne u. dauernde Beschäftigung gesucht. Reisevergütung nach ¼ jähriger Thätigkeit. **Köln a. Rh., Hohestr. 148.**

A. Emanuel.

Tücht. Plätterin verl. **Junge, Charlottenburg,** Wallstr. 68. [34075

Selbständiger

tüchtiger **Hobler** findet dauernde Beschäftigung b. **S. J. Arnheim,** Badstraße 40/41.

13. Ziehung d. 4. Klasse 198. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 6. Mai 1898, vormittags.
Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

4 15 61 93 100 211 97 [1500] 339 460 80 590 [1500] 683 395 945 1180 87 94 486 568 [3000] 955 65 73 2054 113 16 224 567 92 699 794 930 3020 32 [500] 126 422 54 [3000] 626 35 931 56 4151 99 415 56 [500] 568 601 62 898 929 5074 182 242 53 610 72 840 6011 24 [300] 424 567 668 [500] 7093 125 463 542 643 775 898 [3000] 916 68 8003 150 80 225 56 62 335 585 783 817 19 70 9301 34 818 [500]

10154 302 9 59 418 33 [3000] 66 506 82 738 84 890 944 11082 99 111 20 211 46 [500] 332 38 475 [500] 76 608 62 902 38 12549 80 708 42 44 [3000] 913 26 61 13011 161 256 576 702 50 838 14263 401 670 79 727 351 [3000] 15119 351 86 499 698 [300] 710 [1500] 49 70 916 53 16190 321 67 78 502 605 87 774 17012 52 95 166 272 396 502 26 64 78 778 89 [500] 892 985 [3000] 89 18111 338 [500] 474 87 650 19180 97 225 343 49 74 99 468 528 47 659 750 53 917

20380 594 931 42 21108 49 205 385 480 51 [500] 664 921 22120 239 351 449 80 [3000] 648 97 721 35 45 75 951 23254 512 14 31 76 788 859 24026 204 26 301 480 588 695 829 42 53 25180 93 295 398 410 46 642 79 711 68 800 [300] 58 26013 149 61 81 [3000] 304 31 611 761 [5000] 952 27068 75 365 474 [1500] 628 31 89 780 895 28106 [500] 58 321 [3000] 49 57 485 541 852 913 68 29007 219 313 41 93 437 607 44 828 75 84

30036 61 [1500] 114 42 233 306 445 747 807 8 929 51 68 31077 217 73 681 862 32088 298 425 92 511 78 [500] 33009 86 117 25 [5000] 85 209 [1500] 15 540 873 76 911 34055 181 298 327 734 56 35279 705 92 806 48 946 54 36153 [1500] 237 77 526 46 655 672 37017 55 224 32 441 820 37 38290 323 68 400 79 640 75 790 97 808 904 82 39050 103 22 301 9 444 506 754 [1500] 862 88 97 949 59

40066 230 354 441 50 660 41098 [3000] 112 232 402 73 610 77 916 19 68 42029 119 [300] 578 [3000] 81 708 937 43101 45 357 87 513 [500] 601 773 99 897 44141 201 379 478 597 [1500] 602 726 75 884 45069 290 315 [3000] 26 473 80 668 46311 457 549 616 [illegible] 730 880 47090 209 302 21 82 [1500] 446 556 59 640 772 881 [3000] 980 48031 56 262 316 427 54 624 768 994 49018 138 246 378 420 33 567 604 739 46 843 916 78

50049 77 161 497 635 814 51393 542 694 720 52074 156 79 229 311 46 432 [1500] 559 677 707 23 50 79 53130 65 99 256 564 711 56 863 54140 78 288 402 554 79 752 833 41 96 55002 814 64 75 906 36 56017 45 75 84 570 657 [500] 61 57022 58 163 324 524 50 607 [500] 702 27 68 58032 169 304 459 686 [1500] 736 85 820 59156 69 393 [300] 559 66 82 641 59 845 79 983

60573 690 [1500] 707 52 812 63 94 61053 136 76 91 213 83 373 498 570 [300] 660 709 828 69 62015 183 216 77 332 404 849 65 [500] 82 941 73 63050 167 305 [500] 38 587 655 708 15 65 99 64064 105 6 98 241 58 67 74 90 327 768 915 65102 66 207 27 323 420 724 805 [3000] 66082 87 90 91 102 5 7 [500] 241 475 88 547 840 66 922 [3000] 67099 580 628 51 732 49 986 68017 35 183 289 411 688 901 55 58 69074 219 440 627 718

70043 61 92 133 69 234 382 [3000] 487 562 724 983 71031 374 438 67 572 632 963 72091 261 319 767 [500] 903 32 73116 382 710 860 74081 [3000] 254 423 86 522 52 635 46 904 48 62 77 75021 190 258 290 710 61 829 920 76484 579 [300] 755 822 77014 218 593 815 78046 54 66 75 132 220 331 531 33 98 [1500] 686 747 812 79189 235 70 350 62 79 638 44 790 840 945

80069 636 50 827 81046 117 268 [500] 510 658 88 723 82105 14 477 667 768 816 925 83024 756 856 902 75 84007 53 116 205 33 40 881 85414 778 [3000] 826 29 45 [300] 48 932 86030 71 295 374 81 476 549 671 905 87004 222 26 548 [1500] 95 630 722 805 18 93 88054 241 89 [300] 301 [1500] 37 450 574 82 960 [300] 89272 519 682 [300] 951

90024 324 442 44 570 667 739 [500] 48 67 862 930 52 91020 85 96 504 605 18 87 700 52 949 92200 [1500] 474 635 715 886 [3000] 950 93068 201 32 56 402 11 58 715 883 932 94011 [500] 272 310 75 409 76 501 60 686 746 896 95140 66 261 82 94 361 [1500] 415 24 65 729 73 864 [300] 83 924 96111 97 [3000] 293 406 530 [3000] 614 718 64 924 82 97038 42 277 858 62 [1500] 81 915 98069 114 290 338 450 707 60 99026 206 [300] 388 594 619 54 721 28 44 991

100051 64 100 213 387 445 72 93 532 77 79 [500] 697 809 15 101225 92 [300] 95 562 [500] 67 788 656 102114 93 221 27 300 482 38 547 45 700 64 809 56 103020 36 54 95 312 23 34 527 35 [5000] 80 650 82 70 85 388 104211 [15000] 426 638 907 61 105015 241 48 375 488 545 54 67 725 44 106000 329 431 36 554 805 [3000] 69 107006 92 93 125 471 [3000] 542 [300] 620 94 700 13 30 904 20 [300] 953 108022 498 507 42 [300] 43 87 638 962 109252 814 741 [300] 50 911 24 [500] 62

110099 376 95 585 605 702 98 111350 70 518 618 86 805 24 77 964 112067 65 181 514 583 721 816 113154 206 22 921 416 644 749 87 967 114377 402 59 696 [300] 98 [500] 752 818 57 115761 116183 86 212 726 948 96 117164 421 81 613 27 76 781 [1500] 978 [1500] 118000 147 294 351 119051 152 453 [300] 61 616 94 938

120038 141 58 250 60 64 326 80 71 433 660 725 50 816 58 984 121121 419 628 889 935 69 99 122117 290 323 50 514 33 79 750 849 906 123048 171 251 394 124035 105 254 340 [3000] 69 93 447 502 125318 25 41 64 598 764 126015 71 112 90 281 399 675 825 85 982 65 127115 [300] 201 301 19 443 81 522 28 50 57 653 91 773 812 128110 17 28 35 398 441 74 79 523 51 828 84 913 129034 207 [1500] 26 582 672 99

130027 [500] 88 333 407 508 44 639 65 131054 92 400 [300] 538 703 968 923 85 [1500] 132097 315 39 424 642 68 [1500] 917 133073 157 378 488 749 806 912 70 134107 [1500] 402 515 18 85 681 907 21 135025 116 [500] 325 508 28 708 22 63 849 136016 64 77 315 86 418 38 91 626 91 941 137542 615 75 747 965 138110 23 545 786 94 [3000] 816 [10000] 956 139153 221 304 753 69 825

140099 166 227 546 61 95 669 981 141052 60 145 58 387 749 73 142101 14 23 364 460 590 754 69 970 143076 181 249 407 673 80228 57 144134 48 56 [300] 287 401 31 [1500] 662 64 89 94 836 69 84 94 905 47 145087 167 278 316 510 18 19 820 947 146101 12 336 62 588 634 87 [200000] 720 872 147152 96 247 [300] 421 516 19 86 734 40 833 919 34 148254 392 [3000] 473 511 17 22 27 820 82 149095 161 222 452 [1500] 680 741 857 974

150060 251 58 330 [300] 520 650 85 898 914 151327 477 562 804 [500] 85 748 827 58 152004 33 50 228 [3000] 348 [1500] 441 598 731 56 878 153175 99 243 372 400 39 88 503 30 [300] 42 663 846 931 154001 160 241 360 613 55 58 832 155224 90 374 497 630 711 40 156179 411 18 599 784 844 931 157005 129 74 206 352 453 89 805 45 912 [1500] 57 [500] 158015 29 61 253 411 55 518 639 849 159041 105 229 [300] 49 78 321 567 624 82 88 742 822

160000 204 361 456 84 516 44 604 813 923 40 57 78 161167 431 78 570 136 [300] 88 701 [500] 57 [500] 804 [500] 162085 74 270 369 99 582 819 44 726 60 83 858 975 163005 301 5 663 741 [500] 897 [3000] 164211 24 66 96 529 793 870 88 165143 395 440 500 768 968 166113 207 11 41 322 515 911 17 167006 74 192 219 94 [1500] 384 632 [30000] 75 168024 252 408 18 84 595 638 [1500] 601 12 169220 70 305 22 31 [500] 90 553 832 946 49

170097 168 [300] 98 317 94 502 630 68 729 59 94 [300] 171040 255 [3000] 61 361 74 99 473 985 [1500] 172174 [3000] 352 558 78 795 [3000] 818 950 173018 23 31 234 581 74 601 796 887 95 972 [15000] 174098 216 32 59 871 [500] 412 [1500] 500 59 633 707 842 916 175151 285 425 548 613 746 48 824 176082 91 115 49 207 38 63 177082 171 75 96 211 451 655 57 66 178025 [3000] 189 427 525 973 179058 [300] 221 341 42 498 632 67 822 90

180031 71 124 384 50 630 749 941 60 99 181006 61 [1500] 335 79 414 35 [500] 37 94 502 86 612 718 29 [300] 866 927 69 78 182036 147 477 545 750 70 80 917 36 183189 677 724 25 87 [500] 841 998 184014 98 111 203 18 57 354 [3000] 652 185050 54 192 434 [300] 700 951 186179 216 17 469 88 551 93 757 806 974 [3000] 77 187271 99 382 492 574 [3000] 96 621 70 74 810 188016 29 112 379 412 51 88 550 784 [300] 655 928 82 189005 26 302 [500] 92 306 682 741

190151 372 658 829 950 191209 [300] 310 580 96 647 730 811 76 192053 73 98 [3000] 717 812 193874 512 623 873 194230 314 40 422 52 90 600 762 862 [1500] 195145 [3000] 67 98 226 89 90 96 626 736 922 45 196059 76 987 70 96 465 632 66 73 197163 672 [300] 886 59 198035 55 76 118 70 327 46 500 661 902 28 84 78 199270 320 556 808 21 50 902

200142 58 [3000] 257 60 99 319 475 511 785 [1500] 60 73 906 201067 189 99 263 304 720 88 888 202001 25 84 [3000] 164 225 587 60 84 [3000] 717 25 1 203029 83 118 250 387 408 509 36 882 973 204551 66 568 [3000] 62 63 945 205222 81 305 21 90 400 51 598 601 932 [300] 59 81 206152 225 684 719 985 207019 83 854 65 601 66 710 808 208060 171 262 308 9 36 71 75 88 [3000] 496 569 673 776 960 79 209012 40 114 277 [300] 525 38 749

210098 [500] 142 319 572 82 908 16 65 712 887 925 211054 82 [5000] 86 202 369 70 96 594 651 894 212148 251 312 37 55 66 772 213149 384 432 62 83 624 [500] 789 869 72 [300] 915 87 214018 206 49 368 417 88 562 504 215216 39 67 301 445 67 605 28 66 78 713 831 70 911 46 97 [3000] 216155 344 91 [5000] 479 97 502 34 685 [1500] 860 217194 207 364 496 520 695 704 38 218087 184 274 412 503 42 67 81 788 95 219133 343 428 554 663 811 910 34

220071 72 94 298 368 74 467 501 685 96 728 221001 11 280 388 [300] 97 404 23 506 701 73 890 977 222233 320 67 641 702 98 72 862 57 70 223054 67 95 113 221 456 67 687 718 [300] 224164 224 [3000] 40 321 [1500] 437 502 13 46 621 [3000] 25 71 225127 90 525

Im Gewinnrade verblieben: 1 Gewinn zu 500000 Mk., 1 zu 300000 Mk., 1 zu 100000 Mk., 1 zu 75000 Mk., 2 zu 30000 Mk., 6 zu 15000 Mk., 28 zu 10000 Mk., 35 zu 5000 Mk., 501 zu 3000 Mk., 657 zu 1500 Mk., 628 zu 500 Mk.

13. Ziehung d. 4. Klasse 198. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 6. Mai 1898, nachmittags.
Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

217 62 327 411 77 528 50 651 780 812 86 1057 88 198 350 [500] 86 672 772 951 2237 367 75 475 507 608 749 60 3195 [1500] 462 521 [3000] 39 [300] 629 847 4118 38 240 47 306 [3000] 64 90 587 [300] 820 45 76 5144 53 249 71 74 325 86 467 571 624 53 [3000] 768 813 23 83 927 45 55 [3000] 85 6089 169 380 406 704 830 986 7123 55 382 439 75 556 [500] 878 8085 174 469 673 844 9227 82 550 95 631 66 909 10

10028 [500] 108 51 269 370 425 604 758 11097 238 [1500] 413 99 842 58 12037 227 50 319 577 656 774 907 13025 212 50 70 583 720 14068 [1500] 269 536 58 81 96 714 801 27 42 72 15018 51 73 427 81 93 762 923 16077 [1500] 357 63 548 680 879 93 918 61 17131 38 [300] 238 46 361 428 38 648 89 947 18133 79 96 258 306 75 528 52 [3000] 646 59 844 [1500] 63 935 19065 147 86 338 467 546 673 721 95 966

20016 138 61 499 506 741 800 75 21068 96 135 252 387 [300] 418 87 675 767 852 83 903 18 22140 [1500] 230 54 841 23105 26 95 221 41 326 46 424 68 682 708 [300] 71 92 929 24140 291 423 70 98 787 828 936 25004 29 133 361 406 599 [500] 690 708 20 26016 209 136 40 468 556 607 960 63 27018 152 203 32 96 463 563 90 606 982 28009 [500] 339 94 95 [1500] 586 [500] 87 707 17 840 95 29086 127 74 267 [500] 371 97 430 73 582 60

30003 157 398 419 88 522 [5000] 85 92 759 836 903 31004 [300] 94 205 94 512 677 799 992 32047 54 204 34 60 64 [1500] 67 89 300 4 79 [3000] 628 80 721 33230 [1500] 527 35 656 67 750 34152 411 663 775 96 815 927 35062 318 44 423 581 600 3 [1500] 711 34 70 890 986 36035 125 287 329 570 74 95 731 811 37013 48 [1500] 154 306 464 531 61 624 81 38000 424 80 504 639 736 72 [300] 839 83 957 39381 82 433 515 608 866 967

40058 56 286 [500] 468 92 760 964 41097 324 455 730 [500] 58 72 [500] 42067 313 591 [300] 736 86 850 43077 140 66 247 85 831 43 953 44151 84 257 595 670 778 823 45060 158 222 [300] 339 561 92 750 56 920 46240 [300] 462 515 643 844 47069 127 216 27 33 [1500] 488 528 642 68 78 [500] 732 [3000] 827 939 48334 67 449 78 576 648 56 924 59 49140 277 312 67 506 791 875

50115 294 487 537 45 851 913 32 51109 33 355 445 60 503 646 57 58 726 [1500] 68 86 52058 76 79 201 353 77 740 844 927 53042 179 83 290 356 78 467 511 34 55 627 [500] 56 86 755 57 840 [300] 939 54014 62 106 [5000] 252 [300] 318 19 95 479 91 711 70 809 55140 201 17 392 536 665 701 56025 74 116 34 37 472 75 [500] 87 677 743 67 72 [500] 836 57027 74 368 571 642 718 851 76 88 58023 30 300 480 642 59082 173 201 33 497 547 806 27 46 94 997

60097 114 37 410 506 725 911 56 61042 [300] 45 138 336 64 523 865 951 62017 131 214 310 46 701 83 802 97 63061 169 210 340 714 62 818 64054 254 630 715 813 58 956 65246 69 458 81 672 947 72 85 66064 250 319 874 67157 87 402 11 527 62 638 751 61 805 14 904 68285 459 550 741 68 76 969 74 69009 34 37 78 324 32 [3000] 488 565 677 79 864

70019 233 40 [1500] 301 81 753 71198 302 459 585 679 961 72088 111 237 441 83 832 82 977 73034 427 36 682 46 751 74201 21 73 421 89 523 775 [3000] 800 916 32 75256 347 450 69 955 76013 421 34 526 749 935 77105 520 69 75 98 732 816 61 916 30 78058 [500] 323 495 584 87 690 703 926 [500] 33 60 79286 308 471 587 624 862

80015 197 252 310 50 428 87 810 81132 390 99 764 899 [1500] 82080 110 [3000] 43 68 258 315 532 70 631 88 90 765 79 832 99 981 90 83010 24 387 471 [500] 540 65 97 649 73 864 961 79 87 84001 209 508 76 656 948 85215 306 20 42 487 526 696 718 66 [3000] 913 86022 [3000] 34 66 [3000] 102 96 203 20 559 699 735 988 87041 [1500] 59 87 [300] 115 343 461 607 66 [500] 88051 308 83 58 517 40 46 691 925 82 89107 91 235 85 87 462 84 506 79 81 670 792 [500] 992

90010 176 270 94 391 656 71 80 970 91027 166 208 30 40 [3000] 83 236 [3000] 448 99 541 704 [3000] 61 892 938 94 [3000] 92006 142 387 92 98 416 85 553 645 [300] 83 794 93062 187 98 387 567 615 38 95 787 932 94096 293 396 632 743 95051 74 515 91 [500] 851 [500] 96031 125 279 337 87 [300] 650 798 890 97325 86 404 82 545 615 984 [300] 47 52 98115 267 356 522 29 661 90 915 [300] 19 99125 49 90 221 322 25 406 [3000] 573 861 976 83 [1500]

100078 150 269 354 69 86 [1500] 430 522 [500] 30 645 101062 428 537 84 646 102141 [300] 653 778 103042 415 772 74 904 23 104009 34 [1500] 74 166 216 30 [3000] 300 72 519 46 [500] 639 855 931 105020 148 79 344 556 723 60 869 106233 350 78 472 107097 388 427 652 755 60 [500] 70 108627 [3000] 554 661 712 931 49 [300] 109069 153 91 234 79 90 308 10 439 501 756 887 [1500] 78 969 [300] 85

110050 310 24 49 62 411 42 586 64 82 83 603 745 72 939 90 111047 119 74 [3000] 511 621 704 14 21 30 81 867 938 [15000] 112215 68 [500] 77 568 96 668 795 802 44 88 957 96 99 113148 282 815 412 551 820 114124 40 68 80 81 84 282 91 354 620 706 997 115078 110 64 347 418 28 514 [500] 717 998 116096 112 282 887 902 117053 59 170 283 468 617 118186 506 628 59 119044 65 109 [3000] 24 68 294 484 41 552 667 869

120122 60 79 283 681 743 68 828 82 121068 [500] 139 84 248 309 425 28 39 578 716 811 58 908 122480 559 696 123092 241 324 35 403 80 531 78 794 124052 177 231 356 67 718 24 872 943 47 125082 196 222 312 445 754 839 974 126014 [25000] 137 335 402 84 519 685 929 127025 89 263 382 [500] 95 950 128059 152 75 210 313 67 651 735 936 129057 124 91 99 299 346 88 553 606 827

130186 280 [5000] 551 788 131064 356 518 44 [1500] 902 42 132012 [300] 39 56 112 248 80 804 578 635 901 133015 [300] 59 63 112 87 [300] 288 99 812 442 74 99 515 25 26 34 637 95 781 134016 228 644 737 44 931 135007 67 123 402 25 509 71 685 746 87 821 968 136092 193 464 715 62 137072 218 [1500] 39 93 [500] 98 600 791 [1500] 856 71 138199 290 366 406 741 55 840 975 139119 280 552 620 [300] 83 899 962

140081 298 352 496 501 8 35 670 727 826 141238 468 76 [500] 544 87 [3000] 23 745 809 82 142014 30 54 [300] 59 152 [1500] 81 277 313 425 649 92 881 977 143114 86 295 347 458 90 558 649 [3000] 98 144016 116 68 90 298 300 67 87 452 [3000] 79 530 86 841 145044 82 283 [1500] 347 442 509 50 614 42 146019 102 5 226 32 92 [500] 322 829 [1500] 986 147168 231 59 402 639 702 15 148020 87 113 84 86 87 332 495 526 68 78 [500] 647 713 87 837 904 26 149078 89 185 207 25 421 72 701

150004 44 97 341 762 827 70 151033 95 460 61 508 [300] 44 865 152190 245 385 47 76 412 [1500] 675 707 96 970 153014 [1500] 33 83 219 322 82 406 557 734 [500] 95 154013 18 114 22 72 227 57 70 590 742 58 885 155018 112 27 34 307 53 457 632 42 714 60 806 906 82 156012 84 355 687 735 157108 32 79 398 449 669 91 158010 22 303 71 443 64 [1500] 70 516 17 614 41 705 91 99 967 159198 [3000] 269 843

160288 97 303 409 72 551 95 641 823 986 161029 253 356 483 83 712 860 924 162000 446 571 [300] 93 608 25 762 980 163042 175 318 502 28 80 662 164073 [500] 84 285 383 624 81 976 165079 82 171 292 334 524 78 612 35 897 166001 25 154 375 92 574 891 167065 133 244 373 429 [300] 537 71 [1500] 658 767 823 168014 35 52 187 40 297 321 540 650 701 31 809 169033 241 464 66 76 646 712 48 815 37 944 [1500]

170076 191 389 405 17 61 536 91 [1500] 789 916 171001 184 68 307 77 488 519 649 743 904 96 [1500] 172242 79 [1500] 425 89 588 605 58 780 [300] 921 173127 28 418 66 534 736 74 174169 76 80 390 680 734 827 918 25 175003 12 294 703 936 176188 99 205 35 415 575 707 20 809 177168 93 238 47 61 664 758 878 912 [1500] 178022 68 95 236 96 343 72 744 74 922 179082 101 43 231 312 17 42 91 404 49 66 534 89 660 765 839

180058 112 84 285 335 473 539 [500] 606 [300] 72 99 810 70 994 181141 56 85 213 59 64 301 36 66 434 88 551 68 95 606 22 35 843 90 908 98 182200 [300] 41 530 616 803 23 36 70 94 183248 388 [3000] 467 582 87 884 184245 46 348 474 531 53 839 185062 80 124 213 48 618 23 [500] 186037 95 323 59 522 710 832 187002 14 57 124 211 21 97 632 [illegible] 822 69 969 188030 34 42 [3000] 51 124 65 85 217 491 591 683 701 189030 178 380 535 685 792 918

190059 125 240 334 [1500] 88 [500] 434 97 866 925 191246 313 37 491 [1500] 501 649 61 719 821 71 92 988 192227 337 504 745 877 934 60 90 193091 [500] 97 105 17 298 303 27 43 606 59 715 922 40 98 194322 413 38 579 676 840 49 [300] 57 195018 535 89 96 690 918 30 196215 55 62 93 454 604 20 758 812 19 961 [500] 86 95 197110 [3000] 279 483 594 [3000] 603 12 66 915 198001 93 169 368 863 814 70 87 199005 627 722 78

200079 540 887 [500] 914 201120 31 75 478 95 871 202054 82 268 318 431 767 825 203040 116 217 383 401 56 637 708 890 204111 72 73 748 77 853 [500] 78 973 83 205013 53 270 360 431 997 34 68 [500] 206019 [300] 199 218 34 523 602 863 915 66 207071 129 164 690 [300] 703 85 [3000] 208005 142 261 372 94 419 575 711 46 936 [3000] 209072 217 41 59 390 532 91 651 49 60 [1500] 78 714 912

210158 226 42 74 84 387 654 739 211033 178 439 98 563 69 735 63 95 212082 95 [500] 412 650 [3000] 710 801 25 949 213025 244 336 536 854 214001 46 311 49 436 548 64 99 779 95 215047 112 51 354 447 [1500] 86 511 95 [300] 914 74 83 216000 13 268 382 506 715 981 217126 81 225 26 331 [3000] 402 504 812 14 19 56 [500] 218637 48 792 919 219028 [3000] 525 50

220085 [500] 274 338 41 51 88 695 221010 56 966 531 [300] 55 655 732 966 222118 95 300 68 451 908 23 223252 549 99 224067 282 724 25 60 71 79 225262 78 417

Im Gewinnrade verblieben: 1 Gewinn zu 500000 Mk., 1 zu 200000 Mk., 1 zu 100000 Mk., 1 zu 75000 Mk., 2 zu 30000 Mk., 5 zu 15000 Mk., 23 zu 10000 Mk., 33 zu 5000 Mk., 464 zu 3000 Mk., 518 zu 1500 Mk., 581 zu 500 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin